



HESSISCHER LANDTAG

07. 09. 2010

52. Sitzung

Wiesbaden, den 7. September 2010

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	3495	Frage 322	
<i>Entgegengenommen</i>	3495	Hartmut Honka	3500
Präsident Norbert Kartmann	3495, 3504	Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit	3501, 3502
1. Fragestunde		Heike Hofmann	3501
– Drucks. 18/2608 –	3495	Mathias Wagner (Taunus)	3501
<i>Abgehalten</i>	3504	Frage 323	
Präsident Norbert Kartmann	3504	Petra Fuhrmann	3502
Frage 305		Minister Stefan Grüttner	3502
Dr. Walter Arnold	3495	Frage 324	
Minister Dieter Posch	3495	Heinz Lotz	3502
Frage 306		Ministerin Lucia Puttrich	3502
Peter Stephan	3496	Frage 325	
Minister Dieter Posch	3496	Heinz Lotz	3502
Frage 315		Minister Dieter Posch	3502, 3503
Ismail Tipi	3496	Frank-Peter Kaufmann	3503
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit	3496, 3497	Frage 326	
Mürvet Öztürk	3497	Torsten Warnecke	3503
Frage 316		Minister Dr. Thomas Schäfer	3503, 3504
Kai Klose	3497	Frage 327	
Minister Dieter Posch	3497	Kai Klose	3504
Mathias Wagner (Taunus)	3497	Minister Dieter Posch	3504
Frage 317		Frage 328	
Barbara Cárdenas	3498	Sarah Sorge	3557
Ministerin Dorothea Henzler	3498	Minister Dieter Posch	3557
Frage 318		Frage 330	
Marcus Bocklet	3498	Norbert Schmitt	3557
Minister Stefan Grüttner	3498, 3499	Minister Jörg-Uwe Hahn	3557
Timon Gremmels	3498	Frage 334	
Tarek Al-Wazir	3499	Heike Habermann	3557
Frage 319		Minister Axel Wintermeyer	3557
Torsten Warnecke	3499	Frage 336	
Minister Stefan Grüttner	3499	Lothar Quanz	3557
Frage 320		Minister Dieter Posch	3557
Gerhard Merz	3499, 3500	Frage 337	
Minister Stefan Grüttner	3499, 3500	Marcus Bocklet	3557
Frage 321		Minister Stefan Grüttner	3557
Timon Gremmels	3500	Frage 338	
Minister Dr. Thomas Schäfer	3500	Wolfgang Decker	3558
		Minister Stefan Grüttner	3558

	Seite
Frage 340	
Petra Fuhrmann	3558
Minister Jörg-Uwe Hahn	3558
Frage 341	
Daniel May	3558
Ministerin Dorothea Henzler	3558
Frage 342	
Hermann Schaus	3558
Minister Axel Wintermeyer	3558
Frage 343	
Gerhard Merz	3558
Minister Stefan Grüttner	3558
Frage 344	
Dr. Thomas Spies	3558
Minister Stefan Grüttner	3558
Frage 345	
Dieter Franz	3559
Minister Boris Rhein	3559

Die Fragen 328, 330, 334, 336 bis 338, 340 bis 345 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigelegt. Die Fragen 331 bis 333, 335 und 339 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden. Die Frage 329 ist mit der Antwort auf die Frage 323 erledigt.

36. Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend Neubenennung der Vertretung des Landes Hessen im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas im Europarat (KGRE)	
– Drucks. 18/2729 –	3505
<i>Angenommen</i>	3505
Präsident Norbert Kartmann	3505
64. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend Geschäftsordnung des Hessischen Landtags	
– Drucks. 18/2799 –	3505
<i>Angenommen</i>	3505
Präsident Norbert Kartmann	3505
2. Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten betreffend „Gemeinsam für ein starkes Hessen“	3505
<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	3555
Ministerpräsident Volker Bouffier	3505
Thorsten Schäfer-Gümbel	3519, 3555
Florian Rentsch	3528
Tarek Al-Wazir	3537
Janine Wissler	3543
Dr. Christean Wagner (Lahntal)	3550
Präsident Norbert Kartmann	3555

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
 Vizepräsident Frank Lortz
 Vizepräsident Lothar Quanz

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
 Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn
 Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
 Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen
 beim Bund Michael Boddenberg
 Minister des Innern und für Sport Boris Rhein
 Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
 Kultusministerin Dorothea Henzler
 Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch
 Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich
 Sozialminister Stefan Grüttner
 Staatssekretär Michael Bußer
 Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit
 Staatssekretärin Nicola Beer
 Staatssekretär Werner Koch
 Staatssekretär Horst Westerfeld
 Staatssekretär Prof. Dr. Luise Hölscher
 Staatssekretär Ingmar Jung
 Staatssekretär Steffen Saebisch
 Staatssekretär Mark Weinmeister
 Staatssekretärin Petra Müller-Klepper

Abwesende Abgeordnete:

Angela Dorn
 Margaretha Hölldobler-Heumüller
 Dr. Judith Pauly-Bender
 Frank Sürmann

(Beginn: 13:04 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie ganz herzlich zu unserer 52. Plenarsitzung heute begrüßen. Ich hoffe, dass wir eine spannende Woche haben werden, mit hoher Sachlichkeit.

Ich habe einige Dinge festzustellen. Zunächst einmal will ich vor Eintritt in die Tagesordnung mitteilen, dass die Fraktion der CDU mir mitgeteilt hat, dass sie Herrn Bellino zum neuen parlamentarischen Geschäftsführer gewählt hat. Herr Bellino, herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Auf gute Zusammenarbeit. Wenn Sie auf mich hören, geht alles gut.

(Heiterkeit – Holger Bellino (CDU): Ich gebe mir Mühe!)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich ein Wort des Dankes an alle Beteiligten richten, die am Wochenende und auch gestern Abend beim Parlamentarischen Abend so tatkräftig mitgeholfen haben. Ich bedanke mich nochmals bei den Organisationen und Firmen aus den hessischen Tourismusverbänden. Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen, die gestern Abend und auch in den letzten zwei Tagen ihren Dienst an den Fraktionsständen geleistet haben, und bei den Mitgliedern der Landesregierung für ihre zahlreiche Teilnahme am Stand der Landesregierung. Ich danke den Damen und Herren Journalistinnen und Journalisten für die wirklich positive Berichterstattung, die auch die Stimmung rübergebracht hat, wie sie in diesen drei Tagen war; sie war nämlich sehr gut. Vor allem darf ich mich herzlich bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hessischen Landtags, unseres Hauses, für die wirklich fleißige Zeit in den letzten drei Tagen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir haben am Tag der offenen Tür etwas mehr als 11.000 Besucher in zwei Tagen gehabt. Das ist eine stolze Zahl und zeigt, dass wir doch auf ein positives Interesse stoßen bei den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, der Umgebung und des ganzen Landes.

Meine Damen und Herren, weiterhin darf ich auf eine Veränderung in der Zusammensetzung des Hauses hinweisen: Der Abg. Koch hat mit Ablauf des 1. September 2010 sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt. Sein Nachfolger ist Herr Abg. Christian Heinz, den ich herzlich begrüße.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Heinz, ich wünsche Ihnen eine gute und erfolgreiche Arbeit im Landtag. Sie haben ein großes Vorbild. Viel Spaß dabei.

Ich stelle fest, dass das Haus beschlussfähig ist. – Dem wird nicht widersprochen.

Die Tagesordnung vom 31. August 2010 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 61 Punkten liegen Ihnen vor.

Die Tagesordnungspunkte 54 bis 58 sind fünf Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde, die wir am Donnerstag-

morgen mit je fünf Minuten Redezeit durchführen, bzw. zwei Aktuelle Stunden werden mit 7,5 Minuten Redezeit zusammen durchgeführt. Wir beginnen am Donnerstag um 9 Uhr. – Dem widerspricht keiner. Dann ist das so beschlossen.

Die bisherige Tagesordnung wird von Ihnen genehmigt? – Das ist der Fall. Dann verfahren wir danach.

Wir tagen heute bis 19 Uhr. Wir beginnen mit Punkt 1, der Fragestunde. Hierzu möchte ich darauf hinweisen, dass ich beabsichtige, heute um 13:55 Uhr die Fragestunde zu beenden, weil ab diesem Zeitpunkt im Hinblick auf die Regierungserklärung und die folgende Debatte der Hessische Rundfunk sich einschaltet und bittet, dass wir einigermaßen pünktlich beginnen. Dem würde ich gern nachkommen. Nach der Fragestunde machen wir zunächst die Neubenennung für den KGRE aus Sicht des Landtags. Dann kommt die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten mit der Aussprache.

Entschuldigt fehlt heute bis 14 Uhr Herr Staatsminister Hahn, und es fehlen heute Frau Abg. Angela Dorn aus bekannten Gründen und Herr Kollege Frank Sürmann.

Ein Höhepunkt des Jahres wird heute Abend in Pfungstadt stattfinden. Dort wird nicht nur Frau Hofmann die Landtagself empfangen, sondern die Landtagself wird gegen Bürgermeister spielen. Der Jackpot ist groß, 400 Millionen €. Dafür kann man ja mal treten.

(Heiterkeit)

Gegen die Bürgermeister in der Region wünsche ich viel Erfolg, einen weichen Boden und einen schönen Abend nach dem Fußballspiel.

(Günter Rudolph (SPD): Wir haben noch eine Rechnung offen!)

Meine Damen und Herren, damit beginnen wir mit **Punkt 1:**

Fragestunde – Drucks. 18/2608 –

Aus der letzten Fragestunde sind noch drei Fragen offen. Ich darf zunächst die **Frage 305** des Abg. Dr. Walter Arnold aufrufen.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Konsequenzen hinsichtlich der eigenen Breitbandstrategie zieht sie aus der positiven Zwischenbilanz im Modellprojekt „Digitale Dividende in Hofbieber“?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister für Wirtschaft.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Arnold, lassen Sie mich zunächst klarstellen, was sich in Hofbieber abspielt. Seit Mitte Oktober 2009 testen 32 Haushalte und 15 Betriebe eine drahtlose Breitband-Internetanbindung. Auf den frei gewordenen Rundfunkfrequenzen werden derzeit schon bis zu 7,2 MBit pro Sekunde erreicht. Die Ergebnisse einer Nutzerbefragung sind im April, zur Halbzeit des Projekts, vorgestellt worden. Die große Mehrheit der Nutzer ist mit der Internetverbindung über die neuen Funkfrequenzen mehr als zu-

frieden. Als Konsequenzen ergeben sich aus dem Modellprojekt, soweit wir das jetzt übersehen:

Erstens. Die begleitende Sozialstudie zum Ausbau in Hofbieber hat die Auswirkungen des Breitbandausbaus in den ländlichen Regionen aufgezeigt. Als erstaunlicher Effekt hat sich ergeben, dass die Firmen mehr in Internetarbeitsplätze investiert haben. Die Nutzung hat sich wesentlich erhöht, obwohl die Zeiten für die Internetnutzung zurückgegangen sind. Dieser Effekt lässt sich dadurch erklären, dass lange Wartezeiten entfallen und die im Internet verbrachte Zeit dafür effizient genutzt werden kann. Für viele Unternehmen ist diese längere Inanspruchnahme ein Gewinn.

Zweitens. Der Versuch bestätigt, dass auch relativ kostengünstige Funklösungen gute Bandbreiten erzielen können. Ich hoffe, dass wir damit dem Ziel, bis Ende 2011 die weißen Flecken zu schließen, einen wichtigen Schritt näher kommen.

Drittens. Resultat des Modellversuchs sind konkrete Ausbauvorhaben des beteiligten Unternehmens Vodafone. Der Standort Hofbieber soll als erster Standort in Hessen mit der Zukunftstechnologie Long Term Evolution (LTE), neueste Funktechnologie, ausgebaut werden.

Das bedeutet viertens, Vodafone wird bis Ende 2011 ca. 120 LTE-Standorte in Hessen aufbauen. Diese Standorte werden aufgrund ihrer Reichweitencharakteristik in der Lage sein, auch benachbarte Kommunen mitzuversorgen.

Für die Breitbandstrategie Hessens ergibt sich daraus, dass die Bedeutung der schnellen Funkverbindungen wächst. Das war nicht unumstritten. Damit wird kurzfristig eine Versorgung bislang unversorgter Gebiete erreicht, und es kann mittel- bis langfristig der stärker werdende Wunsch nach mobiler Internetnutzung bedient werden. Glasfaser und Funk sind deshalb im digitalen Hessen keine Konkurrenten, sondern, wenn Sie so wollen – das zeigt sich auch in diesem Modellversuch –, ergänzen einander sinnvoll.

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Dann rufe ich die **Frage 306** auf. Herr Abg. Stephan.

Peter Stephan (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Bis wann ist mit der Beseitigung der Straßenschäden an der L 3105 zwischen den Ortsteilen Wahlen und Gras-Ellenbach der Gemeinde Grasellenbach zu rechnen, deren Sanierungsbedarf auch das ASV Bensheim festgestellt hat und die in diesem Bereich derzeit nur mit 30 km/h Maximalgeschwindigkeit befahren werden darf?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Wirtschaftsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Stephan, die Hessische Straßen- und Verkehrsverwaltung plant eine Sanierungsmaßnahme der L 3105 in dem Bereich, den Sie eben genannt haben. Die Kosten hierfür betragen voraussichtlich 1,56 Millionen €.

Die Maßnahme war in der Dringlichkeitsbewertung im hessenweiten Vergleich aller Um-, Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen nicht als vordringlich vorgesehen und wurde deshalb bei der Aufstellung des Landesstraßenbauprogramms 2010 nicht berücksichtigt.

Allerdings ist etwas eingetreten, was offensichtlich auch Grundlage Ihrer Fragestellung war. Der Zustand der Straße hat sich nämlich infolge der vergangenen Frostperiode derart verschlechtert, dass aus Gründen der Verkehrssicherheit Ende April die Beschränkung der Geschwindigkeit auf 30 km/h erforderlich wurde. Dies führt dazu, dass die grundlegende Erneuerung zwischen Affolterbach und Grasellenbach jetzt vom ASV Bensheim vorbereitet wird. Der Baubeginn soll im Rahmen des aktuell in Vorbereitung befindlichen Straßenbauprogramms für 2011 berücksichtigt werden. Eine endgültige Entscheidung erfolgt in den nächsten Wochen.

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – **Frage 315**, Herr Abg. Tipi.

Ismail Tipi (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Was verspricht sie sich von der Förderung in Höhe von 17.000 € für die Weiterbildung von Imamen und weiblichen Moscheemitgliedern?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär Kriszeleit.

Dr. Rudolf Kriszeleit, Staatssekretär im Ministerium der Justiz, für Integration und Europa:

Herr Abg. Tipi, das Vorhaben Schulung von Multiplikatoren, besonders von Frauen mit Migrationshintergrund, zu Gesundheit und Integration, das sogenannte Imamprojekt, das von der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung initiiert und von dem Integrationsministerium gefördert wurde, richtet sich vor allem an die Moscheegemeinden und ist ein Aufklärungs- und Schulungsprojekt für Imame und Mitglieder. Insbesondere sollen dabei auch die weiblichen Mitglieder als Multiplikatorinnen geschult werden. Bei dem Projekt geht es zum einen um Weiterbildung im Themenbereich Gesundheit und Präventionsproblematik. Zum anderen stehen Fragen des Bildungssystems, wie Schulbildung und Erziehung, Staatsaufbau und politische Bildung, insbesondere Gleichberechtigung, im Fokus.

Die Landesregierung erhofft sich von dem Projekt, dass es die Beratungsfunktion der Imame in den Moscheegemeinden verbessert und die Integration der Mitglieder voranbringt. In den Moscheen haben Imame über die religiösen Fragen hinaus auch eine Beratungs- und Vorbildfunktion. Moscheen sind gleichsam soziale Bildungsstätten, wo viele Fragen zu verschiedenen gesellschaftlichen Strukturen und zu dem Miteinander diskutiert werden können. Daran anknüpfend wird versucht, wichtige Informationen zu den bereits genannten sozialen und gesellschaftlichen Themen an die Mitglieder der Moscheevereine zu vermitteln und so Multiplikatoren auszubilden. Damit erlangen die Imame eine Sicherheit, mit hiesigen Strukturen umzugehen. Sie können so sachgerechter ihre

Mitglieder beraten und positiv in die Familien wirken. Die Erreichbarkeit der Frauen ist dabei von besonderer Bedeutung.

In den Jahren 2008 und 2009 hat die Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung insgesamt 12 modulare Schulungen in vier Moscheevereinen in Offenbach, Kassel und Gießen durchgeführt. Bisher haben an diesen Schulungen rund 320 Multiplikatoren teilgenommen. Ziel des Projekts ist es, die religiös geprägten Menschen durch Informationen zu befähigen, Kenntnisse über die Strukturen und die vorhandenen Angebote der Gesellschaft zu erlangen. Das ist aus Sicht der Landesregierung ein wichtiger Baustein für einen erfolgreichen Integrationsprozess.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Öztürk.

Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung nach ihrer Haltung zu der aktuellen Forderung des Bundesinnenministers de Maizière zur Förderung der Integration von Muslimen, dass die Imamausbildung komplett in Deutschland durchgeführt werden soll.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär.

Dr. Rudolf Kriszeleit, Staatssekretär im Ministerium der Justiz, für Integration und Europa:

Die Landesregierung hat zu dieser Frage noch keine vollständige und abschließend gefasste Meinung. In früheren Äußerungen der Landesregierung, insbesondere des Integrationsministeriums, haben wir größten Wert darauf gelegt, dass Imame die deutsche Sprache beherrschen, das deutsche Gesellschaftssystem kennen und, wenn möglich, verinnerlicht haben und auf die Art und Weise keinen Abgrenzungs-, sondern einen Integrationsbeitrag in ihren Moscheegemeinden liefern.

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – **Frage 316**, Herr Abg. Klose.

Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Unterlagen oder Informationen wurden ihr seit ihren Ausführungen in der Plenarsitzung am 18. Mai 2010 übermittelt bzw. hat sie sich beschafft, um die Plausibilität der Pläne der angeblich neuen Investorengruppe für das „Ferienresort Beberbeck“ prüfen zu können?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Wirtschaftsminister.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Klose, seit der Plenarsitzung am 18. Mai 2010 wurden der Landesregierung noch keine Investorenpläne vorgestellt, sodass es auch noch keine Möglichkeit gab, die Investorenpläne zu prüfen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Klose.

Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, sind Ihnen inzwischen die Namen der angeblich beteiligten Firmen oder Personen bekannt?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Zu meiner Aussage am 18. Mai 2010 gibt es keine Ergänzungen. Damals habe ich ausgeführt, dass mir diese nicht bekannt sind.

Präsident Norbert Kartmann:

Danke schön. – Herr Wagner, bitte.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister, fühlen Sie sich angesichts der mangelnden Informationen der Landesregierung über den Fortgang dieses Projekts nicht langsam auch suboptimal informiert? Man könnte auch andere Beschreibungen verwenden, was dieses Projekt angeht.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Wagner, es handelt sich um ein Projekt, das auf kommunaler Ebene mit Investoren realisiert werden soll. Ich bin in Kontakt mit dem Bürgermeister, sodass ich keinen Anlass habe, die Kommunikation zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu beklagen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber er sagt Ihnen auch nichts! Das sind anregende Gespräche!)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich rufe die **Frage 317** auf. Für Frau Kollegin Wissler wird Frau Cárdenas die Frage stellen. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Barbara Cárdenas (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Schülerinnen und Schüler, die sich für das Schuljahr 2010/2011 für die Kasseler Gesamtschulen mit G 9 angemeldet hatten, wurden abgewiesen?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Henzler.

Dorothea Henzler, Kultusministerin:

Frau Kollegin Cárdenas, im Zuständigkeitsbereich der Kasseler Schulaufsicht, die die Stadt und den Landkreis Kassel umfasst, mussten wegen Kapazitätsbegrenzungen an einer einzigen Gesamtschule mit G 9 – mit Jahrgangsstufe 5 beginnend – insgesamt 22 Schülerinnen und Schüler abgelehnt werden, hiervon zwei aus einem anderen Schulaufsichtsbezirk.

Von den insgesamt 20 Schülerinnen und Schülern aus dem Schulaufsichtsbezirk Kassel konnten elf Schülerinnen und Schüler entsprechend ihres Zweitwunsches an ein G-8-Gymnasium, an eine kooperative Gesamtschule mit Förderstufe bzw. an eine integrierte Gesamtschule umgelenkt werden, fünf Schülerinnen bzw. Schülern konnte mangels Angabe eines Zweitwunsches der Besuch einer kooperativen Gesamtschule oder integrierten Gesamtschule angeboten werden, und vier Schülerinnen bzw. Schüler wurden an einem G-8-Gymnasium der Stadt Kassel aufgenommen.

Alle Schülerinnen und Schüler erhielten zudem das Angebot, eine der aufnahmefähigen Gesamtschulen der Stadt Kassel oder eine wohnortnahe Gesamtschule des Landkreises Kassel zu besuchen.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 318, Herr Abg. Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Teilt sie die in der „Offenbach Post“ vom 8. Juni 2010 geäußerte Auffassung des Landtagsabgeordneten Hartmut Honka (CDU), dass im Zusammenhang mit der nun geplanten Förderung der Kommunen bei der Umsetzung der Mindestverordnung für Kindergärten „ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz vorliegt“, da einige Kommunen keinen finanziellen Ausgleich bekämen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abg. Bocklet, für die Landesregierung stehen die Gleichbehandlung der Kinder und die Qualität der Kinderbetreuung im Mittelpunkt. Deshalb wird nach einer Übergangsfrist am 1. September 2012 in jeder Betreuungseinrichtung ein erhöhter Fachkräfteschlüssel vorgehalten werden.

Die Städte und Gemeinden als Träger von Kindertagesstätteneinrichtungen, die in Kenntnis und im Vertrauen auf die zum 1. September 2009 in Kraft getretene Mindestverordnung ihr Personal aufgestockt haben bzw. aufstocken, erhalten eine Landesförderung. Mit der Mindestverordnung werden gleiche Rahmenbedingungen für alle Kinder in Hessen gesichert, unabhängig davon, wo sie eine Kindertagesstätteneinrichtung besuchen. Gleichzeitig werden die Kommunen unterstützt, die sich eine Qualitätsverbesserung bisher nicht leisten konnten. Damit wird das Ziel verfolgt, die Personalstandards in allen Einrichtungen zugunsten aller Kinder in Hessen anzupassen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Diese Frage wird vor Gerichten entschieden, da es ja Klagen dagegen gibt. – Meine Frage lautet: Ist der Landesregierung bekannt, ob es weitere Mitglieder der CDU-Fraktion des Hessischen Landtags gibt, die vor Ort eine andere Meinung vertreten als die der Landesregierung, dass nämlich bei der Finanzierung gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen wird?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, der Landesregierung steht es nicht zu, Meinungsäußerungen von frei gewählten Abgeordneten zu bewerten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gute Antwort! – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Gremmels.

Timon Gremmels (SPD):

Herr Minister Grüttner, in der „HNA“ vom 3. September haben Sie sich über eine Sprecherin so zitieren lassen, dass Sie sich in die Thematik erst noch einarbeiten müssten und deshalb keine Auskunft zu dem Thema geben könnten. Das scheint jetzt erledigt zu sein. Daher die Frage: Wann können die Kommunen mit einer fundierten Antwort des Ministeriums hinsichtlich der Kostenübernahme rechnen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, die Richtlinien, die zur Auszahlung solcher Mittel notwendig sind, sind in der Erarbeitung. Sobald dieser Prozess abgeschlossen ist, kann mit der Auszahlung gerechnet werden.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, Sie haben gerade gesagt, dass die Kommunen, die sich das bisher nicht leisten konnten, in Zukunft Geld bekommen. Ich stelle Ihnen die Frage, ob Sie in Kenntnis kommunaler Gegebenheiten – ich denke da an unsere gemeinsame Heimatstadt – nicht der Auffassung sind, dass es Kommunen gab, die sich das eigentlich nicht leisten konnten, es aber trotzdem gemacht haben, weil es nötig war, und jetzt dafür bestraft werden.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, ich kenne die Situation in vielen Kommunen, auch in der Kommune, die Sie eben angesprochen haben. Diese Entscheidung ist in kommunaler Selbstverantwortung getroffen worden. Sie ist in Kenntnis der jeweiligen Situation vor Ort getroffen worden. Ich finde, das war eine mutige und gute Entscheidung der Kommunen. Das kann aber nicht dazu führen, dass solche Entscheidungen, die aus unterschiedlichsten Gründen getroffen worden sind, im Nachgang vom Land refinanziert werden.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 319, Herr Abg. Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie hat sich die geänderte Ladenöffnungszeit im Bereich der Videotheken in zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Hessen niedergeschlagen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, der für die statistischen Erhebungen sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in Hessen zuständige BA-Statistikservice Südwest hat dazu Folgendes mitgeteilt. Die Frage, inwiefern sich die geänderte Ladenöffnungszeit im Bereich der Videotheken bzw. der Bibliotheken in zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen niederschlägt, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden. Das Gesetz zur Änderung des Hessischen Feiertagsgesetzes und des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes wurde am 2. Februar 2010 verkündet. Die aktuellsten Beschäftigungsdaten liegen zum Stichtag 31. Dezember 2009 vor. Beschäftigungsdaten unterliegen einer Wartezeit von sechs Monaten. Insofern ist diese Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu beantworten.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Beabsichtigt die Landesregierung, diese Daten vorzulegen, und hat die Landesregierung beim Sprecher der hessischen Videothekare nachgefragt, der für die Vorgabe, dass dort zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, maßgeblich verantwortlich zeichnet?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, selbstverständlich hat die Landesregierung Recherchen angestellt, mit welchen Entwicklungen zu rechnen ist. Die Ergebnisse differieren, was die Fachkräfte anbelangt, je nach Zahl und Größe der Videotheken. Auch diese Frage ist also nicht einheitlich zu beantworten.

Ich gehe aber fest davon aus, dass nach der Wartezeit, nachdem die Beschäftigungsdaten vorliegen, das Parlament die Landesregierung mit einer entsprechenden Frage konfrontieren wird. Dann wird die nach den Angaben in der Beschäftigungsstatistik mögliche Auskunft gegeben werden können.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 320, Herr Abg. Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Warum sieht die amtliche Statistik der Kinder- und Jugendhilfe die Erhebung der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Kindertagespflege nicht mehr vor?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, die Erhebung der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Kindertagespflege in der Kinder- und Jugendhilfestatistik erfolgt auf der Grundlage des § 98 Abs. 1 Nr. 3 des SGB VIII – alte Fassung –, der vorsah, dass Plätze in Kinderbetreuungseinrichtungen und Kindertagespflege für Kinder unter drei Jahren für die Dauer des Übergangszeitraums nach § 24a der Bundesstatistik zu erheben sind. Diese Regelung wurde mit dem Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege, das am 10. Dezember 2008 in Kraft trat, gestrichen. Das hat der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestags, auf dessen Beschlussempfehlung die Streichung zurückgeht, wie folgt begründet.

Mit der bislang ... vorgesehenen Erhebung können keine verwertbaren und belastbaren Daten zum Stand des Ausbaus der Betreuungsangebote ge-

wonnen werden. Die Erhebungsmerkmale sind zu unkonkret und lassen daher beliebige Angaben zu. Die mit der Erhebung nach § 98 Abs. 1 Nr. 3 alter Fassung intendierten Erkenntnisse über den Ausbaustand können problemlos ... [auch auf anderem Wege] gewonnen werden.

Als Folgeänderung wurde dann auch die entsprechende Regelung zur Erhebung der Merkmale in der alten Fassung verändert. Da diese Statistik eine des Bundes ist, die Erhebung aber von den Statistischen Landesämtern durchgeführt wird, ist das für uns bindend. Deswegen finden sich diese Angaben nicht mehr in der entsprechenden Statistik.

(Zuruf: Am besten noch einmal wiederholen!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Merz stellt eine Zusatzfrage.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Staatsminister, halten Sie diese Situation vor dem Hintergrund, dass die Tagespflege der Kinder in der Strategie der Landesregierung beim Ausbau des Angebotes für Kinder unter drei Jahren eine bedeutsame Rolle spielt, für zufriedenstellend?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, dazu muss ich sagen, dass wir uns erst einmal an die vorgegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen halten müssen. Das ist das Erste.

Das Zweite ist Folgendes. Um den Versorgungsgrad zu steigern und entsprechend darzustellen, ist die Kenntnis solcher Daten sehr wünschenswert. Wir befinden uns da im Gespräch.

Wie Sie allerdings wissen, wird die Erlaubnis zum Betrieb einer Tagespflege von den Jugendämtern ausgesprochen, da es sich um eine Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung handelt. Wir stehen mit den Jugendämtern der Kommunen und mit den in der kommunalen Jugendarbeit tätigen Verbänden in einem permanenten Kontakt, auch um zu wissen, wie die entsprechenden Tagespflegeplätze aussehen. Dabei konzentriert man sich aber nicht nur auf die Kinder unter drei Jahren. Denn häufig werden die Genehmigungen für die Tagespflege altersübergreifend ausgesprochen. Gleichzeitig ist auch nicht jeder Platz, für den es eine Genehmigung gegeben hat, tatsächlich besetzt.

Insofern geht das nur mit Kommunikation und im Dialog mit den Jugendämtern vor Ort. In diesem befindet sich die Landesregierung.

Präsident Norbert Kartmann:

Wir kommen damit zu **Frage 321** des Herrn Abg. Gremmels.

Timon Gremmels (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie weit sind innerhalb der Landesregierung die Überlegungen fortgeschritten, die Schulbaupauschale auszusetzen bzw. abzuschaffen, wie es anlässlich der Kommunalkonferenz im Rahmen des diesjährigen Hessentages vom damaligen Ministerpräsidenten Koch angedeutet wurde?

(Günter Rudolph (SPD): Das gilt heute nicht mehr!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Herr Präsident! Herr Abg. Gremmels, es ist nicht beabsichtigt, die Schulbaupauschale auszusetzen bzw. abzuschaffen. Das Gegenteil ist der Fall. Der Entwurf des Landeshaushaltsplans sieht für das Jahr 2011 wiederum 120 Millionen € als Zuschuss und weitere 41 Millionen € als Darlehen des Hessischen Investitionsfonds vor. Das entspricht der Höhe des laufenden Jahres.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Abg. Gremmels stellt eine Zusatzfrage.

Timon Gremmels (SPD):

Gilt das auch für die Zeit nach der Kommunalwahl, also für das Haushaltsjahr 2012?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Herr Abgeordneter, die Entwürfe der Haushaltspläne werden jährlich verabschiedet. Sie können aber davon ausgehen, dass unsere Planungen für die Entwürfe der Haushaltspläne für das Jahr 2012 und die folgenden Jahre an dieser Stelle eine unveränderte Prioritätensetzung vorsehen.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Abg. Gremmels stelle eine weitere Zusatzfrage. – Das hat sich erledigt.

Ich rufe jetzt **Frage 322** des Herrn Abg. Honka auf.

Hartmut Honka (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie beurteilt sie die Verunglimpfung einer hessischen Staatsanwältin durch den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz nach einer offenbar missliebigen Aussage der Staatsanwältin im Nürburgring-Untersuchungsausschuss des Landtags Rheinland-Pfalz?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär, bitte schön.

Dr. Rudolf Kriszeleit, Staatssekretär im Ministerium der Justiz, für Integration und Europa:

Sehr geehrter Herr Abg. Honka, der Landtag Rheinland-Pfalz hat am 3. September 2009 die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses mit dem Titel „Nürburgring GmbH“ in Zusammenhang mit den Vorgängen um das Projekt Nürburgring 2009, der Finanzierung dieses Projektes und der Wirtschaftlichkeit dieses Projektes sowie der politischen Verantwortung der Landesregierung dafür beschlossen. Rund zwei Monate zuvor hatte der rheinland-pfälzische Finanzminister Ingolf Deubel die politische Verantwortung für die letztlich gescheiterte private Finanzierung des Großprojektes übernommen und seinen Rücktritt erklärt.

Presseberichten zufolge hatte sich eine Staatsanwältin der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt im Ausschuss darüber gewundert, dass die Betrugsermittlungen der Staatsanwaltschaft Koblenz nicht schon vor dem Platzen der privaten Finanzierung des Ausbaus des Nürburgrings im Juli 2009 begonnen hätten. Denn der Verdacht gegen mehrere eingebundene Geschäftsmänner sei damals, also im Juni 2009, bereits mit Händen zu greifen gewesen.

Nach einem Bericht der Zeitung „Mannheimer Morgen“ vom 22. Juni 2009 sprach der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck bei der Vorstellung eines Buches mit Blick auf die Frankfurter Staatsanwältin von einer – ich zitiere – „jungen, unerfahrenen Staatsanwältin, die halt auch mal die Chance hatte, was zu sagen“. In einem Brief des Chefs der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei wurde diese Äußerung des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten bestätigt.

Diese Äußerung ist sowohl inhaltlich als auch in ihrer Form zurückzuweisen. Die betroffene Staatsanwältin weist mehr als zwölf Jahre Berufserfahrung auf und hat unterschiedliche Dezernate bei verschiedenen hessischen Staatsanwaltschaften erfolgreich geführt.

Die vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten vorgenommene pauschale Herabwürdigung verbietet sich auch vor dem Hintergrund des notwendigen Respekts gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz angesichts ihrer besonderen Rolle und Verantwortung als Teil der dritten Gewalt.

(Beifall des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Schon allein aufgrund der bislang bekannt gewordenen Dimension der Vorgänge mag es durchaus nachvollziehbar sein, dass bei der rheinland-pfälzischen Landesregierung beim Thema „Nürburgring GmbH“ Nervosität herrscht. Eine sachfremde Herabwürdigung von Personen, die unliebsame Vorgänge schildern, ist hierdurch jedoch keinesfalls gerechtfertigt. Die Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der hessischen Justiz gebietet es, derartigen Äußerungen entschieden und deutlich entgegenzutreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Mir liegt die Wortmeldung zu einer Zusatzfrage vor. Als Nächste spricht Frau Kollegin Hofmann. Bitte schön.

Heike Hofmann (SPD):

Wie bewertet die Landesregierung die Aussage, die der Leitende Oberstaatsanwalt Hund zu der Aussage der Zeugin Posner im Untersuchungsausschuss getroffen hat? Das ist die besagte Staatsanwältin. Mit Erlaubnis des Präsidenten darf ich zitieren.

Ich kann die der Zeugin Posner in den Medien geschriebenen kritischen Äußerungen nicht nachvollziehen. Ihre Sachverhaltskenntnis ist – jedenfalls durch Akten dokumentiert – allenfalls oberflächlich und lückenhaft. Über unsere Prüfungen und den Einleitungszeitpunkt hat sie gar keine Kenntnisse. Ihre rechtlichen Bewertungen sind widersprüchlich und zudem in keiner Weise mit Tatsachen belegt.

Sollte die Kritik in der berichteten Form stattgefunden haben, halte ich das Verhalten der Zeugin für unvereinbar mit den professionellen Standards des Staatsanwaltberufes.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Gute Frage!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär.

Dr. Rudolf Kriszeleit, Staatssekretär im Ministerium der Justiz, für Integration und Europa:

Sehr geehrte Frau Abg. Hofmann, die Äußerung des Leitenden Oberstaatsanwaltes ist bekannt. Nach den mir vorliegenden Informationen trifft sie den Sachverhalt nicht.

(Zuruf: Gedächtnislücke oder was? – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

– Ich habe gesagt: Nach den mir vorliegenden Informationen trifft das nicht den Sachverhalt. – Nach den mir vorliegenden Informationen war die erwähnte Staatsanwältin vollumfänglich informiert und hat ihre Äußerungen aufgrund einer sehr informativen und sehr umfassenden Aktenkenntnis getroffen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Abg. Wagner stellt eine Zusatzfrage.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatssekretär, Sie hatten angesprochen, welche Äußerungen der Landesregierung gegenüber Landesbediensteten Sie für angemessen oder unangemessen halten. Ich frage Sie in diesem Zusammenhang: Wie beurteilen Sie die Bewertung von hessischen Steuerfahndern, die als „querulatorische, sich selbst überschätzende Durchschnittsbeamte“ bezeichnet wurden? Teilen Sie meine Auffassung, dass dies auch für Beamtinnen und Beamte des Landes Hessen unangemessene Bezeichnungen sind?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oder gelten Ihre Aussagen nur für das Land Rheinland-Pfalz?

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär.

Dr. Rudolf Kriszeleit, Staatssekretär im Ministerium der Justiz, für Integration und Europa:

Wenn ich mich recht erinnere, habe ich mich auf Aussagen im Zusammenhang mit Mitarbeitern der hessischen Justiz bezogen. Aussagen über Mitarbeiter der hessischen Steuerverwaltung stehen nicht mir zu, sondern allein den Mitarbeitern des hessischen Finanzministeriums.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich glaube, wir sollten besser im Ausschuss den Minister fragen! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Wir kommen zur **Frage 323**. Frau Abg. Fuhrmann, bitte.

Petra Fuhrmann (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird sie den 4. Auswertungsbericht zur Umsetzung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes nach § 6 Abs. 7 HGIG dem Hessischen Landtag vorlegen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abg. Fuhrmann, auch mir ist die im Hessischen Gleichberechtigungsgesetz vorgesehene Frist bekannt. Es gab jedoch eine Reihe von Änderungswünschen aus den Ressorts, die sich in der Abstimmung befunden haben. Nach Berücksichtigung dieser Änderungswünsche gibt es erneut eine Endabstimmung. Dieser Bericht wird dem Kabinett zeitnah vorgelegt und dann dem Landtag zugeleitet.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Fuhrmann.

Petra Fuhrmann (SPD):

In Anbetracht des Wechsels an der Spitze des Ministeriums bin ich mit dieser Antwort ausnahmsweise zufrieden.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich lasse diese Nichtfrage als Antwort zu. – Ich rufe **Frage 324** auf. Herr Abg. Lotz, bitte schön.

Heinz Lotz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Was unternimmt sie gegen Schwelbrände und die daraus herrührenden Immissionen und Brandgefahren in den Kohlelagern des Kraftwerks Staudinger?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Abgeordneter, da die Landesregierung keine originäre Zuständigkeit für den örtlichen Brandschutz und den regionalen Immissionsschutz besitzt, wird hierzu auf die Tätigkeit der zuständigen Immissionsschutz- und Brandschutzbehörden verwiesen. Die in diesem Zusammenhang interessierenden Fragen vom Brandschutzkonzept über bautechnische Maßnahmen bis zur Verdichtung der kontinuierlichen Infrarotmessungen hat Herr Staatssekretär Weinmeister in der letzten Sitzung des Umweltausschusses am 26. August 2010 in den Antworten auf zwei Dringliche Berichtsanträge ausführlich dargestellt. Die hierbei noch offen gebliebenen Fragen werden schriftlich beantwortet.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 325, Herr Abg. Lotz.

Heinz Lotz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Werden Seligenstadt und Hainburg demnächst unter vermehrtem Fluglärm leiden müssen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Erlauben Sie mir, ein paar Ausführungen dazu zu machen; denn Hintergrund dieser Frage ist offensichtlich die öffentliche Diskussion über das erste Maßnahmenpaket für aktiven Schallschutz am Frankfurter Flughafen. Dieses Maßnahmenpaket ist am 29. Juni 2010 in der Konventsitzung des Forums Flughafen und Region vorgestellt worden.

Die Hessische Landesregierung hat diesen Prozess seit der Mediation begleitet. In diesem Paket – ich nehme an, Sie kennen die Broschüre – sind insgesamt sieben Maßnahmen dargestellt.

Kurz zusammengefasst: Es handelt sich um eine vertikale Optimierung von Abflugverfahren, um die Umrüstung der Triebwerke der Boeing-737-Flotte der Lufthansa, um die Optimierung des Betriebsrichtungswechsels je nach Rückenwind, um die Einführung eines neuen Anflugverfahrens – auch „gekrümmter Anflug“ genannt –, um eine lärmoptimale Bahnbenutzung, um die Optimierung des

kontinuierlichen Sinkflugs und die Anhebung des Anfluggleitwinkels von 3,0 auf 3,2°.

Das heißt, es handelt sich um eine Vielzahl von Maßnahmen, die realisiert werden sollen und die zum großen Teil von der Inbetriebnahme der Landebahn unabhängig sind. Für diese Maßnahmen gilt in der Regel, dass sie von der Deutschen Flugsicherung erarbeitet und dann von dem Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung in Kraft gesetzt werden. – Das wollte ich allgemein zum Hintergrund der Diskussion sagen, die dort stattfindet.

Nach dem jetzigen Stand gehen wir davon aus, dass infolge der Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest voraussichtlich weder Seligenstadt noch Hainburg im Vergleich zum Istzustand mit zusätzlichem Fluglärm belastet werden. Wie gesagt, dieses Maßnahmenpaket ist am 29. Juni vorgestellt worden. Die meisten der geplanten Maßnahmen werden unabhängig von der Inbetriebnahme ergriffen. Auch durch sie wird sich keine wesentliche Erhöhung der Fluglärmbelastung in Seligenstadt oder in Hainburg ergeben.

Unter anderem ist, wie ich eben gesagt habe, die Einführung eines segmentierten Anflugverfahrens beabsichtigt, das lärmverteilend wirkt. In einzelnen Gebieten kann es zukünftig zu geringfügig erhöhtem Fluglärm führen. Aufgrund dieser Maßnahmen erfolgen die Anflüge in größerer Nähe zu Seligenstadt und Hainburg. Dies betrifft aber zunächst lediglich einen Probebetrieb in der verkehrsarmen Zeit in der Nacht.

Um das noch zu ergänzen: Die Probezeit wird voraussichtlich ein Jahr dauern. Im Rahmen dieser Erprobung wird mit Vertretern der Deutschen Flugsicherung und des Bundesaufsichtsamts in dem Forum zu diskutieren sein, ob es sich um Dauermaßnahmen handelt, ob sie im Einzelfall gerechtfertigt sind oder ob sie zur Disposition stehen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Kaufmann.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, können Sie uns erklären, warum, wie Sie gerade ausgeführt haben, die Tests dieser neuen Verfahren in der Nacht stattfinden, obwohl doch die Landesregierung und der gesamte Landtag ein Nachtflugverbot fordern?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Kaufmann, ich gehe davon aus, dass sich das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung und die Deutsche Flugsicherung exakt diese Frage gestellt haben. Wenn Sie allerdings einen Zusammenhang mit dem Nachtflugverbot herstellen, so sage ich Ihnen: Dieser Zusammenhang besteht nicht; denn das Nachtflugverbot bezieht sich auf Starts und Landungen, die auf der Start- bzw. auf der Landebahn erfolgen. Hierbei handelt es sich um Verfahren, die in der Luft getestet werden, und hierfür ist, wie ich dargestellt habe, eine Zuständigkeit gegeben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo enden diese Verfahren? Doch am Boden!)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich rufe die **Frage 326** auf. Herr Kollege Warnecke, bitte.

Torsten Warnecke (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Sieht sie in der Zurückstellung oder gar dauerhaften Streichung notwendiger investiver Maßnahmen einen ernsthaften Beitrag zur Haushaltskonsolidierung auf kommunaler oder Landesebene?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Herr Abg. Warnecke, die Finanzpolitik der Hessischen Landesregierung ist darauf ausgerichtet, spätestens im Jahr 2020 das im Grundgesetz verankerte, für Bund und Länder gleichermaßen geltende Schuldenverbot einzuhalten. Angesichts der durch die Wirtschafts- und Finanzkrise verursachten massiven Ausweitung der Nettokreditaufnahme wird sich diese Zielsetzung aus Sicht der Landesregierung nur realisieren lassen, wenn alle Ausgabebereiche des Landes einer kritischen Evaluation unterzogen werden und einen Beitrag zur erforderlichen Konsolidierung des Landeshaushalts leisten.

Dies schließt auch die Investitionsausgaben des Landes ein. Die vor diesem Hintergrund in dem Entwurf für den Haushaltsplan 2011 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene konjunkturgerechte Rückführung der Investitionsausgaben – darauf lege ich Wert; im Jahr 2014 belaufen sich diese auf 1,7 Milliarden € gegenüber 2,4 Milliarden € bzw. 2 Milliarden € in den Jahren 2010 und 2011 – ist auch mit Blick auf die erhebliche Reduzierung des bestehenden Investitionsstaus in Hessen aufgrund der Konjunkturpakete von Bund und Land sachgerecht. Damit liegen die Investitionsausgaben im Endjahr der Finanzplanung aber immer noch deutlich über dem Wert des Jahres 1999 von 1,4 Milliarden €.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Sieht die Landesregierung eine unterschiedliche Bewertung von Investitionsmaßnahmen der Kommunen und Landesausgaben? Ich frage dies vor folgendem Hintergrund. Die Kommunen werden angehalten, beispielsweise die Kreisumlage zu erhöhen. Dabei wird dezidiert darauf hingewiesen, dass die Kürzung oder gar Streichung von Investitionen nicht als Konsolidierungsbeitrag angesehen wird. Auf Landesebene lese ich jedenfalls in Pressemitteilungen einzelner Häuser, dass Investitionsmaßnahmen zurückgenommen werden und dies als Konsolidierungsbeitrag betrachtet wird. Sehen Sie darin einen Widerspruch, Herr Staatsminister?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Finanzminister.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Zum einen sind natürlich die haushaltsrechtlichen Regelungen zwischen Kommunen und Land durchaus unterschiedlich. Zum Zweiten müssen Sie eines sehen: Das Land hat in den letzten Jahren in einer beträchtlichen antizyklischen Investitionsoffensive durch die Konjunkturpakete signifikante Erhöhungen bei den Investitionen durchgeführt, die jetzt wiederum nach antizyklischen Gesichtspunkten zurückgefahren werden. Deshalb ist das an der Stelle ein Konsolidierungsbeitrag, der sinnvoll und vernünftig ist.

Auf der kommunalen Ebene hat es diese an den Konjunkturzyklen orientierten Ausschläge nur insoweit gegeben, als von den Maßnahmen der Konjunkturpakete Gebrauch gemacht wurde – nicht aus eigenen Haushaltsmitelanstrengungen. Insofern muss man dies differenziert betrachten.

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Frage, das ist die **Frage 327**. Herr Abg. Klose.

Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

In welcher Form ist sie seit ihren Ausführungen in der Plenarsitzung am 18. Mai 2010 tätig geworden, um festzustellen, ob die in Aussicht gestellte Infrastrukturförderung von 30 Millionen € für Beberbeck in einem Nachtrag 2010 oder mit dem Haushalt 2011 bereitgestellt werden muss?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister für Wirtschaft und Verkehr.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Klose, ich habe mehrfach dargestellt, dass die Gespräche mit den Investoren seitens der Stadt Hofgeismar im Gange und noch nicht abgeschlossen sind. Das führt dazu, dass logischerweise auch noch kein Infrastrukturförderantrag gestellt werden konnte. Deswegen hat sich die Frage der haushaltstechnischen Bereitstellung des Infrastrukturzuschusses bislang noch nicht gestellt.

(Günter Rudolph (SPD): Das zieht sich!)

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Klose.

Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, erwägt die Landesregierung, den Closingtermin ein weiteres Mal, über den 31. Dezember 2010 hinaus, zu verschieben?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Klose, ich habe bei der vorherigen Frage zum gleichen Thema gesagt, dass ich in Gesprächen mit der Stadt Hofgeismar bin. Nach Abschluss dieser Gespräche werde ich Ihnen zu gegebener Zeit kurzfristig mitteilen, ob das notwendig sein wird oder nicht.

(Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Präsident Norbert Kartmann:

Noch eine Zusatzfrage, Herr Kollege Klose.

Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, worin bestehen denn die von Ihnen angesprochenen Gespräche mit der Stadt, wenn Sie bisher noch nicht einmal Namen der angeblichen Investoren kennen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Klose, ich gehe davon aus: Wenn die Gespräche mit der Stadt zum Abschluss gebracht worden sind, werde ich Ihnen auch diese Frage umfassend beantworten können.

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. Damit schließe ich die Fragestunde.

(Die Fragen 328, 330, 334, 336 bis 338, 340 bis 345 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigelegt. Die Fragen 331 bis 333, 335 und 339 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden. Die Frage 329 ist mit der Antwort auf die Frage 323 erledigt.)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen kurz zur Tagesordnung mitteilen: Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Diskussion um Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke, Drucks. 18/2796. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Punkt 62 und, wenn Sie nicht widersprechen, mit den Punkten 38 und 42 aufgerufen. – Das ist Konsens. Dann wird so verfahren.

Weiterhin eingegangen und an Sie verteilt worden ist zu Punkt 7 ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/2797, zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Volksbegehren und Volksentscheid, Drucks. 18/2727.

Schließlich haben wir auf den Tischen liegen einen Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN betreffend Übertragung der Rente mit 67 auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen, Drucks. 18/2798. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird das Punkt 63, und wir rufen ihn mit Punkt 45 auf. – Auch dies ist Einigkeit hier im Haus.

Schließlich der Dringliche Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, Drucks. 18/2799. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Wir machen diesen Antrag zu Punkt 64, und er wird mit Punkt 36 aufgerufen und abgestimmt. – Auch das ist Konsens.

(Günter Rudolph (SPD): Nach 36!)

– Nach und nicht mit, logischerweise. – Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum **Punkt 36:**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend Neubenennung der Vertretung des Landes Hessen im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas im Europarat (KGRE) – Drucks. 18/2729 –

Es ist vereinbart, ohne Aussprache zu wählen. Der Abg. Quanz ist von mir vorgeschlagen. Das wird von den Fraktionen übernommen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann stelle ich fest, dass bei Enthaltung des Betroffenen er gewählt ist. Herr Quanz, herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg in Europa.

Ich rufe jetzt den besagten **Punkt 64** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend Geschäftsordnung des Hessischen Landtags – Drucks. 18/2799 –

Zur Information: Es geht um die Umbenennung des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit in Sozialpolitischen Ausschuss.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

– Was bei Ihnen alles schon Beifall auslöst, kann ich kaum glauben.

(Allgemeine Heiterkeit – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So kann man auch mit kleinen Sachen Herrn Al-Wazir eine Freude machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

Dann frage ich Sie: Wer stimmt der Änderung der Geschäftsordnung zu? Den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Stimmenthaltungen? – Somit beschlossen, und jetzt ist Herr Grüttner Sozialminister; das kommt noch hinzu.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. René Rock (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten betreffend „Gemeinsam für ein starkes Hessen“

Vereinbarte Redezeit sind 60 Minuten pro Fraktion – und damit auch Orientierung für den Ministerpräsidenten. Herr Ministerpräsident Bouffier, ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, Ihnen heute als neu gewählter Hessischer Ministerpräsident meine Vorstellungen und die Vorstellungen der Landesregierung für unsere künftige Regierungsarbeit vorstellen zu können. Wir stellen das Ganze unter den Titel: „Gemeinsam für ein starkes Hessen“. Unter dieser Überschrift wollen wir das christlich-liberale Bündnis auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung vom Januar 2009 entschlossen fortsetzen.

Der Wechsel des Ministerpräsidenten und der Regierungsmannschaft ändert nichts daran, dass der von CDU und FDP eingeschlagene Kurs für unser Land notwendig und richtig ist und weitergegangen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir wollen Bewährtes fortführen und neue Akzente setzen. Damit – davon sind wir überzeugt – werden wir Hessen in eine gute und sichere Zukunft führen. Wir werden unsere Arbeit mit Realismus, aber auch mit Optimismus angehen.

Meine Damen und Herren, wir haben Grund zu diesem Optimismus – Optimismus deshalb, weil Hessen ein starkes Land ist und weil wir als Koalition in der Vergangenheit schon gezeigt haben, dass wir Herausforderungen erfolgreich meistern. Optimistisch sind wir aber auch deshalb, weil deutliche Anzeichen wirtschaftlicher Erholung zu der Hoffnung berechtigen, dass wir die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Krieg überwinden. Die Lage ist besser als die Stimmung.

Trotz der Krise steht unser Land sowohl im europäischen als auch im internationalen Vergleich sehr gut da. Wir haben die besten Arbeitsmarktzahlen seit rund 20 Jahren. Die Wirtschaft entwickelt sich unerwartet positiv. Es besteht die realistische Chance, dass dies auf Sicht auch zu einer Entlastung der öffentlichen Finanzen führen wird.

Meine Damen und Herren, diese positive Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist auch die Frucht kluger Politik. Durch massive Konjunkturprogramme und weit-sichtige Einzelmaßnahmen hat die Bundesregierung verhindert, dass aus der Wirtschafts- und Finanzkrise auch eine Krise des Arbeitsmarktes wurde. Das ist ein sehr gelungenes Krisenmanagement. Vergleicht man es mit anderen Ländern in Europa und in der Welt, dann ist es einzigartig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ohne Maßnahmen wie z. B. die verlängerte Kurzarbeiterregelung hätten viele Menschen ihren Arbeitsplatz verloren – mit allen negativen Folgen für den Einzelnen, für seine Familie, aber auch für unsere Gesellschaft insgesamt.

Wir Hessen haben mit 1,7 Milliarden € ein eigenes, zusätzliches Konjunkturprogramm aufgelegt. Davon sind mehr als 1 Milliarde € alleine den Kommunen zugutegekommen. Kein anderes Land hat auch nur annähernd in einem solchen Ausmaß gegengesteuert.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Unser Sonderinvestitionsprogramm hat die Kommunen und das Land in die Lage versetzt, Politik für die Menschen zu gestalten. Wir verbessern die Kinderbetreuung. Wir bauen Schulen aus. Wir bauen die Hochschulen aus. Um es deutlich zu sagen: So sehen konkrete Investitionen in Bildung aus. Wir haben nicht nur davon geredet, wir haben mit 1,7 Milliarden € auch sehr viel dafür getan.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auf über 5.000 Baustellen alleine in Hessen können Sie sehen, was mit diesem Programm geschieht. Wir bauen Schulen, Turnhallen, wir bauen die kommunale Infrastruktur aus. Ich glaube – und das müsste uns eigentlich alle gemeinsam verbinden –: Die Tatsache, dass dieses Programm viele Arbeitsplätze erhält und viele Tausende neue schafft, ist eine Leistung, auf die wir gemeinsam stolz sein können. Ich finde, Gemeinsamkeit – vor einer Woche habe ich sie ja angeboten und angemahnt – ist etwas, was uns verbinden kann: Ein Programm, das vielen Menschen Arbeit gibt und Infrastruktur fördert und über das wir, soweit ich es gesehen habe, im Großen und Ganzen einig waren, darauf kann dieses Haus stolz sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aber nicht nur die Politik, auch die Sozialpartner haben großen Anteil an diesem Aufschwung. Die maßvolle Lohnpolitik der Gewerkschaften und die weitsichtige Entscheidung vieler Unternehmer, ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz der Krise nicht zu entlassen, sondern weiter zu beschäftigen, bieten die besten Voraussetzungen dafür, den insbesondere vom Export getriebenen Konjunkturaufschwung in Hessen hervorragend zu nutzen.

Die Lage ist also besser als die Stimmung. Gleichwohl warne ich davor, zu glauben, die Krise sei bereits überwunden, und wir könnten einfach zur Tagesordnung übergehen.

Meine Damen und Herren, trotz der besseren Wirtschaftsdaten sind viele Menschen verunsichert. Nach wie vor haben zu viele keinen Arbeitsplatz. Die Staatsverschuldung, auch das wissen die Menschen, ist nicht zuletzt aufgrund der massiven Konjunkturprogramme dramatisch gewachsen. Viele Menschen haben Angst um ihre Zukunft, und sie haben Angst um die Zukunft ihrer Kinder. Diese Sorgen müssen wir ernst nehmen.

Vor diesem Hintergrund ist es mir ein besonderes Anliegen, mit der von mir geführten Landesregierung ein Zeichen der Gemeinsamkeit zu setzen. Wir brauchen dieses bestärkende Miteinander. Denn viele Menschen beobachten die aktuelle Situation mit großer Sorge. Nach meiner festen Überzeugung gründen diese Sorgen sehr stark auf den tief greifenden Umbrüchen dieser Gesellschaft. Diese tief greifenden Umbrüche will ich nur beispielhaft nennen.

Viele Menschen empfinden die Veränderung in unseren Familien nicht als positiv. Es macht ihnen Angst, dass das, was bislang für ihr Leben selbstverständlich war, infrage gestellt wird. Den rapiden demografischen Wandel empfinden viele Bürger nicht als Chance, sondern er weckt bei ihnen Angst vor Abwanderung, Überalterung und Vereinsamung ihrer Lebensumgebung.

Auch die notwendige Integration von Menschen aus anderen Ländern und Kulturen führt bei vielen Bürgern zu Angst vor Verfremdung und zu Sorge um die eigene kul-

turelle Identität. Umgekehrt gilt auch: Vielen Migranten fällt es schwer, sich in einer solchen Umgebung willkommen und heimisch zu fühlen.

Mit diesen Ängsten müssen wir uns auseinandersetzen. Gemeinsam müssen wir versuchen, neues Vertrauen zu schaffen.

Dabei wissen auch wir: Das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Politik fällt vielen Menschen heute sehr schwer. Die Menschen verstehen manche Entwicklung nicht. Sie haben Zweifel daran, ob dem Gebot der Gerechtigkeit bei politischen Entscheidungen genügend Rechnung getragen wird. Zu einem guten Teil kann man sie verstehen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft erschüttert. Gleiches gilt hinsichtlich des Vertrauens in die Institutionen des Staates. Dieser Vertrauensverlust wiegt schwer, und er muss uns veranlassen, mit allen Kräften an diesem neuen Miteinander zu arbeiten.

Wir als Landesregierung gehen dabei von folgenden Maximen aus: Für uns gilt nicht der maximale Gewinn, sondern der Mensch als Mittelpunkt der wirtschaftlichen Ordnung.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ludwig Erhard forderte schon 1948, dass die soziale Marktwirtschaft nicht das „freie Spiel der Kräfte“ sei, „sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen lässt, die den Wert der Persönlichkeit obenan stellt“.

Genau das ist es, dem wir uns verpflichtet fühlen. Der Mensch als Mittelpunkt der politischen Ordnung – das ist unser Verständnis von Politik. Wir wollen sicherstellen, dass das nicht nur die politische Programmatik ist, sondern sich auch zur politischen Realität in diesem Land entwickelt, wo dies noch nicht so empfunden wird.

Wir wollen einen neuen Stil prägen und ein neues Angebot machen. Als Hessischer Ministerpräsident will ich daran arbeiten, dass die Menschen in diesem Lande die Politik wieder stärker als ihre Politik erfahren und auch mit konkreten Begegnungen verbinden können.

Deshalb werde ich das Gespräch mit den Menschen in allen Teilen Hessens suchen.

(Lachen der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich werde unter anderem regelmäßige Bürgersprechstunden an verschiedensten Orten einführen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Dann haben Sie das bisher versäumt!)

Ich lade die Sozialpartner in unserem Land, die Gewerkschaften und die Repräsentanten der Wirtschaft ein, regelmäßig mit uns darüber zu beraten, wie wir die Herausforderungen im Sinne des Gemeinwohls am besten meistern können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, dieses Gemeinwohl ist mehr als die Summe aller Einzelinteressen. Die Landesregierung wird sich deshalb nicht zum Sachwalter von Sonderinteressen machen lassen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-

Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann weiß ich, was Sie zum Atomkonsens sagen!

– Herr Kollege Al-Wazir, das gilt in alle Richtungen.

Für uns ist Politik nicht die Bedienung von Einzelinteressen. Vielmehr haben wir die Aufgabe, die Menschen zu verantwortungsvollem Handeln für sich und für die Gemeinschaft zu ermuntern.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Scharfe Kritik an der FDP!)

Dafür Kräfte freizusetzen und Kreativität zu entwickeln: das ist das Ziel unserer Politik.

Dabei brauchen wir auch kraftvolle Visionen. Wir brauchen keine sturen Businesspläne.

Um auch das einmal zu sagen: Mehr oder minder willkürlich gesetzte Prozentziele – für welches Ziel auch immer – machen aus meiner Sicht keine kluge Politik. Wo nur noch die Zahl regiert, gerät der Mensch leicht aus dem Blick. Ich habe es gesagt und sage es noch einmal – für uns gilt: Im Mittelpunkt steht der Mensch, nicht irgendeine Prozentzahl.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb steht auch unser Sozialstaat nicht zur Disposition.

Ich freue mich, dass Sie die Änderung unserer Geschäftsordnung vorhin mit Beifall begleitet haben. Bei aller Notwendigkeit zur Anpassung bleiben wir den Schwachen verpflichtet.

Unsere Fürsorge sollte aber niemand zum Anlass nehmen, sich vom Staat von der Wiege bis zur Bahre an die Hand nehmen zu lassen. Gemeinsinn setzt auch die Bereitschaft zur Selbstverantwortung und Eigeninitiative voraus.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Unsere Politik garantiert Hilfe für die Schwachen, fordert Solidarität durch die Starken und fördert die Anerkennung für die Leistungsträger und die Tüchtigen.

Leistung und Solidarität sind keine Gegensätze. Im Gegenteil, sie bedingen einander. Leistung ohne Solidarität bedeutet soziale Kälte. Solidarität ohne Leistung ist in der Geschichte bisher auch noch nicht geglückt. Es gibt viele Beispiele auch in unserem Land – denken wir an die ehemalige DDR, wo dies regelmäßig gescheitert ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese Erkenntnis gehört zum Kern der sozialen Marktwirtschaft, und ich hoffe, dass dies auch zukünftig ein breiter Konsens hier im Hause für unsere gemeinsame Arbeit sein wird.

Konsens in wesentlichen Fragen – das ist das, was ich Ihnen anbiete und wovon ich überzeugt bin, dass es die Demokratie braucht. Das muss auch unseren Umgang miteinander prägen. Wir sollten uns als Volksvertreter eher auf die Suche nach Gemeinsamkeiten begeben, als darauf, den noch so kleinen politischen Dissens zur Frage über Gedeih und Verderb unseres Landes aufzublasen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Die Menschen haben schlicht genug von Parteipolitik pur. Sie haben auch genug von der Beschäftigung der Parteien

mit sich selbst. Ein vernünftiger Pragmatismus und eine Abkehr von ideologischer Fixierung bedeuten nicht ein Handeln ohne Grundüberzeugungen. Es muss aber Schluss sein damit, dass wir jedenfalls dann, wenn Ideologien einer vernünftigen Lösung im Wege stehen, den Ideologen folgen. Wir sollten uns mehr bemühen, Pragmatismus gleich Vernunft zu setzen und die unterschiedlichsten Herausforderungen vernünftig anzugehen. Dies ist eine Aufgabe, die Regierung und Opposition verbinden kann. Weniger Ideologie, mehr Vernunft – ich glaube, das wäre gut.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind wir gespannt! – Gegenruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das liegt aber auch an euch! Da sind wir auch gespannt!)

Meine Damen und Herren, die Krise hat eines deutlich gezeigt: Die Bürgerinnen und Bürger haben trotz des mangelnden Zutrauens in die Politik – das ist das Besondere – nach wie vor hohe Erwartungen an den Staat. Auf der einen Seite trauen sie denen, die auf Zeit berufen sind, Politik zu gestalten, vergleichsweise wenig zu. Auf der anderen Seite erwarten sie insbesondere in Krisenzeiten vom Staat nahezu alles. Der Staat bleibt in der Krise die letzte Instanz, auf die sich viele Hoffnungen immer wieder gründen. Dieser Verantwortung stellen wir uns, und wir setzen dabei auf bewährte Prinzipien, aber nicht auf alte Praktiken.

In den letzten Jahrzehnten wurden immer wieder politische Entscheidungen getroffen, deren Umsetzung nur über Schulden finanziert wurde. Was anfangs als Ausnahme galt, wurde schnell zum Regelfall. Dies gilt für alle Ebenen der Politik – von der Kommune bis hinauf zum Bund. Diese Politik wachsender Verschuldung wurde von allen Parteien praktiziert.

Nur durch diesen fatalen Konsens – man muss sich das nüchtern vorstellen – aller Parteien konnte die Situation entstehen, die man heute im Rückblick eigentlich als paradox bezeichnen muss: Die reichste Generation aller Zeiten hat die größten Schulden aller Zeiten gemacht. – Verantwortung für kommende Generationen sieht jedenfalls anders aus, und deshalb, meine Damen und Herren, ist diese Landesregierung der Überzeugung: So darf und kann es nicht weitergehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war daher eine der weitsichtigsten Entscheidungen des Bundesgesetzgebers, in diesem Fall der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD im Deutschen Bundestag und im Bundesrat, eine Schuldenbremse in das Grundgesetz aufzunehmen. Auch in Hessen wollen wir jetzt im Sinne dieser Generationengerechtigkeit über eine Volksabstimmung in der Landesverfassung eine Schuldenbremse einführen. Wir wollen, dass die hessischen Bürgerinnen und Bürger diese Weichenstellung direkt und unmittelbar vornehmen können. Ihre Entscheidung soll die Einzelheiten für die Ausgestaltung der Schuldenbremse in der Landesverfassung festlegen – so, wie es der Bund bereits für sich getan hat.

Wir wollen – nicht als Selbstzweck – diese Schuldenbremse, damit eine Politik zulasten der Kinder in unserem Land ab dem Jahr 2020 nicht mehr möglich ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese Überzeugung muss unsere gemeinsame Politik prägen, für alle Entscheidungen und auf allen Ebenen. Das geht von der Zusammenarbeit mit den Kommunen über das Miteinander mit den anderen Ländern bis hin zur Abstimmung mit dem Bund und im europäischen Rahmen.

Diese Landesregierung versteht sich dabei als konstruktiver Partner der Bundesregierung. Dies werden wir – selbstverständlich bei Wahrung unserer hessischen Interessen – auch im Bundesrat deutlich machen.

Ich will auch ein Wort zu Hessens Rolle in Europa sagen: Als europäischer Finanz- und Wirtschaftsstandort, der herausragenden Rang einnimmt, als Verkehrsdrehscheibe mit dem Frankfurter Flughafen und als internationaler und interregionaler Partner hat Hessen ein vitales Interesse daran, dass eine starke Europäische Union kraftvoll handlungsfähig bleibt und das Prinzip der Subsidiarität gewahrt ist. Aber ich will Ihnen auch zurufen: Diese Hessische Landesregierung weiß, dass sie in Europa besondere Chancen und besondere Verpflichtungen wahrzunehmen hat. Deshalb denken, fühlen und handeln wir europäisch, nach dem Satz, den ich gerne zitiere: Wir wissen, wo wir herkommen. Wir wissen, wo unsere Wurzeln sind. Wir wissen aber auch, wo unsere Zukunft ist.

Unsere Heimat auf der einen Seite zu bewahren und Europa mitzugestalten ist eine der großartigsten Chancen, die wir haben. Viele andere Regionen beneiden uns um diese Chancen. Deshalb wollen wir sie kraftvoll aufnehmen, und ich bitte um Ihre Unterstützung dafür.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Unsere Politik ist aber nur so handlungsfähig, wie es der eigene Haushalt zulässt. Diese Landesregierung steht zu ihrer föderalen Verpflichtung, als wirtschaftsstarke Region den schwachen Ländern zu helfen.

Meine Damen und Herren, diese Bereitschaft hat allerdings ihre Grenzen. Wir mussten in Hessen – das muss man sich immer wieder in Erinnerung rufen – seit 1999 fast 16 Milliarden € Schulden aufnehmen. Gleichzeitig haben wir in dieser Zeit 27 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich gezahlt. Das heißt schlicht: Wenn wir den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes für uns alleine hätten nutzen können, hätten wir in dieser Zeit einen Überschuss von 11 Milliarden € erzielt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): So einfach ist die Welt!)

– So einfach ist die Welt. – Herr Kollege, wir stehen zu unserer Verpflichtung und zur Solidarität auch mit finanzschwächeren Ländern. Wir können aber nicht akzeptieren – ich hoffe, dass das unsere gemeinsame Überzeugung hier im Hause ist –, dass mit dem Geld aus Hessen in anderen Ländern Leistungen kostenfrei angeboten werden, die wir unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht kostenfrei anbieten können, weil es unsere Haushaltslage nicht erlaubt. Meine Damen und Herren, das kann so nicht bleiben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich sage deshalb für diese Landesregierung: Sollten wir auf dem Verhandlungswege nicht weiterkommen, werden wir gemeinsam mit Bayern und Baden-Württemberg eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erwägen müssen. Ich hoffe, dass Einsicht bei unseren Partnern noch zu Verhandlungslösungen führt. Wenn dies nicht gelingt, dann werden wir uns dem Klagewege nicht verweigern können.

In Hessen haben wir den Konsolidierungskurs bereits eingeschlagen. Ich will daran erinnern, und der Herr Finanzminister wird morgen den Haushaltsplan 2011 einbringen: Wir legen Ihnen einen Plan vor, der Einsparungen in Höhe von über 800 Millionen € vorsieht. Die dafür notwendige Reduzierung der Ressortansätze um durchschnittlich 3,5 % ist einmalig. Wir zeigen damit sehr deutlich: Wir machen Ernst mit dem Kurswechsel in der Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Doch auch das will ich sagen: Alle finanzpolitischen Bemühungen eines Landes haben nur dann Sinn, wenn auch die Kommunen als Partner handlungsfähig bleiben. Wo die Kommunen schwach sind, wird kein Land auf Dauer stark sein können. „Gemeinsam für ein starkes Hessen“ bedeutet daher immer auch „gemeinsam für starke Kommunen in Hessen“.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Generationengerechtigkeit fängt in den Kommunen an. Wir wollen deshalb gemeinsam mit der kommunalen Familie für unsere Kinder und Kindeskinde die Weichen auf Zukunft stellen. Viele Kommunen in Hessen verfügen aber nicht über die notwendigen Mittel für diese Weichenstellung – aus unterschiedlichsten Gründen.

Natürlich sind die kommunalen Haushalte zunächst einmal Sache der Kommunen. Für die nachhaltige Sanierung der öffentlichen Haushalte muss daher jede Kommune zunächst einmal bei sich selbst anfangen. Sie muss eigene Anstrengungen unternehmen, z. B. auch durch die Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit. Sie muss ihre Beiträge leisten.

Dieser eigene Beitrag kann aber nicht bedeuten, dass die Kommunen die für die Bürger notwendigen Infrastruktureinrichtungen nicht mehr aufrechterhalten können. Deshalb wollen wir die notwendige Konsolidierung unserer Haushalte in fairer Partnerschaft zwischen Land und kommunaler Familie gestalten. Wir wollen verhindern, dass die Schuldenbremse unsere Kommunen vor neue Probleme stellt. Eine Schuldenbremse des Landes auf Kosten der Kommunen umzusetzen wäre der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dabei steht völlig außer Frage, dass das Land letztlich der Garant für die Kommunen ist. Dieser Verantwortung wollen wir uns auch stellen. Wir wollen jetzt einen neuen, ganz konkreten Beitrag für die Konsolidierung der kommunalen Haushalte leisten, der so – nach allem, was wir sehen – in der Bundesrepublik sicherlich beispielgebend sein wird: Wir bieten den hessischen Kommunen die Einrichtung eines kommunalen Schutzschirms an, um die Bekämpfung der Verschuldung unserer Kommunen gemeinsam angehen zu können.

Ich bin mir dabei bewusst, dass man in einer so vielfältigen kommunalen Landschaft wie in Hessen nicht von den Kommunen sprechen kann. Es liegt auf der Hand, dass die Verhältnisse in Frankfurt am Main oder in Bad Homburg ganz anders sind als in Offenbach, in Gießen oder in vielen anderen, insbesondere auch kleinen Kommunen.

Die hessischen Kommunen sind im Schnitt die steuerstärksten in ganz Deutschland. Allerdings verteilen sich die Einnahmen bei diesen Kommunen sehr, sehr unterschiedlich. Diese strukturellen Unterschiede innerhalb

der kommunalen Familie erfordern auch neue und treffsicherere Instrumente, als sie uns bislang gelungen sind. Wir wollen deshalb als Land eine Lösung angehen, bei der wir insbesondere bereit sind, die Altschuldenproblematik gemeinsam mit den Kommunen neu zu gestalten und ihnen dabei auch nachhaltig zu helfen.

Wir wollen einen eigenen Beitrag zur Bewältigung dieses Problems leisten. Wir bieten an, kommunale Verbindlichkeiten nach dem Bedürftigkeitsprinzip in einem Fonds zu bündeln und zur langfristigen Tilgung einen Betrag von bis zu 3 Milliarden € aus Landesmitteln zu leisten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, mit dieser partiellen Schuldenübernahme wollen wir Not leidenden Städten, Gemeinden und Landkreisen spürbar helfen. Gleichzeitig werden wir Regeln dafür finden, wie wir die Zinslasten dieses Fonds gemeinsam tragen können.

Wir wollen bedarfsorientiert und zielgenau und nicht nach dem Gießkannenprinzip helfen. Unser Konsolidierungsangebot meint Hilfe zur Selbsthilfe. Es soll in Kombination mit eigenen Anstrengungen der betroffenen Kommune sicherstellen, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit wieder dauerhaft gewährleistet ist.

Um es einmal ganz konkret zu sagen: Wir wollen erreichen, dass Kommunen auch künftig Spielplätze, Sportanlagen und Schwimmbäder bauen können, aber sie vor allen Dingen auch unterhalten können. Dafür können wir mit einem solchen Fonds sehr viel tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir wollen mit der kommunalen Seite einen Weg verabreden, nach welchen Kriterien wir den Zugang zu einem solchen Fonds ermöglichen und welche verbindlichen Konsolidierungsschritte die betreffenden Kommunen dann gehen müssen.

Damit verbindet sich natürlich auch die Aufgabe, einen Weg zu finden, wie wir jene Kommunen, die bereits in der Vergangenheit besondere Anstrengungen unternommen haben, ihre Finanzen zu ordnen, im Vergleich zu jenen behandeln, die das noch nicht oder nicht in ausreichendem Maße getan haben. Es wird also darum gehen müssen, einen fairen Weg innerhalb der Kommunen zu finden, wie diejenigen Kommunen, die diese Hilfe annehmen wollen, sie annehmen können und unter welchen Bedingungen dies geschehen soll.

Dieser kommunale Schutzschirm ist ein Hilfsangebot, das jede einzelne Kommune annehmen kann, aber nicht muss. Ich könnte mir auch vorstellen, dass der Landeswohlfahrtsverband als kommunale Einrichtung in diese Überlegungen mit einbezogen werden kann.

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir streben bei diesen Gesprächen einen belastbaren Konsens an. Wir wollen niemandem etwas überstülpen, sondern wir wollen gemeinsam mit den Betroffenen nachhaltig die kommunale Verschuldung reduzieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, das sind die Eckpunkte, mit denen die Landesregierung in die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden gehen will. Ich habe Finanzminister Dr. Schäfer gebeten, sehr bald die Gespräche mit der kommunalen Familie aufzunehmen, um ge-

meinsam ein detailliertes Handlungskonzept zu entwickeln, das sich an den geschilderten Leitlinien orientiert.

(Florian Rentsch (FDP): Sehr gute Idee!)

Ich appelliere an alle Beteiligten – ich meine wirklich alle –, meinen Vorschlag zügig aufzugreifen und als Chance zu betrachten. Sie ist nicht nur einmalig, aber solche Angebote, so gerne man Angebote macht, werden wir nicht allzu häufig machen können. Es ist eine Maßnahme, die der besonderen Situation geschuldet ist, und es ist eine riesige Anstrengung, die das Land dabei zugunsten der Kommunen unternimmt. Darauf, meine Damen und Herren, können wir dann gemeinsam stolz sein – Stadt und Land, Hand in Hand.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir setzen Prioritäten für ein neues Miteinander. Als Staat können wir nicht alles, aber wir können für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen.

Diese Landesregierung steht für einen starken Staat, der aber auch um seine Grenzen weiß. Wir wollen das gewährleisten, was die Menschen zu Recht vom Staat erwarten, wie etwa eine konsequente Sicherheitspolitik und die besten Voraussetzungen für die Bildung unserer Kinder. Wir stehen für einen starken Staat, der seine Aufgaben in solchen Kernbereichen auch erfüllt.

Wir wissen aber auch um die Grenzen dessen, was der Staat leisten kann, nicht nur, wenn es um persönliche Freiheitsrechte und das gesellschaftliche Klima geht. In diesen Bereichen wollen wir moderieren, Impulse geben, Unterstützung leisten. Es ist meine feste Überzeugung: Nur ein Staat, der seine Grenzen kennt, bleibt auf Dauer auch wirklich handlungsfähig.

Deshalb müssen wir uns immer wieder die Frage stellen: Was muss zwingend der Staat tun, was dürfen und müssen wir erwarten, dass die Bürger es selbst für sich tun, und wo soll der Staat gesellschaftliche Prozesse moderieren und mithelfen, diese Gesellschaft zu entwickeln, sodass es für alle Seiten friedlich und erfolgreich vorangeht?

Als Hessische Landesregierung haben wir klare Vorstellungen davon, worauf es in Zukunft ankommt. Ich möchte Ihnen – zugegebenermaßen auch aus Zeitgründen – einige zentrale Schwerpunktbereiche aufzeigen, was unser Bild von Staat und Gesellschaft für die Politik dieser Landesregierung bedeutet.

Wir wollen die Zukunft auf einem soliden Fundament bauen. Deshalb setzen wir unseren ersten Schwerpunkt ganz bewusst bei den Kindern, bei den Familien und bei der Bildung in unserem Land.

Die Gründung einer Familie ist eine private Entscheidung, aber als Landesregierung wollen wir Menschen zu dieser Familiengründung ermutigen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

Wir möchten dazu beitragen, dass Familien sich in Hessen willkommen fühlen und dass sie sich hier zu Hause fühlen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dabei setzen wir nicht auf Ideologie, sondern auf Erfahrung. Der Staat soll und darf nach meiner Überzeugung den Eltern die Aufgabe der Erziehung nicht abnehmen. Die Eltern haben die Aufgabe und die Pflicht, sich um die Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder zu kümmern. Er-

ziehung und Bildung sind zuvörderst das Recht und die Pflicht der Eltern, und jedenfalls so lange, wie sie diese Pflichten ernst nehmen, hat der Staat sich nicht an die Stelle der Eltern zu setzen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Unsere Familienpolitik basiert auf Vertrauen. Wir vertrauen den Eltern in unserem Land und wollen sie in ihrer wichtigen Aufgabe unterstützen. Deshalb dürfen Unterstützung und Hilfe für die Eltern nicht gleichgesetzt werden mit Bevormundung der Eltern.

Umgekehrt gilt aber auch: Die Kinder, deren Eltern entweder nicht in der Lage oder nicht willens sind – oder beides –, die Verantwortung für ihre Kinder zu tragen, darf der Staat nicht alleine lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden deshalb unsere Maßnahmen zum Kinderschutz verstärken, wie wir das in der Koalitionsvereinbarung im Einzelnen dargelegt haben, auf die ich hier verweise.

Meine Damen und Herren, wir haben großen Respekt vor denen, die ihre berufliche Karriere zurückstellen, um sich selbst der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder zu widmen. Dasselbe gilt auch für diejenigen, die ihre Berufstätigkeit fortsetzen und eine außerhäusliche Betreuung ihrer Kinder in Anspruch nehmen oder auf diese angewiesen sind.

Das Leben mit Kindern stellt gerade auch berufstätige Eltern vor besondere Herausforderungen. Als Hessische Landesregierung wollen wir mit aller Kraft vermeiden, dass Kinder und Beruf als Gegensatz wahrgenommen werden.

Deshalb werden wir das Betreuungsangebot bedarfsgerecht ausbauen. Ob die Betreuung außer Haus, zu Hause oder in anderer Weise stattfindet, ist Sache der Eltern. Im Sinne dieser Wahlfreiheit setzen wir deshalb auf alle Formen der Betreuung: in Kitas, bei den Tagesmüttern oder bei den Eltern zu Hause.

Um den Bedarf der außerhäuslichen Betreuung von Kindern im Alter von unter drei Jahren abdecken zu können und damit auch dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz gerecht zu werden, werden wir den Ausbau der U-3-Betreuungsangebote weiter entschlossen vorantreiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir wollen das qualitativ und quantitativ tun: quantitativ dadurch, dass wir mehr Angebote, mehr Plätze und auch mehr Erzieher haben wollen;

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erzieherinnen!)

qualitativ durch eine Offensive für frühe Bildung.

Das in unserer Koalitionsvereinbarung vorgesehene Bonusprogramm sowie die beabsichtigte Umstellung des bisherigen trägerbezogenen Fördersystems auf unmittelbare Förderung des einzelnen Kindes werden nach meiner festen Überzeugung diese Maßnahmen flankieren. Wir wollen im Ergebnis Wahlfreiheit und Trägerfreiheit und -vielfalt gewährleisten.

Meine Damen und Herren, dies ist ein Kernstück unserer zukünftigen Aufgaben. Wir werden noch oft darüber diskutieren und vielleicht auch gelegentlich darum ringen müssen, wie wir im Einzelnen den besten Weg gehen.

Aber ich denke, wir sind uns einig und können uns dabei finden: Immer vom Kind her zu denken führt in der Regel in die richtige Richtung.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Um berufstätigen Eltern so viel Zeit für ihre Kinder wie möglich einzuräumen und die Kinderfreundlichkeit in unseren Betrieben zu steigern, wollen wir den Ausbau der betrieblichen Betreuung fördern. Insbesondere die Einrichtungen des Landes selbst sollen hier beispielgebend sein. Wir setzen auf den familienfreundlichen Betrieb und nicht auf die betriebsfreundliche Familie.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden das Vorhaben eines hessischen Kinderförderungsgesetzes, das alle Maßnahmen und Fördermöglichkeiten für Kinder in Tagesstätten und in der Tagespflege bündelt und systematisiert, umsetzen. Dies ist auch ein Zeichen dafür – Sie finden das bereits in der Koalitionsvereinbarung –, dass uns dieser Bereich besonders am Herzen liegt.

Wir wenden uns aber auch gegen eine Verschulung der frühen Kindheit.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kinder müssen auch die Chance haben, als Kinder zu spielen und Kinder zu sein, jeder nach seiner Art.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: G 8!)

Wir stellen uns deshalb trotz dieser Grundüberzeugung – das ist kein Gegensatz – der Verantwortung für die frühen Grundlagen des späteren Bildungserfolgs.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

Frühkindliche Bildung ist kein Luxus, sie ist Pflicht. Dabei wissen wir alle: Die Sprache ist der Schlüssel dafür, gelungene Teilhabe an Bildung zu erreichen. Deshalb werden wir die frühe Sprachförderung fortsetzen und optimieren.

Erlauben Sie mir eine einzige Reminiszenz an dieser Stelle. Ich will gern einmal an die maßlose Kritik erinnern, die der Vorgängerregierung entgegengeschlagen ist, als wir damals als Erste in der Bundesrepublik Deutschland für Kindergarten- und Vorschulkinder die Deutschkurse eingeführt haben. Ich kann mich an manche emotionale Debatte dieses Hauses erinnern. Diese weitsichtige Entscheidung ist heute in der Bundesrepublik Deutschland Standard. Ich freue mich darüber.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden eine landesweite Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans vorantreiben und entsprechende Qualifizierungsprogramme für die Erzieherinnen und Erzieher sowie für die Lehrkräfte anbieten.

Es bleibt unser Ziel, die Kinder in unserem Land vor dem Übergang vom Kindergarten in die Schule durch ein Vorbereitungsjahr umfassender als bisher mit den Herausforderungen der neuen Schulwelt vertraut zu machen.

Wir wissen auch, dass die Erziehung von Kindern heute komplexer geworden ist. Deshalb möchten wir auch einen Beitrag dazu leisten, wie wir das Selbstvertrauen junger

Eltern stärken können. Dazu wollen wir ein Netz von serviceorientierten Familienzentren einrichten, um die Hemmschwelle für die Inanspruchnahme von Erziehungsberatung und -hilfen abzusenken.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche und Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Die GRÜNEN dürfen gern klatschen. Ich nehme das gern auf.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir klatschen wenigstens!)

– Die stimmen schon im Vorfeld zu.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Die machen die Fraktionsarbeit gleich mit! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat Frau Merkel auch immer gesagt!)

– Ich sehe gerade, das findet doch großen Beifall.

Wir wollen ein Konzept entwickeln, das bestehenden Kindertageseinrichtungen die Bewerbung, die Zertifizierung und den Ausbau zum Familienzentrum ermöglichen soll. Eltern sollen dort schnell und unkompliziert Angebote der Elternbildung im öffentlichen wie im privaten Bereich erhalten.

Darüber hinaus haben wir auch den Anspruch, Maßnahmen zu entwickeln, die die Familien in unserem Land entlasten. Ich darf einmal darauf hinweisen – nur eine Zahl –: Seit 2007 hat die CDU/FDP-geführte Landesregierung die Mittel für Kinder und Familien auf über 100 Millionen € mehr als vervierfacht. Das ist eine Leistung, auf die wir stolz sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Und eine andere Zahl, über die ich mich sehr freue: Über 40.000 Anträge schon vor dem offiziellen Start zeigen, dass die „Familienkarte Hessen“ die Bedürfnisse der Familien in diesem Land trifft. Bevor sie überhaupt eingeführt ist, 40.000 Anträge – das ist eine überwältigende Resonanz. Ich kann nur sagen, ich freue mich, dass diese Resonanz so groß ist.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Diese Familienkarte bietet eine Vielzahl von Serviceleistungen im Bereich der Kinderbetreuung, der Erziehung und der Versicherungen. Sie ist weit mehr als eine bloße Rabattkarte. Sie setzt ein klares Zeichen für Familien, und darum geht es uns.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Familienkarte ist auch ein sehr gutes Beispiel dafür, wie man zeigen kann, was wir erreichen können, wenn wir als Staat eine Initiative ergreifen und es uns gelingt, andere Akteure zu einer Gemeinschaft und zum Mitmachen zu bewegen, und wie wir dann zielorientiert Gemeinschaft sehr konkret für die Familien in Hessen umsetzen können.

Meine Damen und Herren, ich habe darauf hingewiesen, dass das Fundament, auf dem wir unsere Politik aufbauen, Familie, Kinder und Bildung sind. Bildung wird häufig gleichgesetzt mit Schulpolitik. Das allein reicht nicht; es ist weit mehr. Aber natürlich ist die Schulpolitik ein Kern dessen, was Bildung meint.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Unsere Schulpolitik stellen wir in den Dienst der Schüler und der Eltern. Uns geht es um die Arbeit im System Schule und nicht am Schulsystem. Ob Schüler, Eltern oder Lehrer – wenn wir ehrlich miteinander umgehen –: Sie haben die endlosen Strukturdebatten satt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Ergebnis der Hamburger Volksabstimmung vom vergangenen Juli müsste doch auch dem Letzten klargemacht haben: Die Bürger haben die Nase voll von bildungspolitischer Bevormundung und Zwangsbeglückung durch die Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Da regieren CDU und GRÜNE!)

Meine Damen und Herren, wir wollen deshalb keine neuen Experimente, wenn es um die Zukunft ganzer Schülergenerationen geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir wollen Vielfalt und Wahlfreiheit ermöglichen. Nach unserer gemeinsamen Überzeugung ist diese Vielfalt letztlich nur in einem vielfältigen Schulsystem möglich. Meine Damen und Herren, der Zwang zur Einheitsschule führt nicht zu besserer Bildung, sondern setzt die gescheiterte Bevormundung fort.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In einem vielfältigen Schulsystem darf es keine Sackgassen bei der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen geben. Wir wollen deshalb die Durchlässigkeit des Schulwesens weiter erhöhen.

(Heike Habermann (SPD): Die ist abgeschafft worden!)

Das ist für uns auch ein Gebot der Chancengerechtigkeit, der wir uns besonders verpflichtet wissen.

Wir haben in Hessen die Schulpolitik entscheidend vorgebracht. Unterrichtsausfall, eine über Jahrzehnte bestimmende Geißel der hessischen Schulpolitik, haben wir praktisch abgeschafft. Meine Damen und Herren, das ist ein riesiger Erfolg.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Zusammenführung von Haupt- und Realschulen zur neuen Mittelstufenschule wird sowohl den Hauptschülern als auch den Realschülern durch begabungsgerechte Differenzierungen bessere Zukunftschancen eröffnen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja!)

Wir haben auch die Ganztagsbetreuung kontinuierlich ausgebaut. Wir werden diesen Kurs ebenso fortsetzen wie unsere Bemühungen, die Klassengrößen weiter zu verkleinern.

Nach den vielen Tausenden zusätzlichen neuen Lehrerstellen, die wir in den letzten Jahren kontinuierlich geschaffen haben, werden wir auch im kommenden Schuljahr 500 Lehrerstellen zusätzlich bereitstellen. Wir stehen zu dieser Verpflichtung, den Schülerinnen und Schülern bestmögliche Rahmenbedingungen zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Schulfrieden bedeutet keineswegs Stillstand. Wir sind offen für neue Wege. Aber dabei

müssen Augenmaß und Umsicht gewahrt bleiben. Wir sind bereit, z. B. mit der selbstständigen Schule den Schülern mehr Freiräume und mehr Selbstständigkeit einzuräumen. Dabei müssen sich diese Elemente aber von unten her entwickeln und bewähren, statt von oben verordnet zu werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da muss man aber auch loslassen können! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich weiß nicht, ob Sie alle Kabinettsvorlagen im letzten Jahr gelesen haben!)

– Seien Sie sicher: loslassen dort, wo es Sinn macht. Aber ich wäre dankbar und froh, wenn wir uns darauf verständigen könnten, dass „alle unter einem Dach“ – das war bisher Ihre bildungspolitische Grundvorstellung – vielleicht nicht die richtige Antwort auf eine hoch differenzierte Gesellschaft ist. Die Menschen sind unterschiedlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

Meine Damen und Herren, wir haben Vertrauen in die verantwortlichen Akteure vor Ort, und – das ist mir besonders wichtig – wir brauchen die Unterstützung engagierter Lehrerinnen und Lehrer. Engagierte Lehrer sind für eine geglückte Ausbildung der Kinder aus meiner Sicht um ein Vielfaches wichtiger als jede Debatte um Schulstrukturen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb will ich ganz bewusst die Gelegenheit dieser Regierungserklärung einmal nutzen, um den Lehrerinnen und Lehrern in Hessen für ihre Arbeit Danke zu sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Engagierter Lehrer kann man nicht sein, indem man das als Job begreift. Das, was wir ihnen anvertrauen, ist das Wichtigste, was wir haben: unsere Kinder und die Zukunft, von ihnen, aber auch von uns. Die Erfüllung dieser verantwortungsvollen Aufgabe soll für die Lehrer zukünftig noch besser möglich werden. Dem dient unter anderem auch eine bessere Lehrerbildung, die wir durch das neue Hessische Lehrerbildungsgesetz anstreben.

Meine Damen und Herren, entscheidender als alle Gesetze aber ist, dass wir die Schulen einmal in Ruhe arbeiten lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie uns den ideologischen Streit begraben. Geben Sie den Schulen die Ruhe, sich vernünftig um das zu kümmern, was im Mittelpunkt steht: vom Kind her denken, von den Schülerinnen und Schülern her denken und weniger Ideologie, aber dafür Unterstützung für die großen Aufgaben.

(Günter Rudolph (SPD): Fangen Sie damit an!)

Ich erinnere an die Aufgabe der Integration und an das, was durch den demografischen Wandel auf uns zukommt. Das wird die Schulen und alle, die in der Schulgemeinschaft sind, noch ganz gewaltig fordern. Sie brauchen keine Ideologie. Sie brauchen tatkräftige Hilfe. Die wollen wir geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen, meine Herren, ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit gilt unserer Heimat. Heimat ist ein Ort der Identifikation, der Vertrautheit und auch der Geborgen-

heit. Diese Heimat ist uns vertraut. Sie ist uns aber auch anvertraut. Um sich heimisch oder, um es mit einem anderen Wort zu sagen, geborgen zu fühlen, brauchen die Menschen Sicherheit. Dies gilt in vielerlei Hinsicht, von der materiellen Sicherheit bis zur sogenannten inneren Sicherheit. Die Menschen wollen frei sein. Sie wollen aber auch sicher leben. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Menschen und eine Grundverpflichtung des Staates. Die bisherige Landesregierung hat deshalb der inneren Sicherheit stets politische Priorität eingeräumt. Auch die von mir geführte Landesregierung wird dies in Zukunft so halten.

Die Erfolge unserer bisherigen Politik sind messbar. Hessen hat heute eine hervorragende Sicherheitsarchitektur und gehört zu den sichersten Ländern Deutschlands. Wir haben die historisch höchste Aufklärungsquote in Hessen und deutlich weniger Straftaten als vor zehn Jahren. Diesen Kurs werden wir fortsetzen. Um dies weiter zu ermöglichen, werden wir auch im kommenden Jahr wieder 550 neue Polizistinnen und Polizisten in den Dienst stellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auch der Verfassungsschutz leistet hervorragende Arbeit. Extremisten aller Couleur haben in Hessen keine Chance. Bei den extremistisch motivierten Gewalttaten steht Hessen seit Jahren im Vergleich mit anderen Bundesländern am allerbesten da. Meine Damen und Herren, es muss unser gemeinsames Anliegen sein, alles zu tun, dass das so bleibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Eine zukunftsweisende Sicherheitsarchitektur, eine moderne Technik sind wichtig. Entscheidend jedoch sind die Menschen, die sich für unser aller Sicherheit einsetzen. Ich möchte es deshalb bei dieser Regierungserklärung ausdrücklich nicht versäumen, den hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, aber auch den Damen und Herren des Verfassungsschutzes für ihren engagierten Dienst im Interesse der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger herzlich zu danken.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Bedürfnis nach Heimat umfasst mehr als Sicherheit und materielle Umstände. Der Mensch braucht auch heute eine geistliche Heimat. Religion gehört zum Menschen dazu. Es ist deshalb unsere Pflicht als Staat, die Möglichkeit zur religiösen Selbstentfaltung in unserer Gesellschaft zu garantieren. Es ist eine historische Errungenschaft in Deutschland, dass Politik und Religion in unserem Land voneinander getrennt sind. Gleichzeitig gilt aber auch: Die religiösen Gemeinschaften brauchen den toleranten Staat genauso, wie unsere Gesellschaft den Seelsorge- und Sozialdienst der religiösen Gemeinden braucht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die christlichen Kirchen in Hessen leisten einen entscheidenden Beitrag zur Sinnstiftung und Wertevermittlung in unserer Gesellschaft. Darüber hinaus tragen ihre karitativen Einrichtungen dazu bei, Menschen in Notlagen weiterzuhelfen und ihnen neue Perspektiven aufzuzeigen.

Deshalb möchte ich als Ministerpräsident und für alle Kolleginnen und Kollegen dieser Landesregierung unsere Bereitschaft zur vertrauensvollen Zusammenarbeit erneut zum Ausdruck bringen. Das gilt besonders für die

Bereiche, wo Staat und Kirche unmittelbar zusammenwirken, etwa in den Fragen des Religionsunterrichts, in kirchlich getragenen Bildungseinrichtungen oder bei der theologischen Ausbildung an den Universitäten.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass in vielen Teilen unseres Landes jüdische Religion und jüdische Kultur wieder eine Heimat gefunden haben.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist mit Blick auf unsere Geschichte keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Grund zur Freude.

Meine Damen und Herren, morgen ist das jüdische Neujahrsfest Rosch ha-Schana. Ich möchte ausdrücklich allen Hessen jüdischen Glaubens ein gutes neues Jahr wünschen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger in Hessen haben ihre geistliche Heimat im Islam. Wir wollen sicherstellen, dass auch Muslime ihren Glauben in Hessen leben können. Ich grüße deshalb auch alle Hessen muslimischen Glaubens, die zurzeit mit dem Fastenbrechen ihr Freudenfest feiern.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Damit das öffentliche Bekenntnis zum muslimischen Glauben und eine gelungene Integration nicht als Gegensatz angesehen werden, wollen wir unsere Anstrengungen für ein Angebot der religiösen islamischen Bildung fortsetzen und dort ermöglichen, wo es gewünscht ist.

Der Staatsminister der Justiz, für Integration und Europa und zugleich mein Stellvertreter, Kollege Jörg-Uwe Hahn, hat sich bei diesem Anliegen bereits große Verdienste erworben. Er wird auch weiterhin diejenigen Partner zusammenbringen, die bei der Umsetzung dieses wichtigen Unterrichtsangebots mitwirken müssen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich verkenne nicht die vielfältigen praktischen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind. Dies gilt besonders mit Blick auf die sorgfältige Suche nach geeigneten, unabhängigen islamischen Kooperationspartnern.

Bedenkenserwerter scheinen mir in diesem Zusammenhang die Worte des Vorsitzenden des Wissenschaftsrats, Prof. Peter Strohschneider, der mit Blick auf die Einrichtung des islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen formulierte: „Der säkulare Staat muss ein Interesse daran haben, Religiosität für die Gesellschaft fruchtbar zu machen.“ Ich teile diese Auffassung.

Dieses Interesse muss auch für die wachsende Gruppe von Menschen muslimischen Glaubens in unserer Gesellschaft gelten. Vor diesem Hintergrund begrüße ich es sehr, dass neben dem bereits bestehenden Studienangebot an der Universität Marburg nun die Universität Frankfurt angekündigt hat, ab dem kommenden Wintersemester einen Bachelorstudiengang „Islamische Studien“ anzubieten.

Eine gelungene Integration auch und gerade in diesem Bereich kann nicht nur bedeuten, die Ausbildung islamischer Religionslehrer und Seelsorger zu gewährleisten,

sondern wir müssen weiter gehen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass islamische Theologie in die reiche Tradition der theologischen Wissenschaften an den deutschen Hochschulen integriert wird. Ich will nicht so weit gehen, wie es andere tun, und von einem „europäischen Islam“ sprechen. Das würde in einer Regierungserklärung zu weit gehen. Aber ich möchte ausdrücklich dazu auffordern, dass wir diesen Weg der breiten intellektuellen Einbindung auch an den Hochschulen weitergehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ein anderer Teil dessen, was wir als Heimat begreifen, ist unsere Umwelt. Der Schutz der Umwelt ist vor einigen Jahren mit guten Gründen zum Staatsziel erhoben worden. Die Berichte über den Klimawandel zeigen uns immer wieder: Die Ressource Natur ist nicht unendlich.

Diese Bewusstseinsbildung wollen wir vorantreiben. Wir wollen innovativ sein und weite Teile unserer Gesellschaft zu kreativen Lösungen ermutigen. Wir wollen dazu beitragen, möglichst viele Menschen zu einer umweltgerechten Lebensweise zu ermutigen – wenn Sie so wollen, zu „verändern“.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aus der Forstwirtschaft stammt ein Prinzip, das meines Erachtens Grundlage eines jeden modernen Politikansatzes sein muss: die Nachhaltigkeit. Dieser Begriff zielt ja nahezu jede Rede. Deshalb möchte ich ihn so übersetzen, wie ich ihn verstehe: Er bedeutet schlicht, nur so viel zu verbrauchen, wie nötig ist, und die Zukunft dabei stets im Auge zu behalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dabei wollen wir es nicht bei einzelnen Initiativen belassen, sondern unsere Politik insgesamt unter diesen Primat stellen. Wir behalten deshalb die im Jahre 2008 ins Leben gerufene Nachhaltigkeitsstrategie bei und werden diese weiterentwickeln.

Beim Schutz der Umwelt kommt dem ländlichen Raum in Hessen eine besondere Bedeutung zu. Dort können wir ganz konkret erfahren, was intakte Natur bedeutet.

Doch der ländliche Raum ist mehr als Natur. Er ist auch Lebensraum vieler Menschen und ein wesentlicher Bestandteil unserer hessischen Kultur. Wir wollen und müssen sicherstellen, dass der ländliche Raum auch künftig für vielfältige Chancen und für Lebensqualität steht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich nenne hier die Breitbandversorgung als wesentlichen Standortfaktor. Sie ist heute Teil einer technischen, wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur, die dem Zusammenhalt der Gesellschaft dient. Insbesondere für die ländlichen Gebiete Hessens muss deshalb sichergestellt werden, dass die digitale Kommunikation dort genauso gelingt wie in den städtischen Gebieten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Landesregierung wird daher die flächendeckende Breitbandgrundversorgung sicherstellen und den Aufbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen energisch vorantreiben. Das wollen wir mit allen Beteiligten, den Unternehmen und den Kommunen, gemeinsam tun – wo möglich, auch mit privaten Investoren.

Den Ausgleich der gelegentlich auseinandergehenden Interessen der ländlich strukturierten Gebiete unseres

Landes und der Ballungsräume in Hessen sehen wir als eine wichtige Aufgabe der Landesplanung an.

Die hessische Landwirtschaft ist nicht nur ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, sondern auch für die Pflege des ländlichen Raumes unverzichtbar. Den Landwirten in Hessen verdanken wir die Versorgung mit gesunden Lebensmitteln, den Erhalt unserer Naherholungsgebiete und die Pflege unserer Landschaft. Und wir verdanken ihnen auch eine sehr intensive Förderung und Achtung des Verbraucherschutzes, der uns ein wichtiges Anliegen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese Landesregierung wird deshalb nicht nur wegen der Interessen hessischer Bauern, sondern wegen unserer gemeinsamen Interessen ein verlässlicher Partner bei allen Entscheidungen sein, die insbesondere in Berlin und in Brüssel für diesen Bereich zukünftig getroffen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Hessen ist ein Land der Vielfalt, das sowohl von ländlichen Räumen als auch von Stadtlandschaften und Industriegebieten geprägt wird. So unterschiedlich die einzelnen Regionen auch sein mögen, gilt doch für alle, dass für ihre Zukunftsentwicklung die Sicherstellung sauberer, sicherer und bezahlbarer Energie von größter Bedeutung ist.

Wir stehen für eine Energiepolitik ohne ideologische Scheuklappen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir bekennen uns zu den ehrgeizigen Zielen des Energiekonzeptes 2020 und wollen unseren gesamten Energiebedarf langfristig über regenerative Energieträger decken.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Herr Kollege Rudolph, der Weg dorthin kann nach unserer Überzeugung aber nur über einen vernünftigen und realistischen Energiemix führen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dazu gehören auf absehbare Zeit auch moderne Kohlekraftwerke und die Kernenergienutzung auf höchstem Sicherheitsstandard. Deshalb begrüße ich für diese Landesregierung die Grundentscheidungen der Bundesregierung vom vergangenen Wochenende. Das geht in die richtige Richtung. Die Entscheidungen sind vernünftig und zukunftsfähig.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lebhafter Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich hatte nicht ernsthaft erwartet, dass die Opposition bei diesem Teil der Regierungserklärung ihren Beifall fortsetzen würde. Es kommt aber noch etwas, bei dem ich wieder mit Ihrem Beifall rechnen kann.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die erneuerbaren Energien – also Wind, Sonne, Biomasse, Geothermie – stellen die saubersten aller Energieträger dar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Deshalb setzen wir schon heute auf sie und wollen ihren Anteil am hessischen Energiemix weiter ausbauen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum verhindern Sie sie dann? – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diejenigen, denen das zu wenig an Vision ist, will ich an die Realität erinnern: Die landschaftliche Prägung unseres Bundeslandes lässt z. B. die Nutzung der Windkraft im großen Stil nicht zu. Das ist schlicht die Realität.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Klima in unseren Breiten – man mag es ja bedauern – lässt eine extensive Nutzung von Sonnenenergie nicht zu. Wir können ja versuchen, gemeinsam etwas anderes zu beschließen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen für diese Landesregierung: Wenn es sinnvoll ist, die Ökobilanz stimmt und wir die Menschen vor Ort nicht überfordern, werden wir die Nutzung der Biomasse, der Windkraft, der Sonnenenergie und, wenn möglich, der Geothermie deutlich ausbauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Schon jetzt wird in Hessen mit großer Kompetenz eine Vielzahl an Maßnahmen zur Förderung der Nutzung der erneuerbaren Energien umgesetzt. An Universitäten, Forschungsinstituten, Ingenieurbüros und vielen Unternehmen wird mit Hochdruck geforscht und vom optimalen Netzausbau bis hin zu intelligenten Speichertechnologien umgesetzt.

(Gerhard Merz (SPD): Die Landesregierung ist hinterher! Sie ist die Einzige, die hinterher ist!)

Gerade mit Blick auf die Energie- und Wärmeversorgung gibt es auch für die Kommunen in Hessen eine ganze Reihe innovativer Ansätze. Diese bereits vorhandenen Kapazitäten und diesen Sachverstand wollen wir stärker ausbauen. Wir wollen ihn nutzen. Ich sehe auf diesem Feld große Chancen für die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und für den Austausch unter den Städten und Gemeinden.

(Vizepräsident Frank Lortz übernimmt den Vorsitz.)

Unsere Vision der Energieversorgung von morgen hört aber nicht an den Landesgrenzen auf. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir dort investieren, wo in großen Mengen Energien generiert werden können. Das gilt zunächst einmal für den Ausbau der Offshore-Anlagen auf hoher See. Ich begrüße es deshalb sehr, dass – das darf man auch nicht unterschlagen – im Gegensatz zur rot-grünen Bundesregierung die jetzige Bundesregierung den notwendigen Ausbau der Netzinfrastruktur entschieden vorantreibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Es ist eine greifbare Vision, dass unser Know-how bei der Solartechnik dazu genutzt werden kann, die tagtägliche Sonneneinstrahlung in nicht besiedelten Wüstengebieten anderer Kontinente eines Tages für uns nutzbar zu machen. Ich übersehe dabei nicht die vielen Details, die noch zu klären sind. Das gilt z. B. hinsichtlich der Speicherung

und der politischen Stabilität in diesen Gebieten. Aber im Ergebnis sehen wir die Verwirklichung solcher Vorhaben in geeigneten Gegenden nicht als unlösbar an.

Wir setzen auf die erneuerbaren Energien, und zwar als Energieträger und als Technologien für die Zukunft. Wir wollen, dass diese Technologien aus Deutschland und aus Hessen kommen. Es sind unsere Produkte für die Märkte der Zukunft. Das ist damit ein wichtiger Teil der Sicherung unseres Wohlstands.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Nachhaltigkeit hat nicht nur eine ökologische Dimension, sondern auch eine soziale Komponente. Die Förderung des sozialen Bewusstseins und der aktiven Bürgergesellschaft macht den dritten Schwerpunkt der gemeinsamen Arbeit für ein starkes Hessen aus.

Der Staat kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht verordnen. Aber er kann vieles dafür tun, dass Räume für das zwischenmenschliche Miteinander geschaffen werden.

Viele Menschen engagieren sich in Hessen ehrenamtlich für unser Gemeinwesen. Sie machen es möglich, dass wir Gemeinschaft erleben, stabile soziale Verhältnisse haben und dadurch unsere Potenziale maximal ausschöpfen können. Wir möchten deshalb als Landesregierung diese Strukturen stärken, die den Menschen in Hessen nicht zuletzt auch ihr Selbstvertrauen geben.

Die Vereine in Hessen sind dabei ein maßgebliches Fundament. Die Vereine führen die Menschen zusammen. Die Vereine sind der Kitt unserer Gesellschaft. Die Vereine geben der Gemeinschaft eine Identität und häufig ein Gesicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie der Abg. Mathias Wagner (Taunus) und Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Diesen Einsatz der ehrenamtlich Engagierten in unserem Land zu würdigen, sie zu ermutigen und zu fördern, bleibt für diese Landesregierung eine besondere Verpflichtung, der wir unter anderem durch die Stärkung der von uns eingeführten Ehrenamtskampagne „Gemeinsam aktiv“ Rechnung tragen werden.

Gemeinsam für ein starkes Hessen zu handeln und aktiv für Hessen zu sein gilt auch für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Rund 150.000 Frauen und Männer haben unser Land als Arbeitgeber gewählt. Sie arbeiten für die Bürgerinnen und Bürger an den unterschiedlichsten Stellen.

Wir wollen den öffentlichen Dienst als attraktives Arbeitsumfeld weiterentwickeln. In der nun anstehenden zweiten Stufe der Dienstrechtsreform werden wir mehr Elemente der Flexibilität und der Leistungsgerechtigkeit insbesondere beim Laufbahn-, beim Besoldungs- und beim Versorgungsrecht einführen. Wir wollen dabei auch die Möglichkeit des Wechsels von der privaten Wirtschaft in den öffentlichen Dienst und umgekehrt deutlich erhöhen.

Ziel all dieser Maßnahmen wird es sein, die Leistungskraft des öffentlichen Dienstes zu erhalten und ein moderner Arbeitgeber und damit Vorbild zu sein. Nur so können wir als öffentliche Hand den zunehmenden Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um qualifizierte Arbeitskräfte erfolgreich bestehen.

Auch die Verwaltungsmodernisierung dient diesem Ziel. Schon Georg August Zinn hat 1959, wie ich finde, richtig bemerkt: Verwaltungsreform ist – ich zitiere – „Kleinarbeit in Permanenz“. Was damals galt, gilt auch heute.

Zu dieser Kleinarbeit muss auch gehören, dass wir kritisch prüfen, ob wir z. B. in Zukunft bei der neuen Verwaltungssteuerung und beim produktorientierten Haushalt nicht auch weniger komplexe und einfachere Regeln haben können.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Das war jetzt Kritik an Koch, hört, hört! Wir sagen Ihnen das seit zehn Jahren, aber immerhin! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Herr Koch schon in Urlaub, oder hört er das noch?)

Ich möchte heute meinen Dank in besonderer Weise denjenigen zum Ausdruck bringen, die uns allen besonders anvertraut sind. Das sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes Hessen im weitesten Sinne.

(Günter Rudolph (SPD): Die bedanken sich bei Ihnen!)

Ob sie als Krankenschwester, Förster, Lehrerin, Erzieherin oder Sachbearbeiter im Ministerium tätig sind, sie leisten unserem Land einen großartigen Dienst. Dafür danke ich, ich danke, im Namen aller, sehr herzlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Dank gilt ebenso denen, die sich bei den Feuerwehren, den Rettungsdiensten und den Hilfsorganisationen engagieren. Ich betone es immer wieder: Diese Menschen leisten den vornehmsten Dienst, vor allen anderen. Sie helfen Menschen in Not.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Menschen in Not qualifiziert zu helfen ist der größte Dienst, den man dem Nächsten erbringen kann. Die, von denen ich spreche, tun es zum ganz überwiegenden Teil freiwillig und ehrenamtlich. Das verdient Dank, Anerkennung und Respekt.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich hatte bereits auf die wichtige Funktion unserer Vereine hingewiesen. Ich habe ihren Beitrag für das gedeihliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft gewürdigt. Dieses Verdienst kommt allen Vereinen und Initiativen zu. Ich will das ausdrücklich würdigen.

Im besonderen Maße gilt dies aber für den Sport und die Sportvereine. In Hessen erreicht keine Institution, keine PR-Kampagne und kein politisches Programm so viele Menschen wie der Sport. Der Sport stiftet Gemeinschaft und ist damit von existenzieller Bedeutung für unseren Zusammenhalt. Der Sport erreicht alle Schichten der Gesellschaft, Menschen jeden Alters, gesunde und behinderte Menschen, diejenigen, die schon immer hier gelebt haben, und diejenigen, die aus vielen Ländern der Welt zu uns gekommen sind.

Den Sport zu fördern ist auch klug, weil wir um seinen Wert für die Gesundheit wissen. Es ist allemal klüger, Sport zu treiben, als die Symptome der Krankheiten zu bekämpfen. Vielleicht muss es uns gerade darum gehen, dass wir es wieder hinbekommen, dass Bewegung insbesondere bei Kindern sowie Schülerinnen und Schülern

zum normalen Bestandteil des Tages wird. Den Sport als Bestandteil des alltäglichen Lebens im Bewusstsein der Menschen zu etablieren, davon könnten wir alle einen Nutzen haben, nämlich die Betroffenen, aber auch die Gesellschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Deshalb liegt uns viel daran, mit unseren Erziehungs- und Bildungsplänen sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche neben kognitiver und musischer Förderung auch den Sport als gleichwertigen Teil ihrer Persönlichkeitsentwicklung erfahren können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit Zustimmung des ganzen Hauses haben wir mit einer Vielzahl Initiativen den hohen Rang des Sports gewürdigt. Wir können heute zu Recht vom Sportland Hessen sprechen.

Meine Damen und Herren, es wird Sie nicht überraschen, dass ich auch in meiner neuen Funktion dem Sport in besonderer Weise verbunden bleibe. Ich möchte einen Gedanken übernehmen, der dieser Tage die öffentliche Diskussion in Deutschland nachhaltig bestimmt. Dem Sport kommt auch bei der Integration eine tragende Rolle zu. Nicht nur im Fall unserer Fußball-Nationalmannschaft, sondern tagtäglich leistet der Sport und leisten insbesondere die Vereine ganz praktische Integrationsarbeit. Dafür sage ich herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gelungene Integration ist natürlich mehr als gemeinsames Sporttreiben. Wir legen an unsere Integrationspolitik hohe Maßstäbe an. Um es mit dem Dichter Max Frisch zu sagen: Wir wollen denen, denen die Heimat zur Fremde, aber die Fremde noch nicht zur Heimat geworden ist, eine neue Heimat bieten. – Unsere Mitbürger aus anderen Ländern und Kulturen heißen wir in Hessen willkommen.

Hessen kann auf eine große Geschichte zurückblicken, wenn es darum geht, eine Kultur des Willkommens zu entwickeln. Ministerpräsident Georg August Zinn rief einst den Vertriebenen aus dem Osten zu: „Hesse ist, wer Hesse sein will.“ Die Heimatvertriebenen haben sich schnell in die deutsche Nachkriegsgesellschaft eingebracht und sind damit zu einem Musterbeispiel für eine gelungene Integration in großem Stil geworden.

(Beifall bei der CDU)

Sicher, allein die Sprachbarriere stellt die heutigen Migranten vor andere Herausforderungen als die Zugewanderten von damals. Umso wichtiger ist es uns als Landesregierung, ein unmissverständliches Signal in dieses Land zu senden. Dieses Signal lautet, wir laden die Migranten, die dauerhaft bei uns leben wollen, ein: Werdet Hessen. – Hessen hat bei der Integration seit Regierungsantritt der bürgerlichen Koalition von CDU und FDP in Deutschland anerkanntermaßen eine Vorreiter- und Vorbildrolle.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Neben den von uns eingeführten Deutschkursen hat sich auch der Integrationsbeirat zu einer festen Größe entwickelt. Ähnliches wünschen wir uns für die Integrationskonferenz, die vor einem Jahr unter der Leitung des Kollegen Hahn ins Leben gerufen worden ist.

Für ein starkes Hessen und für ein Miteinander in diesem Land bedarf es einer gelungenen Integration. Das wird

länger dauern, als viele dachten, und es verlangt von beiden Seiten besondere Anstrengungen.

Ich will für diese Landesregierung ausdrücklich sagen: Man darf erwarten, dass Menschen, die sich freiwillig entschieden haben, in einem anderen Land zu leben, dieses Land mit seinen Gesetzen und Lebensweisen auch achten. Auch kann man erwarten, dass sie zum Wohlstand des Landes, von dem sie sich ein besseres Leben erhoffen, beitragen und sich nicht von dessen Bewohnern abgrenzen. Man darf vielmehr erwarten, dass sie selbst zu einem Teil dieser Gemeinschaft werden wollen. Dafür brauchen sie nicht ihre Herkunft und ihre Religion zu verleugnen; sie sollen aber auch nicht beabsichtigen, der angestammten Bevölkerung ihre Kultur und Religion aufzuzwingen.

(Beifall bei der CDU)

Als aufnehmende Gesellschaft können wir Wege weisen und Hilfe anbieten; aber wir können den Zuwanderern nicht die Verantwortung für ihr Leben abnehmen. Zu dieser Verantwortung gehört es, dass sie die Landessprache lernen und ihre Kinder in den Kindergarten und in die Schule schicken. Zuwanderer müssen erkennen, dass ihre Kinder in diesem Land nur dann eine Chance haben werden, wenn sie eine gute Ausbildung erhalten.

Es wird immer so sein: Wer sich in der Fremde wie ein Fremder verhält, wird fremd bleiben. Heimat wird hier nur derjenige finden, der diese Heimat annimmt und sich klar zu ihr bekennt. Nur so werden wir erfolgreich miteinander leben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Uns ist bewusst, dass nicht die Politik das schafft, sondern dass nur die Menschen in Hessen dieses neue Miteinander verwirklichen können. Das gilt nicht nur für die Zusammenarbeit in dieser Gesellschaft, sondern das gilt in ganz besonderer Weise im Hinblick auf den demografischen Wandel und auch für den Bestand dieser Gesellschaft insgesamt. Die Veränderung der Bevölkerungsstruktur in unserem Land bringt mittlerweile konkrete Folgen für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen mit sich. Bildung und Ausbildung, Integration, Sport, Kultur und Beruf, das Zusammenleben im Dorf und in der Stadt: Alle Bereiche sind letztlich schon heute davon betroffen.

Der Staat kann den demografischen Wandel nicht umkehren; er kann ihn jedoch gestalterisch begleiten. Noch viel besser als der Staat können dies die Vereine, die örtlichen Gemeinschaften und die Nachbarschaftsinitiativen, die dazu beitragen, die Folgen der massiven demografischen Veränderungen aufzufangen.

Dazu bedarf es des Engagements. Ich bin überzeugt, die Menschen wollen sich engagieren. Dafür brauchen sie auch kleine Einheiten des Miteinanders. Dieses bürgerschaftliche Engagement ist ein zentrales Thema der Zukunft. Deswegen wird die Landesregierung hier einen neuen Impuls setzen. Wir werden eine Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ ins Leben rufen, die neue Initiativen zur Stärkung der Gemeinschaft entwickelt, fördert und begleitet.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir wollen ein Miteinander ermöglichen, indem wir all diejenigen unterstützen, die sich engagieren wollen. Wir werden das mit dem Sachverstand machen, über den wir in Hessen schon heute verfügen, angefangen mit den Freiwilligen- und Ehrenamtsagenturen vor Ort über die Bür-

gerstiftungen und die Vereine bis hin zu den Bürgerinitiativen.

Diese neue Landesstiftung wird sich nicht von oben einmischen, sondern sie wird Unterstützung für andere anbieten. Wir wollen mit dieser Landesstiftung die Gründung von Bürgerstiftungen ermöglichen, erleichtern und ihre flächendeckende Zusammenarbeit gestalten. Das kann z. B. als Vereinsgemeinschaft, als Genossenschaft oder als Nachbarschaftshilfe organisiert werden.

Ich bin überzeugt, dass wir mit solchen Einrichtungen in der Lage sein werden, gerade in den Teilen des Landes, die aufgrund der demografischen Entwicklung vor besonderen Herausforderungen stehen, Lösungen zu finden, die es ermöglichen, dort auch künftig die notwendigen Leistungen der Daseinsvorsorge, der Mobilität oder der Kultur anzubieten.

Wir setzen in diesem Zusammenhang besonders auch auf die Einsatzbereitschaft älterer Menschen in unserem Land. Viele Senioren engagieren sich schon heute in Vereinen, Kirchen oder in anderen Initiativen. Wir wollen neue Möglichkeiten aufzeigen, um das Potenzial der Lebenserfahrung älterer Menschen für unsere Gemeinschaft fruchtbar zu machen.

Gemeinschaft – so trage ich das für diese Landesregierung vor – muss auch bedeuten, dass ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt und in Würde in dieser Gesellschaft leben können. Junge und Alte dürfen nicht als Gegensätze empfunden werden, als Menschen, die unversöhnlich um knapper werdende Ressourcen kämpfen, sondern als Mitglieder einer Gemeinschaft, die sich wertschätzen und unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In diesem Geist müssen wir die Herausforderungen der kommenden Jahre angehen, und wir haben allen Grund, dies selbstbewusst und zuversichtlich zu machen. Einen Großteil dieses Selbstbewusstseins und dieses Selbstvertrauens beziehen wir in Hessen aus unserer wirtschaftlichen Stärke. Dafür gibt es gute Gründe. Die hessische Wirtschaft hat alle Potenziale, um sich auf den Märkten der Zukunft entsprechend zu positionieren und an der Spitze wiederzufinden.

Damit es uns gelingt, diese Potenziale zu nutzen, wollen wir, die neue Landesregierung, den erfolgreichen wirtschaftspolitischen Kurs fortsetzen. Wir wollen Innovationen auslösen, Zukunftschancen nutzen und damit einen weiteren Schwerpunkt unserer künftigen Arbeit beschreiben. Der Staat soll dabei nicht selbst als Unternehmer tätig sein, sondern er soll im besten Sinne für die Unternehmen tätig werden.

Wir setzen auf den selbstständigen Unternehmer, weil wir wissen, woher das Gros unserer wirtschaftlichen Stärke kommt. Im Mittelstand und in den freien Berufen finden sich die Leistungsträger der sozialen Marktwirtschaft, für die z. B. die Nachhaltigkeit nicht nur ein politisches Gedankenkonstrukt ist. Für diese Mittelständler und diese Angehörigen der freien Berufe ist Nachhaltigkeit ein gelebtes Unternehmenskonzept. Das kann ich aus eigener Kenntnis bestätigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden uns deshalb, ob in Berlin oder in Brüssel, gerade für die mittelständischen Unternehmen immer in besonderer Weise einsetzen und auch dafür Sorge tragen, dass wir in Hessen weiterhin exzellente Ausgangsbedin-

gungen für unternehmerisches Handeln haben werden. Davon profitieren alle, nicht nur die mittelständischen Unternehmen, die teilweise spezialisierte Weltmarktführer sind, sondern auch diejenigen, die gut bezahlte, dauerhafte Arbeitsplätze als Grundlage ihrer Existenz brauchen.

Der Mittelstand ist aber nicht nur ein großer Teil derjenigen, die unseren Wohlstand erarbeiten, sondern er stellt auch die meisten Ausbildungsplätze zur Verfügung. Damit schafft er für viele junge Menschen Perspektiven für den Beruf und die Lebensplanung.

Deshalb möchte ich insbesondere dem Handwerk als seit vielen, vielen Jahren starkem Träger der Ausbildung einen herzlichen Dank aussprechen. Das ist hervorragend.

(Beifall bei der CDU, der FDP und des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Hessen ist ein führendes Industrieland, und die Industrie stellt eine Vielzahl von Arbeitsplätzen zur Verfügung. Meine Damen und Herren, das muss auch so bleiben. Wir werden deshalb dafür Sorge tragen, dass gerade bei nationalen oder europäischen Entscheidungen die Interessen der hessischen Industrie – von der Nutzung unserer Rohstoffe bis zur Erzeugung und Vermarktung der Produkte –

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

und Betriebe in der Hessischen Landesregierung einen verlässlichen Partner haben.

Meine Damen und Herren, Zukunft, um deren Gestaltung wir uns alle mühen, ist in besonderer Weise dadurch gegeben, wie wir die akademische Bildung weiterentwickeln und beste Rahmenbedingungen dafür schaffen. Wir haben ein dichtes Netz an Hochschulen in unserem Land, das weit und breit seinesgleichen sucht. Nirgends finden Sie innerhalb einer Stunde in so kurzen Entfernungen so viele Hochschulen, die so stark profiliert sind. Das ist ein starkes Angebot für Forschung und Lehre, für Studenten, die aus Hessen, aber auch aus allen Teilen Deutschlands und der Welt kommen und die wir gern hier haben. Damit das so bleibt, haben wir gemeinsam mit den Hochschulen einen Hochschulpakt geschlossen

(Janine Wissler (DIE LINKE): Gemeinsam?)

– gemeinsam geschlossen, Frau Kollegin –, der den Hochschulen eine verlässliche Grundlage für ihre weitere Entwicklung bietet. Das ist in diesen Zeiten ein großartiges Instrument.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich darf es noch einmal sagen; es könnte ja sein, dass es jemand gar nicht mitbekommen hat: In diesen Zeiten ist Planungssicherheit für die Hochschulen – und das auf einem historisch hohen Niveau – ein hohes Gut. – Um es deutlich zu sagen: Noch nie wurde in Hessen so viel Geld für Hochschulen – für ihren Bau, für ihre Forschung und für ihre Lehre – ausgegeben. Wir sind stolz darauf, dass uns das gelungen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, wir werden die Profilbildung der hessischen Hochschulen weiter vorantreiben. Wir wollen die Vernetzung von Forschung und Anwendung vertiefen. Ich weise hierzu auf die sehr, sehr erfolgreichen Clusterkompetenzen hin, wo wir zwischen Hochschule, Wissenschaft, Forschung, Unternehmungen und Wirtschaft erfolgreich zusammenarbeiten.

Ich erinnere an das Frankfurter Innovationszentrum für Biotechnologie, die Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen in Mittelhessen im Bereich der Medizintechnik oder an das 2008 eingeweihte Cluster „META-KUS“ zur Forschung und Entwicklung im Bereich der nordhessischen Metallindustrie gemeinsam mit der Universität Kassel.

Meine Damen und Herren, in diesen Zentren be- und entstehen zukunftsste Arbeitsplätze. Unser Ziel muss es sein, alle Potenziale der Forschung und der Wirtschaft in Hessen zu erschließen und zusammenzuführen.

Die Mobilität und der Charakter unseres Landes als Transitland tragen ebenfalls in großem Maße zum Wohlstand in Hessen bei. Wir wollen, dass Hessen mobil bleibt. Dazu werden wir weiter bedarfsgerecht die Verkehrsträger ausbauen. Das gilt – trotz momentaner Sparmaßnahmen – für die Straßen, für die Schiene und für unsere Flughäfen in Frankfurt und in Kassel-Calden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, insbesondere der Frankfurter Flughafen ist nicht nur die größte Betriebsstätte Deutschlands mit über 70.000 Arbeitsplätzen. Er ist zunehmend auch der wirtschaftliche Herzmuskel unseres Landes. Deshalb war die Ausbaubescheidungs zwingend und richtig. Wir werden auch künftig die Ergebnisse des Dialogprozesses im Forum Flughafen und Region berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auch in Nordhessen werden wir den Ausbau der Verkehrswege entschlossen fortsetzen. Das gilt insbesondere für die A 44 und A 49. Es ist mittlerweile beleg- und beweisbar: In dieser Region haben Verkehrswege noch größere Bedeutung für die Schaffung von Arbeitsplätzen als in anderen Teilen des Landes. Die erfolgreiche Entwicklung Nordhessens, die wir nun über elf Jahre gemeinsam vorangetrieben haben,

(Günter Rudolph (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch gar nichts getan!)

wollen wir fortsetzen, auch und gerade mit dem Ausbau dieser beiden Verkehrswege.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Eines der zentralen Wachstumsfelder im Bereich des Verkehrs liegt im Bereich der Elektromobilität. Diese Chancen werden wir für Hessen nutzen.

Unsere guten Startbedingungen als eine Modellregion im Bereich der Antriebstechnik geben uns die Chance, im Verbund mit unseren Hochschulen, mit der hessischen Industrie, mit den kommunalen Stadtwerken und mit der hessischen Automobilindustrie Hessen als Standort für diese moderne und innovative Technologie auszubauen. Um dieses Ziel möglichst bald zu erreichen, wird das Land in diesem Prozess eine aktive Moderatorenrolle einnehmen.

Meine Damen und Herren, auch das ist eine Besonderheit, die Hessen auszeichnet und die für unsere erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung große Bedeutung hat, nämlich die Weiterentwicklung des Finanzplatzes Frankfurt. Mit dem Sitz der Bundesbank und der Europäischen Zentralbank sowie einer großen Zahl wichtiger Kredit- und Finanzinstitute aus aller Welt sind wir ein Finanzplatz mit Zukunft.

Um die Stärken unseres Finanzplatzes zu erhalten und auszubauen, wird die Hessische Landesregierung sowohl bei nationalen als auch bei internationalen Entscheidungen ein verlässlicher Partner der Finanzwirtschaft sein. Wir wollen noch mehr tun. Die enge Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft streben wir z. B. durch das House of Finance an. Wir wollen damit auch zu einer neuen Kultur des Wirtschaftens beitragen.

Wenn es um Kultur und um die Prägung der Kultur geht, sind wir in Hessen der richtige Ansprechpartner. Hessen hat kulturell viel mehr zu bieten, als die meisten glauben. Viele, die unser Land zum ersten Mal sehen, sind erstaunt, was wir zu bieten haben. Weltoffenheit hat die kulturelle Vielfalt Hessens geprägt, und sie trägt zur Lebensqualität unseres Landes bei.

Wir wollen unser kulturelles Erbe pflegen; denn unsere Arbeit basiert auf dem Bewusstsein, dass nur derjenige, der Traditionen aufrechterhält, auch die Zukunft erfolgreich gestalten kann. Kunst und Kultur sind von zentraler Bedeutung für die Identität und Lebenserfüllung der Menschen. Damit sind sie unverzichtbar, wenn wir ein dauerhaftes Miteinander schaffen wollen.

Wir wollen über die normale Kulturförderung hinaus die Kulturlandschaft in Hessen stärken. Das wird uns auf Dauer eher gelingen, wenn wir damit auch ein wirtschaftliches Konzept verbinden. In Hessen gibt es viel Kultur, die wirtschaftliches Potenzial in sich birgt. Das Konzept für die Museumslandschaft Kassel ist dafür beispielhaft. Viele kleine und große Museen, aber vor allen Dingen unsere Landesmuseen in Darmstadt, Wiesbaden und Kassel zeigen, was Hessen zu bieten hat. Der Erhalt dieser kulturellen Vielfalt bleibt uns deshalb auch in Zukunft eine besondere Verpflichtung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen vorgetragen, wir wollen ein neues Miteinander. Wir gehen neue Wege, um ein neues Miteinander der Menschen in Hessen zu verwirklichen. Unsere Politik will Vertrauen stiften, indem sie sachorientiert, bürgernah und mutig ist. Das ist unser Angebot. Wir kennen die Ängste der Menschen, und wir nehmen sie ernst. Wir akzeptieren keine Ellenbogenmentalität, die von allen gescholten und doch von so vielen praktiziert wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben eine klare Vorstellung davon, was wir erreichen wollen. Wir wollen ein neues Miteinander schaffen. Das „Wir“ soll dabei nicht nur die Landesregierung einschließen, sondern alle hier im Landtag und die Menschen, die Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete, in ganz Hessen vertreten.

Wir haben Vertrauen in die vielen Mitstreiter in allen Teilen unserer Gesellschaft – in den Vereinen, in den Verbänden, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen und in vielen anderen Einrichtungen. Jeder, wirklich jeder kann in diesem Land seinen Beitrag leisten, da, wo er ist, so viel, wie er eben kann. Jeder ist uns wichtig.

Meine Damen und Herren, wir stehen vor großen Herausforderungen. Ich sagte das vor einer Woche. Ich will heute hinzufügen: Wir stehen aber auch auf einem stabilen Fundament, um das uns viele Menschen in der Welt beneiden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dieses Fundament gründet mehr als alles andere vor allem darauf, dass wir das Glück hatten und haben, über 60 Jahre in Frieden und Freiheit leben zu dürfen. Dies ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit, und ich möchte in meiner Regierungserklärung all denen danken, die für uns durch ihren Einsatz und ihre Arbeit dieses stabile Fundament geschaffen haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist unser aller, besonders aber die Pflicht der Landesregierung, die Herausforderungen zu meistern und die Chancen zu nutzen.

Wie wir dies tun wollen und können, habe ich Ihnen anhand einer Reihe von zentralen Themen vorgetragen. Wir wollen diese Aufgaben gemeinsam angehen. Wenn es uns gelingt, nicht das Trennende, sondern das Verbindende voranzustellen, wird unsere Arbeit erfolgreich sein.

Lassen Sie uns in diesem Sinne gemeinsam für ein starkes Hessen arbeiten. Namens der neuen Hessischen Landesregierung und auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen bitte ich dafür um Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen. – Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Ministerpräsident, vielen Dank für Ihre Regierungserklärung. Das waren eine Stunde und 33 Minuten. Damit erwachsen den Oppositionsfractionen jeweils zusätzlich elf Milli – – „Millionen“ hätte ich jetzt beinahe gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

– Machts, wenn ihr es wollt. – Es wachsen Ihnen also jeweils elf Minuten zusätzlich zu; jeder, wie er will.

Ich eröffne die Aussprache über die Regierungserklärung und erteile zuerst dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion das Wort, Kollegen Schäfer-Gümbel. Bitte sehr.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Bouffier, zunächst will ich Ihnen bei der Ausübung Ihres Amtes viel Glück

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes, unserer Wirtschaft, der Zivilgesellschaft wünschen – mehr Glück, als es Ihrem Vorgänger – –

(Unruhe)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, einen Moment, bitte. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Ruhe im Plenarsaal. Ich bitte, die begleitenden Gespräche nicht hier im Plenarsaal, sondern, wenn sie denn sein müssen, draußen zu führen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Kartmann, ich glaube, Sie waren gemeint! – Heiterkeit und Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich vermute, das kriege ich irgendwann

zurück, aber es ist jetzt auch in Ordnung! – Gegenruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU): Herr Kollege, das ist ein Miteinander! – Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich komme dazu, ich komme dazu!)

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Bouffier, ich wünsche Ihnen mehr Glück bei der Bewältigung der schweren Aufgabe, die Sie als Ministerpräsident dieses Bundeslandes übernommen haben, als das Ihrem Vorgänger zuteilwurde.

Auch namens meiner Fraktion nehme ich sehr wohl zur Kenntnis, dass Sie mit der heutigen Regierungserklärung und schon mit der Ankündigung in der vergangenen Woche einen anderen Ton einführen. Dieser Ton stellt ein gewisses Maß an Miteinander in Aussicht. Er bietet die Chance, mehr über den Inhalt als über den Stil zu streiten. Nach vielen Debatten, die wir hier im Hause hatten, wäre das ein großer Fortschritt.

Ausdrücklich will ich aber sagen – und habe das auch schon in der letzten Woche getan –: In Ihrer neuen Funktion wird Ihr persönliches Punktekonto nicht auf null gestellt.

(Heiterkeit des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es gibt eine Geschichte, die uns teilt und manchmal auch trennt – oder überwiegend teilt und trennt.

(Leif Blum (FDP): Was denn jetzt?)

– Herr Blum, es ist immer beides. – Natürlich werden Sie auch vor dem Hintergrund des bereits Geschehenen gemessen werden. Sie werden 100 Tage Zeit haben – am Ende werde ich darauf nochmals zurückkommen. Aber Sie werden von uns eine faire Chance bekommen, das, was Sie heute angekündigt haben, was das Miteinander und den Ton angeht, in der Sache zu beweisen. Ich werde Sie an Ihren Taten messen und weniger an Ihren Worten.

(Beifall bei der SPD)

Ich hatte das Vergnügen, Ihre Regierungserklärung schon gestern Abend ein bisschen überfliegen zu dürfen. Wenn ich mir Ihre Regierungserklärung anhöre, will ich Ihnen allerdings gleich sagen: Es geht nicht, dass Sie das Gegenteil von dem tun, was Sie hier heute erklärt haben.

(Beifall bei der SPD)

Das hat bereits in diesem Plenum Konsequenzen. Wenn Sie auf der einen Seite die prekäre Situation der Kommunen ansprechen, auf der anderen Seite aber den Kommunen morgen 360 Millionen € durch ein Gesetz entziehen wollen, das Sie noch in den letzten Minuten der alten Regierung eingebracht haben, dann passt das nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wenn Sie auf einen zukunftsfähigen Energiemix setzen und auf der anderen Seite den Atomkonsens, diesen Atomgipfel, dieses schmutzige Geschäft, das da in Berlin stattgefunden hat, begrüßen,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Unglaublich!)

dann sage ich Ihnen: Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe der Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) und Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Natürlich, manches, was Sie hier zum Thema Familie,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was war denn das schmutzige Geschäft?)

zum Thema Bildung – Herr Irmer, ich komme zu Ihnen –, zum Thema Familienzentren gesagt haben, das höre ich alles gern und wohl. Aber ich bin nicht ganz sicher – den Zwischenruf habe ich nicht ohne Grund gemacht –, ob Sie, wenn Sie das heute so formulieren und die verbale Abgrenzung zu Ihrem Vorgänger deutlich spürbar ist, in den letzten Jahren eigentlich alle Kabinettsvorlagen gelesen haben, die Sie eingebracht und zum Teil auch hier im Parlament beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen: Ja, ein anderer Ton – das gibt eine Chance auf mehr Miteinander. Aber es ermöglicht dann vor allem auch den politischen Streit, den Streit über den besseren Weg, über die Herausforderungen unserer Zeit, über die Frage, was die bessere Politik für dieses Land ist, was die richtigen Antworten vor dem Hintergrund der Herausforderungen sind, die dieses Land bewegen.

Leider muss ich sagen: An dieser Stelle bin ich mit Ihrer Regierungserklärung nicht im Reinen. Nicht, weil mir Ihre inhaltlichen Positionen nicht gefallen, sondern weil Sie überhaupt keine Orientierung ausgegeben haben.

Sie haben keine Ziele definiert. Sie haben an der Oberfläche ein bisschen über dies und jenes geredet. Das ist in Ordnung, und das hört sich alles gut an. Im Kern aber haben Sie zu keinem der zentralen Themen eine Zielvorgabe beschrieben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Keine einzige – mit einer Ausnahme: Das ist Ihr Fonds zur Rettung der Kommunen, Ihr Schutzschirm. Vielleicht haben Sie den in Rheinland-Pfalz abgeschaut. Aber auch dort liegt der Teufel im Detail; ich werde dazu später kommen.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Insofern ist Ihre Regierungserklärung eine des Sowohls-auch, eine des Ja-aber. Sie formulieren einen Anspruch, den Sie im anschließenden Satz gleich wieder zurückholen. Für ein so leistungsstarkes, ein so kräftiges Bundesland wie das Land Hessen finde ich das entschieden zu wenig. Deswegen müssen Sie aufpassen, dass mit Ihrer Regierungserklärung der Stillstand in Hessen nicht schon wieder ein neues Gesicht bekommt.

(Beifall bei der SPD)

Ich will das an den Themen, die Sie selbst als Anspruch formuliert haben, beschreiben.

Zunächst das Thema Familie, Bildung, Kinder. Sie haben nichts dazu gesagt, dass heute immer noch jedes Jahr Tausende von Kindern ohne Schulabschluss von der Schule abgehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Sie haben nicht gesagt, wie wir unsere Anstrengungen dahin ausrichten, dass wir Kindern zu einem Abschluss verhelfen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das haben wir halbiert, im Vergleich zu Ihnen!)

– Herr Wagner, Sie haben dazu gar nichts gesagt, insofern rede ich im Moment mit dem Ministerpräsidenten. – Sie haben keine Anmerkung dazu gemacht, dass Sie immer noch 15.000 Jugendliche in Warteschleifen haben, die auf einen Ausbildungsplatz warten, und dies teilweise seit Jahren.

(Beifall bei der SPD)

Das aber sind die Herausforderungen des Bildungs- und Ausbildungsmarktes.

Das gilt auch für die großen Herausforderungen der Schule. Sie haben viel und auch zu Recht darüber geredet, dass wir in der Bildungspolitik nicht ständig die Ideologiekurve gegeneinander schwingen sollen. Am Freitag habe ich das ausdrücklich seitens meiner Fraktion als Angebot auch in Ihre Richtung formuliert. Ja, es ist richtig: Wir müssen in der Bildungspolitik aus einer Situation heraus, in der wir immer wieder gegenseitig die Ideologiewürfe erheben. Ich glaube, auch ein Teil der Reaktionen der Presse und der Kolleginnen und Kollegen anderer Fraktionen hat etwas damit zu tun, dass ich dieses Angebot sehr offensiv formuliert habe. Denn es gibt Herausforderungen des Bildungssystems, die nicht einfach nur mit Systemfragen zu beantworten sind.

Sie haben zwei genannt, zum einen das Thema selbstständige Schule, das ein Riesenthema ist. Ich kenne viele Lehrerinnen und Lehrer und Schulleitungen, die ein Stückchen Sorge davor haben, dass Sie etwas auf die Schulen abwälzen, auf das sie überhaupt nicht vorbereitet sind. Deswegen ist es richtig, dass es wachsen muss. Man muss auf der anderen Seite aber auch einen Anspruch der Schule formulieren dürfen, dass diese Selbstständigkeit auch wahrgenommen wird. Es muss eine Anspruchssituation durch die Schule formuliert werden können, und man darf es nicht einfach von oben definieren.

Eine der größten Herausforderungen ist ganz sicherlich das Thema Inklusion, die Integration von Menschen mit Behinderungen in der Schule. Wir haben internationale Vorgaben. Denen werden wir im Moment nicht gerecht. Frau Henzler, es wird eine der großen Herausforderungen sein, das im Schulgesetz zu verankern. Wir haben dazu Vorstellungen formuliert.

Herr Bouffier, natürlich ist das kein Thema, das man auf eine Schulorganisationsfrage reduzieren kann. Es wird unglaublicher Anstrengungen im gesamten Schulsystem bedürfen, bei Lehrerschaft, bei Eltern, bei den Kindern selbst, bei der Schulverwaltung. Wir sind bereit, dabei mitzumachen, weil es um die Schülerinnen und Schüler geht. Alle diejenigen, die mit Schülerinnen und Schülern zu tun haben, wissen auch aufgrund der Erfahrungen beispielsweise bei der Umstellung im Kindergartenbereich, dass das alles keine einfachen Themen sind und dass es gut ist, wenn wir das aus dem parteipolitischen Streit herausholen können.

Wir müssen dabei aufpassen, dass es nicht zu Überforderungen an den Schulen kommt, dass es auch nicht zu Überforderungen der Eltern kommt. Sie sind schon in einer schwierigen Situation. Wie gesagt, daran wollen wir mittun.

Jenseits davon, dass Sie sagen, dass das Thema selbstständige Schule bearbeitet werden muss, dass das Thema Inklusion bearbeitet werden muss, sagen Sie aber nicht konkret, was Sie in der Schule machen wollen, was das für die Bildungspolitik heißt. Sie haben keine einzige Vorgabe gemacht.

Wir haben am vergangenen Freitag ein Bildungskonzept vorgelegt, einen Gesetzentwurf für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit in Hessen, weil es eine Reihe von Anforderungen gibt, die mit dem derzeitigen Schulgesetz nicht oder nur unzureichend geregelt werden.

Herr Bouffier, wenn Sie von staatlicher Zwangsbeglückung reden und ich mir dann anschau, was Sie mit G 8 in den Schulen angerichtet haben,

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

dann glaube ich wirklich nicht, dass Sie ernsthaft verstanden haben, worüber Sie dort geredet haben. Denn diese Form der Zwangsbeglückung bei einem Bildungsgang ist nicht von den Oppositionsfraktionen durchgedrückt worden,

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

sondern diese Form des G 8 mit allen Problemen, die an den Schulen entstanden sind, haben Sie von oben durchgesetzt, weil es Ihnen ideologisch wichtig war.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Herr Wagner, deswegen bieten wir Ihnen an, über diese Frage zu reden. Ja, es gibt Schulen, die das weiter so wollen. Es gibt Anpassungen bei den Lehrplänen. Da muss noch viel passieren.

Es gibt genügend Schulen, die das gar nicht wollen, die aber gleichzeitig eine Möglichkeit wollen, dass Kinder trotzdem in zwölf Schuljahren ihr Abitur machen können, wenn sie das wollen. Ich finde, dass unser flexibles Modell dazu eine gute Möglichkeit gibt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben von der Durchlässigkeit gesprochen. Lieber Herr Bouffier, wer hat denn die Durchlässigkeit im Schulgesetz in den letzten elf Jahren im Kern abgeschafft? Das waren doch Sie mit Ihrer Regierung, mit Ihrer Koalition und im Übrigen auch mit Ihrer Stimme.

(Beifall bei der SPD)

Wenn dort jetzt Einsicht einkehrt und wir beim Thema Durchlässigkeit eine große Öffnung hinbekommen, dann soll uns das sehr recht sein. Ich habe Ihnen, wie Sie wahrscheinlich wissen, weil es Ihnen von Ihrem Büro mitgeteilt wurde, mein Gesprächsangebot, das ich am vergangenen Freitag allen Fraktionen und Ihnen als Person, als Ministerpräsident – denn Gespräche werden ohne Sie als Person keinen Sinn machen; das sage ich vorneweg – und der Kultusministerin, ohne die Gespräche genauso wenig Sinn machen,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das entscheidet er!)

ein Schulfriedensangebot dergestalt gemacht, dass ich gesagt habe: Wir haben einen Vorschlag. Wir finden, dass der Vorschlag gut ist; sonst hätten wir ihn nicht gemacht. Wir bieten Ihnen an, wie das in anderen Bundesländern auch möglich war, gemeinsam über die Herausforderungen des Bildungssystems zu reden, damit wir nicht ständig in De-

batten kommen über Organisationsveränderungen, Strukturveränderungen, Personalzuweisungen, Dienstrecht, und was alles an Themen dazu aufzurufen wäre.

Denn ich glaube, es wäre des Schweißes der Edlen wert, wenn wir uns gemeinsam hinsetzten und schauten, was denn geht, wie viele Unterschiedlichkeiten wir im Bildungssystem zulassen wollen, um dem Elternwillen, mit dem einmal Wahlen gewonnen wurden, wirklich zum Durchbruch zu verhelfen, damit wir ein pluralistisches Bildungssystem bekommen und nicht weiter in den Organisationsstrukturen verharren.

Die Einladung habe ich Ihnen heute Mittag schriftlich in die Staatskanzlei geschickt. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie das Gesprächsangebot der sozialdemokratischen Fraktion alsbald annähmen, damit wir möglichst schnell zu gemeinsamen Terminen und Gesprächen kommen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Bouffier, ich sage das auch, weil Sie richtigerweise ein Beispiel angesprochen haben, wo Schulpolitik grandios gescheitert ist, weil zu wenig geredet wurde, nämlich in Hamburg. Natürlich ist dort zu wenig geredet worden. Aber ich will nur darauf hinweisen: In Hamburg regiert im Moment auch nicht die Sozialdemokratie. Das finden wir sehr bedauerlich, aber es war nicht unser Vorschlag, der dort gegen die Wand gelaufen ist.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Daraus können Sie auch lernen!)

Wir haben am Ende versucht, Herr Wagner, mit Ihnen gemeinsame Lösungen zu finden. Das hat sich im Kern auch gelohnt, weil wesentliche Elemente, wie Sie wissen, trotzdem umgesetzt werden – jenseits der Frage der sechsjährigen Grundschule, zu der man sehr unterschiedlicher Auffassung sein kann.

Insofern noch einmal meine herzliche Einladung, Herr Bouffier: Nehmen Sie unser Gesprächsangebot an. Wir nehmen Ihr Angebot zu mehr Miteinander offensiv auf. Das ist aber auch ein Lackmustest, ob Sie den Worten Taten folgen lassen und ob Sie Ihre Kooperationsangebote ernst meinen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wird der Fokus sein, an dem sich dann allerdings die Bildungspolitik ausrichten muss: Wir dürfen in der Tat kein Kind zurücklassen. Wir wollen, dass kein Talent mehr ungefordert ist. Das bedeutet, dass sich die Gesamtphilosophie von Bildung verändern muss. Darin liegt die Chance gemeinsamer Gespräche: dass wir aus gegenseitigen Vorhaltungen herauskommen, wer sozusagen die bessere oder schlechtere Bildungspolitik macht.

Denn diese Anstrengungen, die im Bildungssystem vorzunehmen sind, werden wir nur gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern, mit den Eltern, mit der Schulverwaltung und natürlich auch mit den Schülerinnen und Schülern leisten können. Aber ich glaube, dass diese dafür einen möglichst breiten Konsens in der Bildungspolitik im Hessischen Landtag brauchen. Wie gesagt: Sie sind herzlich eingeladen. Machen Sie mit.

(Beifall bei der SPD)

Herr Bouffier, das ist eine der Baustellen, eines der Themen, wo wir Sie daran messen werden, ob Sie das Gegenteil von dem machen, was Sie heute gesagt haben. Denn

auf der Überschriftenebene haben Sie ähnliche Sprachbilder verwendet. Die spannende Frage wird sein, ob wir das Gleiche meinen, ob Sie meinen, was Sie sagen, oder ob Sie etwas anderes meinen, wenn Sie es sagen.

Genau das ist es, was Sie im Hessischen Landtag herauszuarbeiten haben. Da war mir Ihre Regierungserklärung entschieden zu dünn. Sie müssen aufpassen, dass dem anderen Ton, den ich gerne aufnehme, eine Klarheit in der Sache folgt, die notwendig ist bei den Herausforderungen im Bildungssystem, die ich eben angesprochen habe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben ein zweites Thema angesprochen, das mindestens genauso schwierig ist und viele Anstrengungen erfordern wird: die Förderung der Familie. Ich will dabei nur einen Punkt herausgreifen. Sie haben davon gesprochen, dass Sie die betriebsfreundliche Familie nicht wollen. Diese Worte habe ich gerne gehört. Der entscheidende Punkt ist aber, dass Sie aufhören müssen, immer einzelne Politikthemen wie Familie, Bildung, Soziales und Arbeit nebeneinanderzustellen und so zu tun, als könne man das eine ohne das andere.

Die spannende Frage ist doch, wenn Sie hier von betriebsfreundlicher Familie reden, die Sie nicht wollen, was das für das Thema Flexibilisierung von Arbeitszeit heißt. Was heißt das für den Ladenschluss in Hessen? Was heißt das für die Alleinerziehende, die 15 bis 17 km von Gießen entfernt in Allendorf (Lumda) lebt, die in Teilzeit bei Karstadt oder bei Kaufhof in Gießen arbeitet und keinen Betreuungsort vor Ort hat? Was ist die Antwort darauf?

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie haben keine. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung genau darauf keine Antwort gegeben. Ihr Bild ist zwar richtig: Wir wollen den familienfreundlichen Betrieb, wir wollen nicht die betriebsfreundliche Familie. Aber das hat Konsequenzen für andere Bereiche. Eine der wesentlichen ist, dass wir Ordnung auf dem Arbeitsmarkt herstellen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu haben Sie gar nichts gesagt. Das verwundert mich auch nicht, weil Sie den einzigen Vertreter der Sozialausschüsse, der dem hessischen Landeskabinett noch angehört hat, kurzerhand aus dem Kabinett entsorgt haben. Staatssekretär Krämer, der Landesvorsitzende Ihrer Sozialausschüsse, gehört der Regierung nicht mehr an. Ich finde, es ist ein Armutszeugnis, was Sie sich hier erlauben.

(Beifall bei der SPD)

Wir reden jetzt einmal über die harten Fakten:

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

50 %, Herr Irmer, die Hälfte, aller Beschäftigten, die weniger als 30 Jahre alt sind, arbeiten nach den offiziellen Statistiken der Bundesagentur heute in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Hälfte einer Generation arbeitet also zu Niedriglohn, in Teilzeit, Leiharbeit, 400-€-Jobs oder Praktika.

Wie wollen wir eigentlich ernsthaft, wenn wir über Familie reden – es gibt ja etliche hier im Raum, die selbst Familie haben –, jungen Männern und Frauen den Mut und die Zuversicht geben, die Verantwortung für Kinder und Kindererziehung zu übernehmen, wenn sie mit ihrer Einkommenssituation nicht einmal in der Lage sind, sich am Ende des Monats zu ernähren?

(Beifall bei der SPD)

Das können wir nicht. Da muss man ehrlich sein. Deswegen hat das Thema Ordnung am Arbeitsmarkt erhebliche Auswirkungen auf die Frage, ob wir eine fortschrittliche Familienpolitik machen, die mit verschiedenen Bildern und verschiedenen Möglichkeiten versetzt ist, die auch verschiedenste Familienformen zulässt. Aber wenn wir diese Ordnung am Arbeitsmarkt nicht herstellen, wenn wir die Familien nicht in die Lage versetzen, sich selbst zu ernähren, und dies anschließend der Steuerzahler durch Zuschläge ausgleichen muss, dann ist etwas grundfaul.

Ich nehme Ihnen ja ab, dass Sie das so meinen, Herr Bouffier, dass die soziale Marktwirtschaft auch aus sozialer Verantwortung für die Menschen gespeist ist, dass die Kennzahlenfetischisten nicht mehr diejenigen sind, die die Grundorientierung ausgeben können, dass der Mensch im Mittelpunkt steht. Aber dann müssen Sie Ihren Worten auch Taten folgen lassen. Sie haben zur Ordnung auf dem Arbeitsmarkt keinen einzigen Satz gesagt. Das ist außerordentlich bedauerlich.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das Einzige, was Sie formuliert haben, ist – das teilen Sie mit Ihrem Amtsvorgänger –, dass wir gute Arbeitsmarktzahlen haben. Ja, sie sind besser, und darüber freuen wir uns. Wir freuen uns im Übrigen auch, dass wir die Kurzarbeiterregelung gegen den erbitterten Widerstand der FDP durchgesetzt haben, weil sonst Tausende von Leuten ihren Job verloren hätten.

(Beifall bei der SPD)

Das kann man ja mal sagen. Das war die Verantwortung von Union und SPD. Dass Teile der FDP sich mittlerweile auch dazu bekennen, dass die Kurzarbeiterregelung gut war und dass sogar Gewerkschaften wieder ihren Sinn haben, das freut uns. Das freut uns sehr, aber im Kern war diese Entscheidung eine, die die Große Koalition zu verantworten hatte und mit der sie auch Gutes getan hat.

Aber Ihr Amtsvorgänger, Herr Koch, hat in seiner allerersten Regierungserklärung gesagt: Wir wollen nicht nur gute Arbeitsmarktdaten haben, sondern wir wollen zu den 40 besten Arbeitsamtsbezirken in Deutschland aufschließen. – Soll ich Ihnen etwas sagen, Herr Bouffier? Unter dieser Messlatte laufen Sie auch heute noch durch. In Hessen gibt es keinen Arbeitsamtsbezirk, der zu den 40 besten der Republik gehört. Dort haben Sie nichts erreicht.

Wenn das Ihr Anspruch ist, dann werden Sie über Fragen der Ordnung des Arbeitsmarktes, über die Frage, was das für Mindestlöhne heißt, damit Menschen am Ende des Monats von ihrem Einkommen auch leben können, wenn sie Vollzeit erwerbstätig sind, reden müssen. Sie werden über die Frage der Leiharbeit anders reden müssen, und vieles andere mehr. Dazu kam von Ihnen heute allerdings kein Wort. Das ist eine vertane Chance.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Das gilt im Übrigen auch – ich weiß, das hören Sie ungern – für das Thema Armut. Ich will Sie mit den Worten von Herrn Hilgers konfrontieren, der zwar auch Sozialdemokrat ist, aber gleichzeitig Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes ist, der vor einem Dreivierteljahr hier im Hessischen Landtag ein paar zentrale Daten veröffentlicht hat, die zumindest meine Fraktion seitdem nicht los-

lassen, weil sie so dramatisch beschreiben, vor welcher Herausforderung wir auch sozialpolitisch stehen.

Herr Hilgers hat hier im Vortrag gesagt – ich lese es der Einfachheit halber vor –:

Von den 15,6 Millionen Kindern

– gemeint sind dabei Menschen unter 18 Jahren –

im Jahr 2000 lebten 1,1 Millionen von Sozialhilfe und 350.000 von allen anderen Hilfesystemen, die am Schluss bei den heutigen 215 € Regelsatz enden. Heute

– das war 2009 –

haben wir noch 14 Millionen Menschen unter 18 Jahren, und von denen leben 2,5 bis 2,6 Millionen auf dem Niveau von Sozialhilfe.

Und ich habe nun zwei Jahre lang mitgearbeitet an einem Forum Demografischer Wandel beim Bundespräsidenten, und die Ergebnisse sind von allen Experten einstimmig bestätigt, es gibt keinen Widerspruch: Wir werden spätestens 2035

– persönliche Anmerkung von mir: das ist bildungs- und familienpolitisch übermorgen –

weniger als 10 Millionen Menschen unter 18 Jahren haben, und davon werden 4 bis 5 Millionen auf Sozialhilfeniveau leben.

Weil es also auch eine Armutsfrage, eine soziale Frage gibt, hätte ich von Ihnen heute erwartet, dass Sie dazu etwas sagen und dabei nicht nur an der Oberfläche bleiben. Ich hätte erwartet, dass Sie etwas zu der Frage sagen, welche Infrastruktur wir aufbauen, um dem entgegenzuwirken, sowohl in der Prävention als auch in der akuten Behandlung, bis hin zu der Frage: Was heißt das z. B. für das Thema Mittagstisch? Ich halte es nach wie vor für einen unerträglichen Zustand, dass Sozialhilfeträger sich teilweise auf den Weg gemacht haben, um Kindern ein kostenfreies Mittagessen in den Schulen anzubieten, und Sie als Kommunalaufsicht genau das untersagt haben. Das halte ich für nicht glaubwürdig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ja, ein anderer Ton, aber keinen Hinweis darauf, wie Sie es in der Sache machen wollen. Sie geben keine Hinweise darauf.

Ich sage Ihnen das sehr ungeschützt: Ihre Ankündigung, ausgerechnet Herrn Grüttner zum Sozialminister zu machen, ist sozusagen ein Schreckensprogramm für viele Verbände gewesen, weil sie sich alle daran erinnern, was im Jahr 2004/05 mit der „Operation düstere Zukunft“ passiert ist.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sichere Zukunft!)

Sie haben heute zur sozialen Infrastruktur in Hessen kein einziges Wort gesagt. Das ist ein Armutszeugnis, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen müssen Sie aufpassen, dass Ihren Worten an irgendeiner Stelle auch Taten folgen.

Wirtschaft. Sie haben am Schluss noch ein bisschen über wirtschaftspolitische Fragen geredet und betont, dass der Mittelstand für Sie besonders wichtig ist. Ja, der Mittelstand ist in Hessen nach wie vor das Rückgrat in der wirtschaftlichen Entwicklung. Natürlich gibt es viele Infrastrukturprojekte, die politisch auch umstritten sind, weniger zwischen Ihnen und uns als mehr zwischen anderen hier im Haus, die wir auch gerne vorangetrieben hätten. Aber es lag doch, ehrlich gesagt, nicht an uns, dass in den letzten elf Jahren an der A 49, zu der Roland Koch noch im Jahr 1998 angekündigt hat, am ersten Tag nach seinem Amtsantritt würden die Bagger rollen, bis heute nichts passiert ist. In Ihrer Zeit ist doch kein Meter gebaut worden, Herr Bouffier.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen freue ich mich sehr, dass Herr Wirtschaftsminister Posch nach elf Jahren – die kleine Zwischenphase lassen wir einmal außen vor – da neuen Schwung hineingebracht hat und dass das jetzt wirklich zügiger vorangeht als bisher; aber das Thema beschäftigt uns, wie gesagt, schon sehr lange.

Das gilt im Übrigen auch für den Flughafen, eines meiner Lieblingsthemen in den letzten Jahren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage hier mit großem Selbstbewusstsein: Der Erfolg des Frankfurter Flughafens über die letzten Jahrzehnte ist eng mit der Sozialdemokratie verbunden.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist aber lange her! – Vizepräsident Lothar Quanz übernimmt den Vorsitz.)

Roland Koch hat weder mit dem Ausbau begonnen noch ihn beendet. Die Anfänge des jetzigen Ausbaus lagen im Mediationsverfahren unter Führung von Hans Eichel in der rot-grünen Landesregierung vor 1999.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Aber es gab etwas, was die drei ausbaubefürwortenden Fraktionen, die FDP, die Union und die SPD, über zehn Jahre verbunden hat, und zwar im Übrigen auch in namentlichen Abstimmungen, Herr Ministerpräsident, auch mit Ihrer Stimme: dass der Ausbau kommt, dass wir ihn wollen, auch um Arbeit und Wertschöpfung in der Region zu erhalten, zu stabilisieren und auszubauen; dass aber die andere Seite der Medaille – so hat es der stellvertretende Ministerpräsident Jörg-Uwe Hahn mehr als einmal formuliert – das Nachtflugverbot am Flughafen ist, das Bedingung für den Ausbau ist.

Sie haben als Landesregierung einen persönlichen Wortbruch zu verantworten, als Roland Koch mit dem Planfeststellungsbeschluss aus dem Wirtschaftsministerium und der politischen Rückendeckung dafür dieses Wort an die Region gebrochen hat. Dieser Wortbruch, der sehr persönlich an Roland Koch adressiert war, weil er in den letzten zehn Jahren besonders dafür gekämpft hat, ist auch Ihr persönlicher Wortbruch, weil Sie ebenfalls in namentlichen Abstimmungen genau dieser Regelung zugestimmt haben. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben den Flughafen immer dann im Repertoire, wenn es einfach ist. Wenn es aber darum geht, die Zusagen an die Region umzusetzen, haben Sie sich in den letzten Jahren verdrückt; Sie waren nicht präsent. Herr Bouffier, ein wichtiges Vertrauenssignal wäre gewesen, dass nach Antritt Ihrer Regierung ein Signal an die Region derge-

stalt ausgeht, dass Sie die Klage in Leipzig zurückziehen. Das haben Sie nicht getan.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Deswegen werden Sie damit leben müssen, dass dieser Wortbruch, den wir politisch immer an Ihre Koalitionsfraktionen und an die Regierung adressiert haben, auch Ihr persönlicher ist.

Dass Sie zu den Fragen der Industriepolitik, der Kreativwirtschaft und den Potenzialen nichts gesagt haben, nehmen wir zur Kenntnis. Es ist nicht Ihr Metier. Sie haben in den letzten elf Jahren Sicherheitspolitik gemacht, da waren Sie eher Hardliner. Es ist auch Ihr gutes Recht, sich so zu positionieren, wie Sie wollen. Das ist nicht Ihr Metier gewesen. Aber wir werden zukünftig darauf angewiesen sein, dass ein Ministerpräsident, der dieses wirtschaftsstarke Land führt, sich auch mit den zentralen wirtschaftspolitischen Fragen dieses Landes beschäftigt.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das gilt im Übrigen auch für die Stärkung, die Regulierung und den Ausbau des Finanzplatzes Frankfurt. Auch da sind 75.000 Menschen in Beschäftigung. Wir haben nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise Chancen, dass der Finanzplatz Frankfurt und die eher kontinentaleuropäische Philosophie zur Regulierung von Finanzmärkten stärker in der Welt wahrgenommen werden. Dazu muss man aber Position beziehen, auch national, beispielsweise zu der Frage, wie wir den außerbörslichen Handel regulieren und an die Börse zurückholen, wie wir die Hinterzimmergeschäfte zwischen den Großbanken in das Licht der Öffentlichkeit holen, um die Spekulation zu verhindern. Das ist ein Wachstumsprogramm für die Deutsche Börse, und es ist ein Stabilisierungsprogramm für die Volkswirtschaft. Dazu haben Sie keinerlei Anmerkung gemacht, und das finde ich entschieden zu wenig für einen Ministerpräsidenten, der auch für den Finanzplatz Frankfurt spricht.

(Beifall bei der SPD)

Besonders abenteuerlich und wenig zielführend waren allerdings Ihre Ausführungen zur Energiepolitik.

(Timon Gremmels (SPD): Überraschend!)

Ich will Ihr Angebot zum neuen Ton aufnehmen und will zunächst die beiden Herausforderungen beschreiben und dann das, was Sie beschrieben haben, an den Herausforderungen messen, an der Messlatte, die Sie selbst aufgestellt haben.

Frau Merkel, unsere Bundeskanzlerin und Ihre Parteifreundin, hat sich international immer wieder verpflichtet, dass das Ziel, die Erderwärmung in den nächsten 40 Jahren auf 2° zu reduzieren, unsere gemeinsame Anstrengung ist. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung. Ich lasse jetzt den Streit darüber aus, ob das zu wenig oder zu viel ist. Ich beschreibe jetzt das, was wir vereinbart haben: 2°. Das heißt, dass wir in den nächsten 40 Jahren nach den konservativen Berechnungen den CO₂-Ausstoß in der Bundesrepublik Deutschland um 85 % reduzieren müssen, weltweit um 50 %. Es gibt ein paar Studien, die sagen, dass wir das schon in 20 Jahren erreicht haben müssen, um den prognostizierten CO₂-Ausstoß einzudämmen: 85 % CO₂-Ausstoß.

Zweitens. Nach einer Studie, die vor zwei Jahren veröffentlicht wurde, vor der Finanzmarkt- und Wirtschafts-

krise – die Daten sind heute schon wieder deutlich schwieriger –, sagt das Bundesumweltministerium, dass 40 %, also fast die Hälfte, der Kosten des produzierenden Gewerbes inzwischen für Energie und Rohstoffe aufgebracht werden müssen.

Wenn man diese beiden Herausforderungen erfolgreich bewältigen will, ist völlig klar, dass ökonomisch die Volkswirtschaft die erfolgreichste im 21. Jahrhundert sein wird – das Thema Arbeit ist für uns ein wichtiges –, die die rohstoff- und energieeffizienteste Volkswirtschaft der Welt ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die Messlatte. Das gilt erst recht für ein Bundesland wie Hessen, das Industriestandort ist, das Luftverkehrsstandort ist.

Dann kommen Sie mit dem, was da in den Hinterzimmern – ich sage: an schmutzigen Geschäft – vereinbart worden ist.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Denn wenn Sie sich alle einmal genau anschauen, was da gerade wem an Geld über den Tisch geschoben wurde, nach dem Motto: „Ihr zahlt uns jetzt zwar 2 Milliarden € an Brennelementesteuer und ein bisschen was für erneuerbare Energien; dafür erhöhen wir die Einspeisevergütung für Offshore-Windparks,

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

die nicht den Bürgerinitiativen, den Bürgerprojekten oder den Kommunalen gehören, und gleichzeitig erlauben wir, dass ihr die Aufwendungen dafür auch noch von den Betriebskosten abziehen dürft, dass ein Drittel der Kosten, die da entstehen, vom Steuerzahler bezahlt wird, ohne dass es eine Pflicht zur sicherheitstechnischen Nachrüstung beispielsweise für Biblis A gibt“, dann sage ich Ihnen, das ist ein schmutziges Geschäft.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Einzige, was dem Ministerpräsidenten dazu einfällt, ist: Ja, wir wollen – –

(Holger Bellino (CDU): So viel zum neuen Stil!)

– Es ist doch so, Herr Bellino. Wollen Sie an den Fakten vorbeireden? Ich bin für evidenzbasierte Politik. Über die Fakten müssen wir schon reden dürfen.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU) – Judith Lannert (CDU): Das ist Ihre Interpretation!)

In dem Ton vielleicht ein bisschen vermittelnder, klar. Aber in der Faktensituation müssen wir schon Klarheit schaffen. Deswegen sage ich: in der Sache klar, im Ton verbindlicher.

(Gerhard Merz (SPD): Wie der Kollege Bellino!)

Lieber Kollege Bellino, das, was der Ministerpräsident hier vorgestellt hat, ist ein völlig unambitioniertes Programm: Wir wollen bis 2020 das Programm von Frau Lautenschläger umsetzen, die gegen harte Widerstände in der Fraktion gelaufen ist.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Bitte?)

Ich bin sehr gespannt, was Frau Puttrich – jetzt ist sie nicht mehr da – zu liefern hat. Das ist entschieden zu wenig. Sie laufen unter den Anforderungen einer modernen Volks-

wirtschaft, einer modernen Energiepolitik und einer modernen Wirtschaftspolitik einfach untendrunter durch. Herr Ministerpräsident, das ist zu wenig, wenn man Hessen regieren will.

(Beifall bei der SPD)

Daraus leitet sich ab, dass wir sagen, es droht die Gefahr – ich will es jetzt vorsichtiger formulieren, damit Herr Bellino seiner neuen Rolle als parlamentarischer Geschäftsführer nicht gleich zu engagiert Rechnung tragen muss –, dass der Stillstand ein neues Gesicht zu bekommen droht.

(Abg. Holger Bellino (CDU) zeigt mit dem Daumen nach oben.)

Sie haben noch ungefähr 95 Tage Zeit, das Gegenteil zu beweisen. Aber nach der Regierungserklärung bin ich nicht sehr zuversichtlich,

(Beifall bei der SPD)

dass Sie wirklich ernsthaft die energiepolitischen und wirtschaftspolitischen Herausforderungen angehen wollen. Für die Bildungspolitik habe ich das schon formuliert.

Zum Thema Bildungspolitik muss ich noch einen kleinen Nachtrag machen. Sie haben aus meiner Sicht zu Recht etwas zur Frage der Verschulung des Kindergartens und auch zu der Frage gesagt, dass frühkindliche Bildung stärker betont werden soll. Auch dazu haben Sie nicht gesagt, wie Sie das eigentlich machen wollen. Das Einzige, was hier im Haus im Moment präsent ist, ist, dass der ehemalige Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit

(Günter Rudolph (SPD): Er sitzt da drüben!)

– der ehemalige, Herr Banzer – den Kommunen zugesagt hat: „Natürlich werden wir die Mindestausstattung entsprechend dem Konnexitätsprinzip finanzieren“, und dass Sie ihn bei dieser enormen Anstrengung schlicht kielgeholt und bei der Umsetzung alleingelassen haben. Auch dazu haben Sie heute kein Wort gesagt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Herr Ministerpräsident hat sehr vielen Akteuren der Zivilgesellschaft Dank gesagt. Er hat das gegen Ende seiner Ausführungen dann mit dem Thema der Integrationspolitik verbunden. Man hat Ihren Worten angemerkt – ich glaube, das ist in diesen Tagen auch notwendig –, dass wir das Thema Integrationspolitik anders angehen müssen. Ich will Ihnen freimütig einräumen: Ich habe mich über mich selbst sehr geärgert, als ich in meinem ersten Zorn über Herrn Sarrazin gesagt habe, was ich gesagt habe. Nicht, weil ich irgendetwas zurückziehen will, sondern weil es die falsche Ebene der Auseinandersetzung mit dem ist, was da passiert. Auf der einen Seite ist für mich völlig klar – da mache ich auch keinen Millimeter Rückzug –, dass Thilo Sarrazin mit seinen Vergleichen zur genetischen Veranlagung eine rote Linie übertreten hat. Das ist nicht akzeptabel. Herr Ministerpräsident, da haben auch Sie aus meiner Sicht dankenswerterweise sehr klar Position bezogen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Klar ist aber auch, dass das Thema Integration ein Thema ist, das bei vielen Menschen Debatten auslöst.

Die bundesdeutsche Politik hat – jetzt kann ich sagen: Gnade der relativ späten Geburt – 30 Jahre wegen der Grundsatzdebatte: „Sind wir Einwanderungsland oder

Multikultigesellschaft?“ die notwendige integrationspolitische Debatte schlicht nicht geführt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat da regiert?)

Sie wurde immer nur in Teilbereichen geführt. Es gab Verweigerung auf allen Ebenen. Dazu hat jeder ein Stückchen beigetragen, jeder von uns in der politischen Verantwortung, nicht als Einzelperson. Da nehme ich niemanden im Saal aus.

Natürlich spielt das im Moment bei den Reaktionen eine Rolle. Denn es geht nicht um die Frage: Bin ich jetzt für oder gegen Thilo Sarrazin? Wenn jemand eine Position vertritt, muss er auch unter dem Aspekt der Meinungsfreiheit akzeptieren, dass dies kritisch diskutiert wird. Wenn jemand eine rote Linie übertreitet, werde ich auch in Zukunft sagen: „Er hat eine rote Linie übertreten“, damit das völlig klar ist.

Das ändert aber nichts daran, dass wir in der Integrationspolitik viele Fragen viel offensiver angehen können. Der Punkt ist, dass der Hessische Landtag in den letzten eineinhalb Jahren eigentlich eine gute Plattform dafür war, dass genau das passiert. Mich ärgert, dass zwar vor 14 Tagen, als Thilo Sarrazin rauf- und runterdiskutiert wurde, die Enquetekommission des Hessischen Landtags sieben Stunden genau über die Frage von Wirtschaft, Arbeit und Migration offen und konstruktiv – wie alle Kollegen aus den unterschiedlichsten Fraktionen sagen – diskutiert hat: Wie gehen wir eigentlich mit den großen Herausforderungen um? Was passiert da?

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das können wir für uns in Anspruch nehmen. Ich erwarte aber auch, dass diejenigen, die die Chance haben, darüber zu berichten – das will ich als Anforderung beschreiben –, dann auch über die ernsthaften Teile der Debatte berichten. Denn es gehört dazu, dass von dort, wo wir uns gemeinsam anstrengen, berichtet wird.

(Beifall bei der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn wir sind nicht die Deppen der Nation. Wir sind nicht die Einzigen, die das alles nicht mitbekommen.

Jetzt will ich eine persönliche Bemerkung dazu machen. Ich erlebe das an vielen Stellen. Da gibt es Sorgen aus religiösen, nationalen oder sozialen Gründen. Das hat manchmal etwas mit Nachbarschaftsstreiten zu tun. Ich habe das gerade vor wenigen Tagen bei einer Veranstaltung in einem Ort diskutiert, wo der Anteil der Migrantinnen und Migranten, ich sage einmal, statistisch kaum erfassbar war. Ich komme aus einem Stadtteil – ich bin da groß geworden –, in dem das Thema schon immer ein großes war: Gießener Nordstadt. Da haben wir schon vor 20 Jahren ganz andere Situationen gehabt. Ich sage Ihnen sehr offen und sehr unparlamentarisch, auch wenn ich dafür vielleicht gescholten werde: Die Frage, ob jemand ein Armleuchter ist, ist keine Frage des Passes oder der Religion,

(Beifall bei der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU)

sondern eine des Charakters und der Einstellung. Natürlich hat die Mehrheitsgesellschaft Anforderungen zu beschreiben. Es muss sich jeder an Regeln halten, überhaupt keine Frage. Das hat auch nie jemand infrage gestellt.

(Zuruf des Ministers Michael Boddenberg)

– Nein. Herr Boddenberg, dass Regeln gelten, hat niemand infrage gestellt. Sie müssten hier vorne begründen, was Sie damit meinen. Das wäre vielleicht der Auftakt für eine interessante integrationspolitische Debatte mit der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der entscheidende Punkt ist: Was uns in der Integrationspolitik nicht weiterbringen wird, ist die Beschreibung von immer neuen Modellprojekten, von immer neuen Einzelmaßnahmen.

Ich habe vor wenigen Wochen einen integrationspolitischen Schwerpunkttag bei meiner Sommerreise gemacht. Ich war unter anderem an der Hazrat Fatima Moschee, die ein bisschen umstritten war. Die haben ihre eigenen Probleme selbst gelöst. Der Prediger ist entlassen worden. Da gab es vorher heftige Debatten. Sie nehmen in Anspruch – insofern war die Bemerkung zu dem europäischen Islam völlig zutreffend –, sie seien deutsche Muslime. Das ist ein Zusammenschluss aus einer pakistanischen und einer türkischen Moscheegemeinde. Die verbindende Sprache ist Deutsch, weil es gar nicht anders geht. Deswegen wird die Predigt auf Deutsch sein. Das ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie es funktioniert. Wir müssen die positiven Teile in den Vordergrund stellen, und wir dürfen in den notwendigen integrationspolitischen Anstrengungen nicht nachlassen.

Ich will einen Punkt zum Thema Bildung benennen. Gerhard Merz war Sozialdezernent in der Stadt Gießen. Er hat die soziale Stadterneuerung in der Gießener Nordstadt aufgebaut, die auch Sie, Herr Bouffier, gut kennen. Ich will eine Situation beschreiben, weil das vielleicht klarer macht, was die eigentlichen Herausforderungen sind. In den Schulen haben die Eltern heute einen ganz wesentlichen Anteil an dem Bildungserfolg, weil sie die Kinder nachmittags begleiten müssen. Wenn aber die Voraussetzungen in den Familien beispielsweise wegen fehlender Sprachkenntnisse oder anderer Probleme, z. B. der Frage, ob ich überhaupt lesen und schreiben kann, nicht gegeben sind, dann kann ich viel über die Verantwortung der Familie und der Eltern streiten, kann das einfordern, Herr Bouffier, aber das Problem wird damit nicht gelöst.

Deswegen muss Integrationspolitik genau dort die Brücken bauen, wo die Menschen in der vierten, dritten, zweiten und ersten Generation hier sind. Wir haben lange Zeit keine integrationspolitischen Anstrengungen unternommen, die die Chance dafür bieten, dass die Familien auch das erbringen können, was wir von ihnen erwarten. Das gehört auch dazu. Deswegen braucht Integrationspolitik mehr als ein paar Modellprojekte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Satz, den Sie formuliert haben: „weniger Ideologie, mehr gesunder Menschenverstand“,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bravo!)

Herr Bouffier, teile ich ausdrücklich.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Prima!)

Wenn dieser Satz für alle Abgeordneten im Hessischen Landtag gelten würde, wären wir ein ganzes Stück weiter.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Vorletzte Bemerkung: Ehrenamt. Sie haben sehr intensiv auf das Ehrenamt verwiesen. Ich finde, zu Recht. Was wäre Hessen ohne die Zigtausenden von Bürgerinnen und Bürgern, die sich in Verantwortung für die Gemeinschaft in Vereinen, Projekten, Organisationen und in der Nachbarschaftshilfe engagieren? Wir wären eine ziemlich arme Gesellschaft. Wesentliche Teile unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens funktionieren, weil Menschen in der Feuerwehr, in der Kirchengemeinde, im Sport, in der Kultur

(Petra Fuhrmann (SPD): Sozialverbände!)

und in den Sozialverbänden Verantwortung für andere übernehmen, Unterstützung leisten und Solidarität leben. Deswegen haben sie – das finde ich völlig richtig – nicht nur den Dank aller hier im Hause verdient. Denn vieles von dem, was wir hier diskutieren, würde ohne das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger nicht funktionieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weil wir das wissen, müssen wir auch über die Rahmenbedingungen reden. Damit bin ich wieder bei meinem Thema Ordnung am Arbeitsmarkt. Als ehemaliger Fachminister für das Feuerwehrewesen wissen Sie doch selbst, wie schwierig es in bestimmten Regionen, gerade in Mittelhessen, in Südsüdwesthessen und auch in Nordhessen, angesichts der Veränderungen in der Arbeitswelt, der Leistungsverdichtung, der Arbeitsverdichtung, der längeren Anfahrtswege ist, die Einsatzabteilung überhaupt noch aufrechtzuerhalten. Aufgrund der längeren Arbeitszeiten fühlen sich die Leute Stück für Stück überfordert, Dienst an der Gemeinschaft, an der Solidargemeinschaft zu leisten.

Deswegen hat das Thema Ordnung am Arbeitsmarkt Wesentliches mit der Frage zu tun, ob wir zukünftig bürgerschaftliches Engagement stärken oder nicht; denn wir dürfen die Leute nicht überfordern. Das erleben wir an unendlich vielen Stellen schon heute. Darüber, welche Bedeutung beispielsweise G 8 bei der Jugend hinsichtlich der Zuführung zum bürgerschaftlichen Engagement schon heute hat, brauche ich Ihnen eigentlich auch nichts zu sagen. Sie kennen die Klagen der Verbände. Was aber nicht geht – deswegen sage ich es noch einmal –, ist, das Gegenteil von dem zu machen, was Sie sagen.

Es geht nicht, dass Sie auch noch die wenigen Rahmenbedingungen, die wir setzen können, verschlechtern, indem Sie die Spielräume für die Städte und Gemeinden reduzieren. Insofern kann ich nur sagen: Über das Rettungsdienstgesetz sollten wir noch einmal intensiv reden. Wir sollten darüber reden, ob es richtig ist, den Städten und Gemeinden 2 Millionen € zu entziehen.

(Beifall bei der SPD)

Diese 2 Millionen € wären unter dem Stichwort „bürgerschaftliches Engagement“ an anderer Stelle besser investiert, denn mit diesem Betrag werden Sie den Landeshaushalt nicht sanieren.

Damit bin ich beim Thema Finanzen und Kommunen. Ich finde es gut, dass Sie endlich den Schutzschirm für die Kommunen entdeckt haben. Noch vor rund einer Woche wurde ich beschimpft, als ich das vorgeschlagen habe. Noch vor ein paar Wochen haben Sie Anträge, mit denen wir das vorgeschlagen haben, hier im Haus abgelehnt, weil das angeblich nicht gehe. Heute sagen Sie etwas ganz anderes. Sie sagen es mit einem gewissen Unterton, auch in

Richtung Rheinland-Pfalz. Ich sage Ihnen: Ich finde es schofelig, Debatten über Leistungen zu führen, die andere Bundesländer für Kinder erbringen. Das Bundesland Hessen gibt im öffentlichen Haushalt pro Kopf noch immer 400 € mehr aus als Rheinland-Pfalz. Es ist also eine Frage der politischen Schwerpunktsetzung und nicht des Neids zwischen zwei Bundesländern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern finden wir es gut, dass Sie sich jetzt für Hessen die Bürgersprechstunde anschauen, die Kurt Beck schon seit Jahren regelmäßig durchführt. Wir finden es gut, dass Sie den Schutzschirm für die Kommunen entdeckt haben, den Rheinland-Pfalz schon eingeführt hat. Früher haben die Rheinland-Pfälzer auf Hessen geschaut, auf das, was wir machen. Heute ist es umgekehrt. Wir würden das in drei Jahren übrigens gerne verändern. Wir arbeiten hart und energisch daran. Bis dahin werden aber Sie weiter regieren. Deswegen sage ich Ihnen: Tun Sie nicht das Gegenteil dessen, was Sie sagen. Wenn Sie das Thema „Schutzschirm für Kommunen“ wirklich ernst meinen, dann ist die zentrale Forderung, gleich morgen die Kürzung im Kommunalen Finanzausgleich um 360 Millionen € zurückzunehmen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Denn es geht nicht, links anzutauschen und rechts abzubiegen. Die Kommunen finanzieren mit den Kürzungen, die Sie im Kommunalen Finanzausgleich jetzt vornehmen, innerhalb der nächsten acht Jahre das schöne Sonntagsgeschenk, das Sie heute angekündigt haben, doch selbst.

(Widerspruch des Abg. Günter Schork (CDU))

– Die Kommunen finanzieren es selbst, Herr Schork. Auch da helfen einem die vier Grundrechenarten. Die reichen, um sich auszurechnen, wie das mit den 3 Milliarden € ist.

(Beifall bei der SPD)

Ein Schutzschirm für die Kommunen ist eine gute Sache, weil wir starke Städte und Gemeinden brauchen. Das ist kein einfaches Thema. Wir werden gerade da noch mehr Mittel brauchen, weil die Herausforderungen des demografischen Wandels unterschiedliche Förderungen notwendig machen und unterschiedliche Konsequenzen haben. Sie werden beispielsweise im ländlichen Raum ein bisschen mehr anbieten müssen als nur das Thema Breitbandversorgung.

(Beifall bei der SPD)

Sie könnten beispielsweise beim Schulgesetz anfangen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ein Beispiel: In Sontra gibt es eine Oberstufenklasse, die von Schülern besucht wird, die einen Anfahrtsweg von bis zu 35 km – einfache Strecke – haben. Wenn diese Oberstufenklasse aber aufgrund der Größenvorgaben im Schulgesetz wegfällt – außer Sie geben die Zusicherung, dass sie weiter besteht, das ist bisher nicht passiert –, dann werden die Schüler künftig bis zu 60 km zum nächsten Schulstandort für weiterführende Bildung fahren müssen. Das halte ich für nicht verantwortbar.

(Beifall bei der SPD)

Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit im ländlichen Raum bedeuten, dass wir nicht mit dem gleichen „Maß“ für Oberstufen in Großstädten und im ländlichen Raum rechnen können.

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

– Bisher sind Sie in Ihren Vorgaben ziemlich steif, lieber Heinrich Heidel. Deshalb ist die Antwort „Breitbandversorgung“ bei diesem Thema ein bisschen wenig.

Das gilt im Übrigen auch für das Thema soziale Versorgung. Es ist so, dass wir eigentlich eine soziale „Aufrüstung“ der Dorfgemeinschaftshäuser bräuchten. Es gibt in Hessen ein Reihe sehr kluger Initiativen – in der Regel ohne Landesbeteiligung –, wo mit großen Anstrengungen der örtlichen Wirtschaft, des örtlichen Gewerbes, der Sozialstationen, der Genossenschaftsbanken, der Sparkassen, der kommunalen Familie und der Zivilgesellschaft versucht wird, die Dorfgemeinschaftshäuser wieder mit Leben zu füllen, damit dort etwas stattfinden kann, damit die Infrastrukturen und die elementaren Bedürfnisse im Bereich von Gesundheit und Versorgung sichergestellt werden können. Lieber Heinrich Heidel, das können Sie nicht über das Breitband allein lösen; da brauchen wir schon ein bisschen mehr. Deshalb braucht das Programm zur Dorferneuerung eine Stärkung – auch deshalb, weil es private Investitionen hebt. Ein bisschen mehr Mittel, wenn wir über die Stärkung von Städten und Gemeinden reden – bei allen Problemen, die wir haben –, wären sicherlich nötig.

Es bleibt dabei: Tun Sie nicht das Gegenteil dessen, was Sie sagen. Nehmen Sie morgen die Kürzung im Kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 360 Millionen € zurück. Dann haben Sie für die Kommunen mehr getan als das, was Sie gerade mit Ihrer PR-Aktion zum Thema Schutzschirm zu tun versuchen.

(Beifall bei der SPD)

Damit kein Missverständnis entsteht, Herr Ministerpräsident: Den Schutzschirm werden etliche trotzdem nutzen, weil ihnen das Wasser derart bis zum Hals oder über den Hals steht, dass sie gar nicht anders können.

Sie von den Regierungsfractionen haben die Mehrheit. Sie entscheiden. Aber ich glaube, es wäre ehrlicher, keine neue PR-Aktion zu machen, sondern einen elementaren, substanziellen Beitrag zu leisten. Im Übrigen gehört dazu, sich die Ursachen für die Finanzkrise der Städte und Gemeinden einmal genauer anzuschauen. Es hat immer noch ganz erheblich mit den hohen Sozialtransfers zu tun. Das hat wiederum mit der Ordnung am Arbeitsmarkt zu tun. Wenn Menschen für ihre Arbeit ordentlich bezahlt werden, wird ein erheblicher Teil dieser Transferleistungen wegfallen. Es wird für Nachfrage auch am Markt sorgen und damit mehr Beschäftigung schaffen. Das, gepaart mit der Energiewende, wäre der beste Konsolidierungsbeitrag, den wir für die öffentlichen Haushalte leisten könnten. Verhindern Sie die Zukunftsinvestitionen für dieses Land nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sie sehen, es gibt eine Reihe von Themen, bei denen es sich lohnt, in der Sache zu streiten, bei denen wir zusammenkommen können, weil die Herausforderungen elementar und groß sind. Dazu haben Sie heute aus meiner Sicht entschieden zu wenig gesagt. Den Ton hören wir gern. Sie werden jetzt dafür sorgen müssen, dass diesem Ton auch Taten folgen. Sie haben die Messlatten selbst gelegt. Beispielsweise sollte der Anteil der Frauen im Kabi-

nett deutlich erhöht werden. Die Landes-CDU sollte weiblicher und jünger werden. Ich habe gesagt: Die Verjüngung fängt im Kopf an. – Das will ich jetzt nicht ausdehnen, denn auch ich nehme mich im Ton zurück. Aber: Bei der „Verweiblichung“ der hessischen Landespolitik sind Sie nicht sehr weit gekommen. Sind Sie unter Ihrer eigenen Messlatte durchgelaufen. Sie sind an den eigenen Ansprüchen gescheitert. Vielleicht ist das ein Grund dafür, warum Sie heute bei der inhaltlichen Vorlage für Ihre Regierungspolitik keine Messlatten mehr definiert haben. Dann besteht nämlich gar nicht erst die Gefahr, sie zu unterlaufen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Auch wenn ich der Auffassung bin, dass dieses Regierungsprogramm unambitioniert ist – insofern bleibt es in der Tradition des Koalitionsvertrags, insofern droht die Gefahr, dass der Stillstand ein neues Gesicht bekommt –, bleibt es dabei, dass wir Ihnen konstruktive Gespräche über die großen Aufgaben anbieten. Sie müssen dem Ton allerdings auch in der Sache etwas folgen lassen. Sie haben dafür 100 Tage Zeit. Die haben wir Ihnen ausdrücklich eingeräumt. Ich habe vorher schon gesagt: Ihr persönliches Punktekonto wird dabei nicht auf null gestellt. Die Formulierung, dass Sie der „Skandalminister Nummer eins“ sind – das hat Sie natürlich geärgert –, ist zunächst eine mathematische Feststellung. Sie hat etwas mit der Zahl der Untersuchungsausschüsse und anderem zu tun.

Aber auch jenseits dieser Bilanz haben Sie die Chance, Neues zu tun. Die heutige Regierungserklärung, das muss ich Ihnen allerdings sagen, war ein enttäuschender Ausblick auf das, was Sie machen wollen. Es war eine Werbung ohne Produkt. Raider heißt jetzt Twix, der AFG heißt jetzt wieder SPA. Zur Erklärung: Das frühere Sozialministerium wurde in Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit, AFG, umbenannt. Man hat „Soziales“ gestrichen. Seit heute heißt es wieder Sozialministerium. Der andere Ton ist zwar zu vernehmen, die andere Politik muss aber erst noch folgen. Die Chance dafür haben Sie – zumindest heute – allerdings vertan.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Schäfer-Gümbel, vielen Dank. – Als Nächster wird der Vorsitzende der FDP-Fraktion zu uns sprechen. Herr Rentsch, bitte schön, Sie haben das Wort.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal die Gelegenheit nutzen, dem neuen Hessischen Ministerpräsidenten und dem Kabinett Bouffier/Hahn namens der FDP und der CDU herzlich zu gratulieren. Es ist schön, zu sehen, wie das neue Kabinett hier vorne Platz genommen hat.

Im Gegensatz zu Herrn Kollegen Schäfer-Gümbel muss ich sagen, dass ich schon finde, dass da viel Neues dabei ist. Ich hatte aber auch vorher nicht das Gefühl, dass diese Landesregierung an zu wenig Energie leidet.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, das, was Sie gesagt haben, provoziert ein bisschen. Die Bilanz der letzten eineinhalb Jahre, die ich Ihnen heute gerne noch einmal vortrage, zeigt nämlich, dass wir, also die Regierung und die beiden

sie tragenden Fraktionen, nicht nur viel von dem, was wir uns gemeinsam in unseren Wahlprogrammen und dann mit dem Koalitionsvertrag vorgenommen haben, in Gesetze umgewandelt haben. Vielmehr zeigt das auch, dass wir auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen, von denen Sie einige genannt haben, die richtigen Antworten gegeben haben. Darauf werde ich gerne zu sprechen kommen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, dass der Start gut war, den diese neue Landesregierung mit der Wahl des Ministerpräsidenten hatte. Er bekam alle 66 Stimmen. Wenn man eine so große Mehrheit hat, ist es eben nicht alltäglich, dass man sozusagen alle Menschen an Bord bekommt. Sie wissen doch viel besser als wir, dass man mit einem solchen Start auch vieles verbindet.

Herr Kollege Al-Wazir, mit diesem Start verbindet sich ein Stückchen weit auch das, was wir in den nächsten Jahren hier erreichen möchten. Wir möchten den Menschen zeigen, dass wir, Liberale und Christdemokraten, gemeinsam eng zusammenstehen. Wir möchten klar zeigen, dass wir im Gegensatz zu anderen Regierungen die Themen, die uns trennen, erst einmal intern diskutieren, aber dann gemeinsame Lösungen nach außen präsentieren. Wir wollen die Menschen nicht mit unterschiedlichen Gesichtspunkten verwirren. Vielmehr wollen wir immer sagen, was wir wollen, auch wenn das nur ein Kompromiss zwischen beiden Fraktionen und Parteien ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das haben wir den Menschen von Anfang an versprochen. Diesen Weg werden wir gemeinsam gehen. Auch mit Ministerpräsident Bouffier wird dieser Weg gemeinsam fortgesetzt werden.

Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit. Ich glaube, dass dieses Kabinett neue Akzente in der hessischen Landespolitik setzen wird. Jeder wird das auf seine Weise tun. Die drei liberalen Minister, über die ich gleich noch sprechen werde, werden ihre Inhalte präsentieren und ihre Arbeit natürlich fortsetzen.

Herr Al-Wazir, wenn man mit den Menschen redet, erkennt man doch, dass es genau das ist, dass die Menschen wieder Vertrauen in die Politik haben wollen, dass die Politik wieder berechenbar werden muss und dass die Politik auch beständig sein muss. Ich glaube, dass wir das trotz des Personalwechsels in Hessen zeigen. Das Personal hat sich an einigen Stellen geändert. Wir werden unseren Kurs weiterhin konsequent fortsetzen. Ich glaube, das ist das Wesentliche.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Ministerpräsident Bouffier hat in seiner ersten Rede vor einer Woche angekündigt – heute hat er das in seiner Regierungserklärung noch einmal getan –, dass er in diesem Landtag dafür eintreten möchte, dass wir es vielleicht schaffen, den Stil ein wenig zu ändern. Ich erinnere mich an viele Reden einiger Ministerpräsidenten, denen ich schon zuhören durfte. Da wurde immer wieder dieser Versuch unternommen. Verehrte Damen und Herren der Opposition, ich glaube, so wie Volker Bouffier heute hier die Akzente gesetzt und auch die Hand gereicht hat, ist das ein sehr ernst gemeintes Angebot. Ich würde mir wünschen, dass wir das wenigstens ein Stück weit probieren würden.

Herr Kollege Al-Wazir, ich will das einmal übersetzen. Ich habe gehört, dass Sie letztens das Parlament von Rheinland-Pfalz als Mädchenpensionat bezeichnet haben. So weit will ich nicht gehen. Aber ein Stück weit sollten wir das Klima des Landtags Rheinland-Pfalz haben, nämlich bei den Fragen zu den großen Themen. Da bedarf es nicht unbedingt des parteipolitischen Streits. Das sollten wir gemeinsam regeln. Dann würde immer noch genug Platz für viele Streitigkeiten in diesem Haus bleiben. Wir sollten versuchen, diesen Weg zu gehen. Ich glaube, der Ministerpräsident hat da heute die Richtung vorgegeben. Ich finde sie völlig richtig.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich möchte jetzt auf die Punkte eingehen, die Sie genannt haben. Das bedeutet natürlich nicht, dass diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von dem Kurs abgehen werden, den wir eingeschlagen haben. Wir haben vor dem Wahltag mit unseren Wahlprogrammen den Menschen gesagt, was wir umsetzen wollen. Wir haben das dann in einen Koalitionsvertrag gegossen. Daran wird sich nichts ändern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können nicht verlangen, dass Schwarz-Gelb rot-grüne Politik umsetzt. Die Menschen haben uns gewählt, damit wir für dieses Land bürgerliche Politik machen. Das werden wir konsequent weitermachen, mindestens dreieinhalb Jahre lang.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir werden in einem modernen Bundesland, wie es Hessen nun einmal ist, den Herausforderungen, die uns gestellt werden, mit bürgerlichen Werten begegnen. Es wird z. B. gerade eine Diskussion geführt. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben über die Vereine gesprochen. Auch der Ministerpräsident hat dazu etwas gesagt. Wir brauchen die Vereine. Wir brauchen in unserem Land das ehrenamtliche Engagement der Menschen. Das ist völlig richtig. Das ist alles auch unbestritten.

Ich sage aber auch: Es ist nicht unser Land, es ist nicht das Land der Personen, die hier sitzen. Es ist das Land der Menschen, die dort draußen wohnen, unabhängig davon, wo sie in Hessen zu Hause sind. In einer Bürgergesellschaft muss sich natürlich jeder engagieren. Denn ansonsten ist diese Art Gesellschaft nicht sinnvoll.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Leute zu zwingen. Wir müssen Anreize setzen. Ich glaube, da gibt es Gemeinsamkeiten. Jeder muss sich darüber im Klaren sein, dass diese Gesellschaft nur dann funktionieren kann, wenn er seinen Beitrag dazu leistet.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Eines der Probleme, die die Parteien heute haben, ist doch folgendes. In Parteien gibt es in vielen Fällen ehrenamtliches Engagement. Wenn Sie als Mitglieder der GRÜNEN, der FDP, der Christdemokraten oder der Sozialdemokraten in Ihre Orts- und Kreisverbände schauen, werden Sie sehen, dass dort Menschen tätig sind, die sich ehrenamtlich für das Gemeinwesen engagieren. Häufig haben sie einen Ruf, der mehr schlecht als recht ist.

Auch das muss man unterstreichen: Sie könnten teilweise auch etwas Schöneres in ihrer Freizeit machen. Es ist gut, dass die Menschen auf einer so wichtigen Ebene wie der

kommunalen Politik machen. Aber genauso wichtig sind die Vereine und die Institutionen, in denen sich ehrenamtlich engagiert wird.

Das Fazit ist klar: Wir brauchen sie auch. Denn ansonsten würde diese Bürgergesellschaft nicht funktionieren.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben Herausforderungen zu bewältigen. Hessen ist eines der wirtschaftsstärksten Länder unserer Bundesrepublik. Es gibt Probleme bei der Integration. Das haben wir während dieser Debatte schon präsentiert bekommen.

Unser Bundesland hat Strukturen. Viele davon sind ländlich. Wir müssen darum kämpfen, dort die soziale Infrastruktur auch im Rahmen des demografischen Wandels aufrechtzuerhalten.

All diese Herausforderungen werden wir meistern. Ich bin da überhaupt nicht pessimistisch. Wir werden als Koalition diesen Problemen und diesen Herausforderungen mit Konzepten begegnen.

Ich glaube, dass viele der Konzepte schon in den Köpfen vieler Kollegen sind. Teilweise sind sie schon aufgeschrieben. Aber gerade wenn ich mir das Thema demografischer Wandel ansehe, muss ich sagen, dass es wichtig ist, sich gemeinsam zu überlegen, wie man dieses Land weiterentwickeln kann.

Wir haben da Probleme, die sich in vielen Bundesländern stellen. Wir haben in Hessen das Problem, dass immer mehr Menschen in die Ballungsräume ziehen, weil dort die Infrastruktur besser ist. Wir haben das Problem, dass es Ortsteile gibt – wir waren gerade wieder in einem Teil Mittel Hessens und mussten das erleben –, in denen nur noch Menschen über 60 Jahre wohnen. Die jungen Menschen sind abgewandert. Natürlich geht dann die Infrastruktur langsam in den Orten verloren. Die Ärzte, die Apotheker und auch die Schulen, all das geht weg.

Meine Damen und Herren, das sind die großen Herausforderungen für ein so erfolgreiches Land wie Hessen. Wir müssen den Menschen im ländlichen Raum ein adäquates Angebot machen, das zeigt, wie wir uns als Landespolitiker ihre Zukunft vorstellen. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir da gemeinsame Konzepte auf den Weg bringen würden. Denn ich glaube wirklich, dass das eines der großen übergeordneten Themen ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich will deshalb hauptsächlich auf drei Punkte eingehen. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, das betrifft zunächst einmal die Bildungspolitik. Sie haben in den letzten Wochen immer wieder die Arbeit unserer Ministerin begleitet. Ich möchte mich wieder einmal an dieser Stelle für den hervorragenden Start bedanken, den diese Landesregierung an Hessens Schulen organisiert hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Denn es ist nicht selbstverständlich, dass die Schule ruhig startet und dass es keine große Debatte über die Frage gibt, was eigentlich der Königsweg ist und wie man am besten zu dem Bildungsabschluss kommt. Neben der Tatsache, dass die Ministerin Hessen mit ruhiger Hand Schritt für Schritt an die Spitze der Bundesländer hinsichtlich der Bildung bringen wird, ist es, so glaube ich, na-

türlich auch einmal wertvoll, über die Grenzen Hessens hinauszuschauen.

Herr Kollege Schäfer-Gümbel hat den Blick nach Hamburg gerichtet. Hamburg ist ein schönes Beispiel für etwas, was wir uns nicht mehr antun sollten – abgesehen von der Tatsache, dass eine schwarz-grüne Regierung für Hessen nicht der richtige Weg wäre. Darin sind wir uns zur Abwechslung einig.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

– Herr Kollege Al-Wazir, die Ablehnung, die die Menschen dieser Koalition entgegenbringen, ist doch nicht nur deshalb so groß, weil die GRÜNEN dort den Bau eines der größten Kohlekraftwerke in der Bundesrepublik zu verantworten haben. Das ist nicht der Hauptgrund, warum sich die Menschen von Ihnen abwenden. Das ist nur einer der Gründe.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sagt die 5-%-Partei!)

Der Hauptgrund ist, viele Wähler haben es satt, dass Sie ihnen vorschreiben wollen, auf welche Schulen ihre Kinder zu gehen haben.

(Beifall bei der FDP)

Diese Haltung nach dem Motto: „Ich weiß besser, wie die Welt funktioniert“, wollen die Menschen nicht.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Jetzt verkehren Sie das einmal ins Gegenteil!)

Deshalb ist es interessant, dass nicht nur in Hessen das Prinzip der Einheitsschule, wie es Frau Ypsilanti vorgesehen hat, aufgrund der Wahlentscheidung gescheitert ist, sondern dass durch die Volksabstimmung in Hamburg letztendlich auch das Projekt des gemeinsamen Lernens bis Klasse 6 nicht zustande gekommen ist.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Was lernen wir daraus? Wir lernen daraus, dass die Art und Weise, Schule zu organisieren, indem man den Leuten sozusagen Schablonen vorgibt, in die sie sich hineinpressen müssen, endlich der Vergangenheit angehören muss. Wir brauchen von staatlicher Seite keine Vorgaben mehr dafür, wie die Kinder in unserem Bundesland am besten unterrichtet werden.

Diese Regierung hat dafür gesorgt, dass es unterschiedliche Modelle gibt: Gesamtschulen und ein gegliedertes Schulsystem, die Möglichkeit, in acht oder neun Jahren zum Abitur zu kommen. Das sind absolut unterschiedliche Varianten, und die Eltern haben in Hessen die Freiheit, sich für die richtige Variante zu entscheiden. Das ist eine unideologische Schulpolitik, und es ist auch eine richtige Schulpolitik.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schön wäre es!)

Ich will gar nicht auf die 1.656 Lehrer eingehen, die wir bisher zusätzlich eingestellt haben. Ich möchte gar nicht über die Tatsache diskutieren, dass wir in diesem Schuljahr mit einer Stellenbesetzungsquote von 99,7 % angefangen haben: Sieben Stellen waren in unserem Bundesland noch offen. Das hat es noch nie gegeben.

All das sind nicht die großen Fragen. Aber das sind die Fragen, die wir beantworten müssen. Das erwarten die Menschen von uns. Es ist schon erstaunlich, dass wir in

diesem Bundesland zusätzlich zu den Lehrern, die wir 1999 vorgefunden haben, knapp 6.500 – wenn ich richtig gerechnet habe – eingestellt haben. All das ist zwar richtig; aber es ist sozusagen die Grundlage einer guten Arbeit. Wir haben die Schulen besser ausgestattet. Die Schulen haben durch diese Kultusministerin auch besseres Lernmaterial zur Verfügung gestellt bekommen; denn wir haben den Etat deutlich erhöht.

Aber die wahre Frage ist, wie wir es schaffen, den Unterricht so zu organisieren, dass er sowohl spannend für die Schüler als auch leistbar für die Lehrer und die Eltern ist. Das ist die große Herausforderung. Wir leben in einer Informationsgesellschaft, in der sich sehr viel fundamental geändert hat. Man kann in keine Klasse mehr kommen, in der sich die Lehrer nicht mit 25 bis 28 Schülern und gleichzeitig mit 25 Handys auseinanderzusetzen haben. Die Kommunikationswege haben sich vollständig geändert. Die Kinder haben heute kein Basiswissen mehr im Kopf, sondern wissen häufig nur noch, wo sie etwas im Internet finden.

Das sind die großen Aufgaben, die unser Bildungssystem zu bewältigen hat. Ich bin froh, dass die Kultusministerin dort voranschreitet und Konzepte entwickelt, wie man Lehrer, Eltern und Schüler fit für diese Zukunft machen kann. Das sind die Fragen, um die es geht.

(Beifall bei der FDP)

Ja, wir haben die Betreuungsangebote verbessert. Es gibt mehr Ganztagsangebote. G 8 und G 9 habe ich erwähnt.

Außerdem – das ist eines unserer Kernanliegen – wollen wir die Organisationsform der Schulen so gestalten, dass eben die Bedürfnisse, von denen ich gerade gesprochen habe und die in Hessen ganz unterschiedlich sein können, vor Ort besser befriedigt werden können. Das ist die selbstständige Schule. In diesem Zusammenhang höre ich vom Kollegen Wagner von den GRÜNEN häufig, all das gehe ihm nicht schnell genug.

Wissen Sie – das ist jetzt auch an die GRÜNEN gerichtet –, ich glaube, der größte Fehler wäre, Projekte, die die Verwaltung in Hessen vom Kopf auf die Füße stellen und die es so noch nie gegeben hat, mit Hektik und unter Zeitdruck durchzuführen. Hier bewährt sich Sorgfalt vor Schnelligkeit. Hier muss jeder Schritt überdacht werden, und trotzdem müssen die Schritte gemacht werden. Dorothea Henzler, unsere Kultusministerin, betreibt das mit Ruhe und Sorgfalt, ohne Schulen, Schüler und Lehrer zu überfordern. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage Ihnen: Wir schaffen die selbstständige Schule deshalb, weil wir wollen, dass die Verantwortung dort gebündelt wird, wohin sie gehört. Es ist nicht die Aufgabe von Staatlichen Schulämtern und Ministerien, den Menschen vor Ort – z. B. in Oberkaufungen, wo ich zur Grundschule gegangen bin – Vorschriften zu machen, wie sie die Schule organisieren. Wenn die Gemeinschaft aus Schülern, Eltern und Lehrern dort einen anderen Schritt gehen, zu anderen Organisationsformen finden und sich auch, was das Schulumfeld betrifft, anders organisieren möchte, müssen wir ihr diese Freiheiten geben. Deshalb glaube ich, dass die 105-prozentige Versorgung mit Lehrern das richtige Ziel ist, das wir anpeilen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was passiert auf dem Weg dahin?)

– Herr Kollege Al-Wazir, das ist der richtige Weg, weil wir damit die Schulen überhaupt erst in die Lage versetzen, das zu machen. Genauso verhält es sich mit dem Thema „Schulbudget und selbstständige Schule“. Das sind die Voraussetzungen, die man braucht, um die Schule in die Verantwortung zu entlassen und ihr die Möglichkeit zu geben, sich selbst zu organisieren. Wenn wir das in Hessen in den nächsten Jahren hinbekommen werden, haben wir einen Paradigmenwechsel geschafft, der dafür sorgen wird, dass sich die Lernbedingungen für Schülerinnen und Schüler, aber auch die Rahmenbedingungen für Eltern und Lehrer fundamental verbessert haben werden. Deshalb machen wir das.

(Beifall bei der FDP)

Daher muss als Überschrift über unserer Schulpolitik, aber auch über anderen Bereichen unserer Politik stehen, dass wir uns den Herausforderungen unserer Zeit ohne Ideologie stellen. So haben wir es – darüber werden wir noch in dieser Woche diskutieren – im Schulsektor z. B. geschafft, dass Kinder ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in Hessen eine Schule besuchen können. Das ist auch ein Verdienst dieser Landesregierung.

Aber es ist genauso richtig, dass es den Fraktionen gemeinsam gelungen ist, die Zukunft von Haupt- und Realschule neu zu organisieren. Wir haben das hier im Rahmen einer sehr intensiven Schuldebatte zustande gebracht. Haupt- und Realschule werden in Hessen in Zukunft eine Mittelstufenschule bilden – jedenfalls wenn die Schulen diesen Weg gehen wollen. Es gibt für die Schülerinnen und Schüler einen Eingang in diese Mittelstufenschule, aber zwei Ausgänge. Das zeigt, dass wir uns den Bedürfnissen der Menschen vor Ort anpassen wollen. Wenn Hauptschulen nur noch als Restschulen betrachtet werden – was ich sehr bedauere, was in vielen Teilen des Landes aber der Fall ist –, müssen wir reagieren. Das haben wir getan. Mit dem neuen Schulgesetz werden wir das regeln.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dieselbe Grundphilosophie gilt für die Bildungsstandards. Wir wollen im Rahmen der Bildungsstandards gewährleisten, dass die Kinder mehr Freiheit bekommen, wie sie ihr Lernverhalten organisieren und die Lerninhalte letztendlich aufnehmen. Wir geben nicht mehr strikt vor, sondern wir setzen Rahmen, innerhalb deren sich die Schule bewegen kann. Auch das ist ein Paradigmenwechsel, der aus meiner Sicht völlig richtig ist.

Genauso richtig ist es, dass wir die Schule professionalisieren. Die Führungsakademie für Lehrerinnen und Lehrer ist ein Schritt in die Richtung, dass Lehrerinnen und Lehrer, die in einer Schule die Leitungsfunktion innehaben – die viel komplexer ist, als wir das im Hessischen Landtag manchmal diskutieren –, professionalisiert werden. Auch das, nämlich die Tatsache, dass wir diesen Bereich professionalisieren, zeigt, dass wir die Schule als Partner begreifen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben die Einladung ausgesprochen, im Hessischen Landtag gemeinsam über Ihren Entwurf zu diskutieren. Aber ich sage auch, Ihr Entwurf muss sich an die Realitäten anpassen. Ich schlage kein Gesprächsangebot Ihrerseits aus, sage aber auch, dass Sie in Ihrem Entwurf die unzähligen Initiativen dieser Landesregierung und der beiden Fraktionen, die

schon unternommen worden sind, berücksichtigen müssen. Das ist viel mehr, als Sie gerade öffentlich behauptet haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Schäfer-Gümbel hat auf das Thema Wirtschaftspolitik besonderen Wert gelegt. Er hat den Herrn Wirtschaftsminister gelobt, und das kann man auch so stehen lassen. Da hatte er absolut recht.

(Zurufe von der SPD: Na ja!)

– Schade, dass Sie immer gleich in die alten Reflexe verfallen. Das muss man doch einmal so stehen lassen.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kaufmann, ich will es Ihnen erklären: Der Herr Ministerpräsident hat uns gebeten, dass wir versuchen, nicht mehr in die alten Rollen zurückzufallen. Ich gebe zu, wir haben nie wirklich erwartet, dass Sie das schaffen. Aber vielleicht geben Sie sich noch einmal einen Ruck und versuchen, uns in diesem Haus zu überraschen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich gebe zu, der Frank-Peter Kaufmann, den wir hier kennen, ist mittlerweile sehr vorhersehbar. Nächstes Mal haben Sie die Möglichkeit, uns zu überraschen. Ich glaube, Sie würden sich den Applaus des Hauses verdienen.

Meine Damen und Herren, die Wirtschaftspolitik ist eines der zentralen Felder, die wir in unserem Bundesland brauchen, um all das zu finanzieren, worüber ich gerade gesprochen habe. Eine aktive Bürgerschaft, eine tolle Bildungspolitik, eine interessante, richtig geschneiderte Sozialpolitik, die wirklich Bedürftigen hilft – all das hat irgendwo eine Ursache. Das hat die Ursache bei Menschen und Unternehmen, bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie bei Arbeitgebern, die ihre Steuern zahlen, die in der Lage sind, Ideen zu haben, sich gelegentlich auch mit Kapital am Kapitalmarkt selbst zu verschulden, um eine Firma an den Markt zu bringen. Frau Kollegin Schulz-Asche, die gehen teilweise sehr viel mehr Risiko als mancher Abgeordneter ein, der hier nur durch Zwischenrufe glänzt. Das glaube ich schon.

(Zurufe von der SPD: Ui!)

– Danke, das ist so. – Ich glaube, dass das eine Aufgabe von Unternehmern ist, die in diesem Landtag häufig keine Rolle spielt. Sie wird überhaupt nicht beachtet. Wir reden darüber, dass wir das Geld verteilen, das die Menschen als Steuern abgeben. Aber wir reden sehr selten darüber, welche Voraussetzungen dafür gegeben sein müssen, dass es Menschen gibt, die dieses Risiko gehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich glaube, unsere Politik soll auch dort ein bisschen einen Rahmen setzen. Ich gebe zu, es ist auch richtig, gelegentlich ins Bewusstsein dieses Landtags zu rufen, wie es wirklich funktioniert. Lieber Dieter Posch, deshalb sind die Werte, die wir zurzeit haben, natürlich beeindruckend. Sie sind deshalb beeindruckend, weil nicht nur der Ballungsraum, in dem wir uns heute befinden, so erfolgreich ist, sondern weil vor allem Mittel- und Nordhessen in den letzten zwei, drei Jahren beachtliche wirtschaftliche Erfolge erzielt haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das freut uns für die Menschen, die dort leben, weil die sinkende Arbeitslosenquote dafür sorgt, dass viel mehr Menschen in Arbeit sind. Die Zahl in unserem Bundesland vom August ist beeindruckend. Die Arbeitslosenquote ist erstmals seit längerer Zeit wieder unter 200.000 Menschen gerutscht – 196.000 Menschen. Wir müssen uns um jeden Einzelnen kümmern, wenn wir es denn können. Trotzdem ist die Zahl beeindruckend. Nur noch unter 200.000 Menschen arbeitslos in Hessen – das muss uns anspornen, auf diesem Weg weiterzumachen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb kann man vielleicht ein bisschen sagen, was diese Landesregierung getan hat, um ein Umfeld zu schaffen, wo sich Arbeitsplätze entwickeln. Diese Landesregierung hat z. B. dafür gesorgt – Kollege Al-Wazir, weil ich geahnt habe, was Sie gleich sagen; Sie werden gleich zu einem Unternehmen in Nordhessen kommen, wo Sie der Auffassung sind, das sei eigentlich eine grüne Idee gewesen –: Wer über SMA, eine der größten Erfolgsgeschichten in Nordhessen, spricht, der wird leider zur Wahrheit dazugeben müssen, dass dieses Unternehmen aus einer Ausgründung eines Instituts entstanden ist, das unter der Regierung Wallmann und Gerhardt geschaffen worden ist, nämlich das ISET.

Das ist Technologieförderung, die irgendwann dafür sorgt, dass Arbeitsplätze entstehen und sich letztendlich Produkte am Markt etablieren können. Das ist der richtige Weg. Da liegt der Ursprung.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schüttelt den Kopf.)

– Natürlich. – Dieses Beispiel des ISET zeigt, wie man Forschung so organisieren kann, dass sie irgendwann ein Produkt erzeugt, das man am Markt verkaufen kann. Das ist der richtige Weg. Dieter Posch sagt immer so schön: Ja, wir setzen den Rahmen, den Rest muss die Wirtschaft selbst machen. – Genau das ist unser Prinzip. Das Beste, was wir machen können, ist, den Kolleginnen und Kollegen Damen und Herren Unternehmern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht ständig etwas Besseres vorzuschlagen, was sie machen sollen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Jetzt hat der Kollege, ich weiß nicht, wer es war, gesagt – –

(Gerhard Merz (SPD): Das sagt jeder, und durch Wiederholungen wird es nicht richtiger!)

– Das sagt jeder. Ich weiß nicht, ob es richtig oder falsch ist. Ich glaube, dass es richtig ist. Aber wenn Sie es für falsch halten, wäre es traurig, weil Sie natürlich auch ein bisschen von dem, was der Oberbürgermeister der Stadt Kassel sowie der Kämmerer, Herr Barthel, gelobt haben, sehen müssen. Ich habe die Rede dabei. Es ist doch schön, zu sehen, dass parteiübergreifend gesagt wird, dass vieles, was die Landesregierung gemacht hat, an der Stelle richtig war und dass die immensen Investitionen in Infrastruktur von A 44 bis A 49, wo wir an beiden Stellen vorankommen, genauso wie in den Flughafen Kassel-Calden richtig sind. Da gibt es Übereinstimmung zwischen Freien Demokraten, Christdemokraten und Sozialdemokraten. Es ist richtig, Infrastruktur so zu verbessern, dass sich letztendlich auch Wirtschaft besser ansiedeln kann. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Weil wir zunächst über Nordhessen sprechen: Ich glaube, auch wenn das Projekt immer sehr umstritten ist, dass der Flughafen Kassel-Calden volkswirtschaftlich für diese Region einen Vorteil bringen wird,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du meine Güte!)

weil ein Logistikstandort, zu dem sich Kassel immer mehr entwickelt – die gesamte Region, Bad Hersfeld genauso wie diese gesamte nordhessische Region –, mit dem zusätzlichen Mosaikstein eines Regionalflughafens, der sowohl für Cargo als auch für Passagiere interessant ist, einen richtigen Schritt tut, um dieses Bild abzurunden. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn wir uns Mittelhessen anschauen, sehen wir ein ähnliches Konzept. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben in Mittelhessen einen Rahmen von guten Unternehmen, die einfach am Markt gute Produkte herstellen. Wir haben dort eine Wissenschaftssituation mit zwei Universitäten, die in vielen Fällen auch ein Backup für das Potenzial bieten, das in den Unternehmen gebraucht wird.

Deshalb ist es genau die richtige Kombination, die wir brauchen. Wir brauchen hochwertige Wissenschaft und Forschung. Wir brauchen hochwertige Infrastruktur. Dann werden wir nicht viel dazu tun müssen, dass Menschen freiwillig nach Hessen kommen und hier investieren. Das ist der einzig richtige Weg an dieser Stelle.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich will auf das Thema Strompreise eingehen. Ich finde es interessant, wenn wir über Strom reden, dass das, was jetzt beschlossen worden ist, so viele überrascht. Ich weiß, wie wir von CDU und FDP gemeinsam in den Wahlkampf gegangen sind und gesagt haben, wir wollen die Laufzeit von Atomkraftwerken verlängern. Wir haben damals den Ausstiegsbeschluss, wie er getroffen worden ist, kritisiert und haben gesagt, das wollen wir rückgängig machen. Wir haben das deshalb gesagt, weil es keinen Sinn macht, aus der Atomkraft jetzt auszusteigen, wenn ich keine Kompensation jetzt schon durch alternative Energieträger habe und das dann überall, wie in Hamburg-Moorburg durch die GRÜNEN organisiert, durch Kohlekraftwerke überbrücken muss. Das ist doch nicht der richtige Weg, Atomkraft überall in Deutschland durch große Kohlekraftwerke zu kompensieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb glaube ich, dass der Kompromiss, der gefunden worden ist, aus zwei Gründen richtig ist. Er bietet Versorgungssicherheit für ein, wenn nicht sogar das Industrieland Nummer eins in der Welt. Unsere Firmen brauchen Versorgungssicherheit bei ihrem wichtigsten Gut, nämlich Energie.

Das Zweite ist: Genauso richtig und wichtig ist es, dass wir das so organisieren, dass die Gewinne, die jetzt erwirtschaftet werden, in die Erforschung von neuen Energieträgern refinanziert werden. Wer kann denn etwas dagegen haben?

Dieses Argument, dass wir nämlich Gewinne reinvestieren, widerlegt, dass der Atomstrom so viel teurer ist, wie Sie das immer behaupten. Natürlich ist Atomstrom in laufenden Kraftwerken, die in Deutschland im Übrigen sicher sind – sonst dürften sie überhaupt nicht mehr laufen –, nicht teurer als anderer, sondern günstiger.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Nein, Herr Kollege Jürgens. Das lasse ich Ihnen auch nicht durchgehen. Sie haben lange den Umweltminister in diesem Land gestellt, um die Entsorgung endlich zu lösen, und haben nichts getan.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich hätte mir gewünscht, dass die GRÜNEN nicht immer nur reden, nicht immer nur Moralpredigten halten, sondern irgendwann auch einmal handeln. Da ist leider wieder einmal Fehlanzeige bei den GRÜNEN zu vernehmen. Das ist wirklich bedauerlich.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, ich will aber auch sagen: Neben der These, dass wir jetzt quasi mit diesem Beschluss auch den Ausstieg formuliert haben, weil wir gesagt haben, es ist eine überschaubare Laufzeit dieser Brückentechnologie, haben wir genauso für die Verbraucher ein Problem.

Ich glaube schon, dass man darüber reden muss, was teilweise von Rainer Brüderle vor einiger Zeit stark kritisiert worden ist: dass sich viele große Stromunternehmen – Oligopole – diesen Markt aufteilen. Man muss nicht zur Zerschlagung dieser Unternehmen greifen. Aber z. B. eine Übertragung von Kraftwerkkapazitäten an Kraftwerkverbände könnte dafür Sorge tragen, dass auch unsere mittelständischen und kleinen Stromunternehmen, die wir im kommunalen Bereich haben, deutlich günstiger Strom anbieten können. Das würde dem Verbraucher zugutekommen, indem Strompreise für Verbraucher bezahlbar bleiben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb ist das, was die Bundesregierung gemacht hat, ein richtiger Schritt gewesen. Er ist für den Wirtschaftsstandort Hessen die Voraussetzung dafür, dass wir so viele Unternehmen in unserem Bundesland binden können.

Jetzt bin ich langsam heruntergewandert, und wir sind im Rhein-Main-Gebiet. Verehrter SPD-Landesvorsitzender, ich freue mich, dass wir beim Thema Frankfurter Flughafen, jedenfalls bei der Grundsatzfrage, an einem Strang ziehen.

Es ist niemandem zu erklären, und schon keinem anderen Bundesland, wie man ernsthaft in Hessen eine Debatte darüber führt, ob dieser Flughafen in seinem Wachstum absichtlich, vorsätzlich begrenzt werden darf. Es ist auch in anderen Bundesländern übrigens sehr erstaunlich. Dazu komme ich noch. Rheinland-Pfalz lebt in seiner Wirtschaftsregion, die vom Main bis nach Bingen, Koblenz geht, hauptsächlich von diesem Flughafen.

Dieser Flughafen hat nicht nur Ausstrahlungswirkung auf Hessen. Er hat Ausstrahlungswirkung auf Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Das macht diese Region so stark. Deshalb steht der Ausbau überhaupt nicht mehr in der Diskussion. Da sind allein die GRÜNEN noch einer anderen Auffassung.

Deshalb ist es genauso richtig, dass beim Nachtflugverbot Rechtssicherheit herrschen muss. Ich will das noch einmal sagen: Es geht hier um Rechtssicherheit. Es ist nicht sinnvoll, eine Regelung aufzustellen, die möglicherweise nicht

den Anforderungen des höchsten deutschen Gerichts entspricht. Deswegen ist dieser Weg, den wir gehen, nur konsequent, Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Unternehmen, die an diesem Flughafen arbeiten, zu organisieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es stimmt, Infrastruktur bildet einen großen Rahmen unserer Wirtschaftspolitik. Eine gute Infrastruktur zu Lande, zu Wasser und in der Luft sorgt dafür, dass Firmen investieren können.

Ich glaube, Dieter Posch nimmt das, was vorhin der Kollege von der SPD dazwischengerufen hat, in den letzten Monaten und weiterhin jeden Tag ernst. Die Novellierung der Hessischen Bauordnung mit einer Entbürokratisierung und Vereinfachung wird nicht nur privaten Bauherren weiterhelfen, sondern auch Unternehmen, die hier in Hessen investieren. Deshalb müssen wir Gesetz für Gesetz nach Wettbewerbshindernissen und Investitionshemmnissen durchforsten. Die müssen wir abbauen, dann wird diese Wirtschaftspolitik noch deutlich erfolgreicher werden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb möchte ich auch sagen: Es ist schön, in Hessen zu leben – in einem Bundesland, dessen Bruttoinlandsprodukt deutlich stärker ist als das von Irland, Portugal und Griechenland sowieso. Es ist schön, in einem Bundesland zu leben, in dem so viel Prosperität und Innovationskraft vorherrschen. Es ist schön, auf Veranstaltungen von IHK oder Handelskammer zu erleben, wie viele innovative Unternehmen in Hessen ihre Arbeit suchen. Nicht umsonst kommen die hierher und schlagen hier ihren Sitz auf.

Deshalb mein letzter Punkt zum Thema Wirtschaftspolitik: Ja, die Finanzindustrie ist auch ein Teil dieser Politik. Auch sie ist ein Rückgrat unserer Struktur hier. Andere Bundesländer wünschen sich einen solchen Finanzplatz.

Der Wettbewerb, den wir mit München haben, kommt doch nicht von ungefähr. Die hätten gerne, dass so viele große deutsche oder internationale Banken dort ihren Sitz haben. Das ist jetzt auch in Ordnung. Die hätten gerne so viele europäische Institutionen, die in diese Branche gehören.

Warum haben sie die nicht? – Erstens weil es eine Strukturpolitik gab, die die Ansiedlung für diese Unternehmen spannend gemacht hat. Zweitens haben wir das Glück, dass die Deutsche Börse ihren Sitz in Frankfurt hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren, drittens sendet die Landesregierung ein Signal aus, dass wir diese Unternehmen, diese Finanzindustrie in Hessen weiter haben wollen. Wir wollen keinen Klassenkampf auf Kosten der Banken in Deutschland haben. Wir brauchen sie hier am Standort, nicht woanders.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Teilweise macht man es sich äußerst einfach, wenn man heute erklärt, die großen Banken hätten alles verursacht.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Natürlich ist der Schaden, der in dieser Finanzkrise verursacht worden ist, unglaublich. – Wenn man alles zusammenrechnet, war die DDR übrigens im Schaden noch etwas höher.

Meine Damen und Herren, Fakt ist aber, dass wir jetzt ein Rückgrat für die Wirtschaft brauchen – Menschen, die ein Darlehen vergeben und letztendlich überhaupt dafür sorgen, dass jemand investieren kann. Hätten wir das nicht, würde unsere Wirtschaft am Hungertuch nagen. Gott sei Dank ist es nicht so. Gott sei Dank haben wir das Rückgrat der deutschen Finanzindustrie.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Frau Kollegin Wissler, ich bemerke auch bei Ihnen viel Freude über die Finanzsituation – denn das ist natürlich teilweise auch die Voraussetzung dafür, dass es Sie überhaupt gibt; wenn Sie nicht über die Banken ablästern könnten, hätten Sie, glaube ich, mittlerweile gar kein Thema mehr.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Es gibt auch noch die FDP!)

Deshalb führt Dieter Posch sein Ministerium auch unideologisch,

(Lachen des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

aber in einem klaren Sinn: Er investiert in Infrastruktur, in die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft. Deshalb ist das so erfolgreich.

Gleiches gilt für Jörg-Uwe Hahn, der in seinem Bereich der Europa-, Justiz- und Integrationspolitik letztendlich dafür sorgt,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weihrauch!)

dass wir auch dort unideologisch, zielorientiert, und ohne uns vor den wirklichen Problemen wegzuducken, agieren.

Das gilt für das Thema Europa. Mit Jörg-Uwe Hahn und Nicola Beer sind wir in Europa richtig gut aufgestellt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Oh ja!)

Meine Damen und Herren, genau das Gleiche trifft für die Justizpolitik zu. Dazu werde ich nachher noch etwas sagen. Die Neuorganisation der Gerichtsstrukturen war deshalb so erfolgreich, weil sie richtig gut vorbereitet worden ist. Sonst hätte das zu einem viel größeren Aufschrei in der Bevölkerung geführt.

Ja, für uns Liberale ist das Thema Integrationspolitik von besonderer Bedeutung. Ich sage das heute für viele in diesem Haus: Jörg-Uwe Hahn ist mittlerweile Mister Integration geworden.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

– Ja, es ist so. Kollege Al-Wazir, dass Sie hier lachen, steht schon auf meinem Manuskript. Denn es war klar, Sie ertragen es nicht, dass es Menschen gibt, die sehr viel erfolgreicher Integrationspolitik machen, als Sie sich das jemals vorgestellt haben. Das muss sehr, sehr bitter sein, keine Frage.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sag das nicht so laut, sonst glaubt man das am Ende noch!)

Es ist ja nicht nur die Integrationskonferenz. Es sind ja nicht nur die Modellregionen. Es ist nicht nur die Enquete-Kommission, die hier zurzeit richtig gute Arbeit macht, oder letztendlich auch der Versuch, islamischen Reli-

gionsunterricht in Hessen einzuführen. Es ist das gesamte Klima, das Jörg-Uwe Hahn in diesen Bereich organisiert hat. Es gibt einen offenen, ordentlichen Dialog zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen.

Es gibt aber keinen Dialog, der nach dem Motto Multikulti geführt wird: Alles, was kritisch ist, darf hier nicht genannt werden. – Das haben wir in den Neunzigerjahren doch erlebt, diesen Wahn von Multikulti in diesem Land, nach dem Motto: Jeder darf rein, aber es gelten für niemanden irgendwelche Regeln. – So hat sich dieses Land ein Problem selbst organisiert, und darunter leiden wir teilweise heute noch.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Unglaublich! – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist doch kein Wunder, dass Menschen wie Sarrazin den Finger in eine vermeintliche Wunde legen. Das kann uns nicht gefallen. Aber die Reaktion vieler Menschen zeigt doch, dass es anscheinend in der Bevölkerung eine andere Ansicht zu diesem Thema gibt. Kollege Al-Wazir, stellen Sie sich also den Problemen, ducken Sie sich nicht immer weg, wenn es um das Thema Integration geht. Das bringt nichts.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Gerade die GRÜNEN müssten eigentlich aufgerufen sein – wenn es um die Unterdrückung der Frau geht, wenn es um Gewalt gegen Frauen geht,

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

wenn es darum geht, dass in Deutschland verschiedene Gruppen die Grundwerte nicht beachten, die wir in unserem Grundgesetz kodifiziert haben. Da müssten doch eigentlich alle aufschreien.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb hat der Kollege Schäfer-Gümbel an dieser Stelle völlig recht. Es ist keine Frage der Nationalität oder der Herkunft, ob sich jemand in diesem Land mit den Grundwerten auseinandersetzt und sie akzeptiert. Es geht darum, wie ich diesen Staat und seine Grundwerte achte. Ein klares Signal muss sein: Wer diese Grundwerte in unserem Land nicht achtet, dem muss unsere Gesellschaft die Rote Karte zeigen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wie gesagt, bin ich froh, dass Jörg-Uwe Hahn ein Klima geschaffen hat, in dem diese Probleme auf den Tisch kommen und nicht, wie es früher war, einfach nicht benannt werden. Er hat es geschafft, dass sich verschiedenste Gruppen ernst genommen fühlen – weil sie ernst genommen werden. Er hat es geschafft, dass beispielsweise das Anliegen des islamischen Religionsunterrichts mittlerweile so diskutiert wird, dass man zielorientiert über seine Umsetzung diskutiert. Aber er hat es auch geschafft, beispielsweise mit einer Reihe von Veranstaltungen auf Probleme mit der Integrationspolitik hinzuweisen.

Wer Integrationspolitik macht, wird in dieser Gesellschaft nur Akzeptanz finden, wenn er die Ängste unserer Bevölkerung ernst nimmt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer das nicht berücksichtigt, wird an den Menschen vorbeiarbeiten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ja, Kollege Al-Wazir, deshalb glaube ich, das Etikett Minister Integration ist richtig.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wer sich so um ein Thema bemüht und das so mit sich verbindet, der kann von diesem Haus auch einmal einen Applaus erwarten; denn das ist nicht alltäglich, was hier passiert.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb glaube ich: Die beste Antwort auf Herrn Sarrazin ist eine gute Integrationspolitik.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt!)

Was Jörg-Uwe Hahn macht – Menschen hier ein Zuhause zu geben, aber auch klarzumachen, welche Werte diese Gesellschaft hat –, ist das Beste, was wir tun können. Wir brauchen diese Menschen in unserem Land, aber wir brauchen sie zu den Regeln, die wir für uns selbst kodifiziert haben und die für alle gelten.

Deshalb ist die Antwort auf Sarrazin eine gute Integrationspolitik. Deshalb brauchen wir uns in Hessen auch nicht zu verstecken. Deshalb wird Herr Sarrazin mit seinen Thesen aus meiner Sicht hier auch kein Zuhause finden.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wie – kein Zuhause? Er war doch sogar ins Integrationsministerium eingeladen!)

– Frau Kollegin Wissler, wenn man mit jemandem streitet. Ich streite doch auch mit Ihnen und lade Sie hier nicht ein. Das ist doch eine Frage des offenen Diskurses.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP – Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Es muss doch möglich sein, in diesem Land auch einmal unterschiedlicher Auffassung zu sein. Wenn Sie sich einmal durchlesen würden, was Sie hier teilweise für ein Zeug erzählen – und Sie dürfen das auch öffentlich sagen. Das kann also doch nicht wahr sein.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Aber doch nicht ins Ministerium!)

Auch der Kollege Sarrazin muss Möglichkeiten haben, das zu sagen. Wenn er sich blamieren möchte, darf er das tun. Wenn er Abgeordneter wäre, würde er sogar noch Geld dafür bekommen. Das ist der Unterschied.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ja, ich glaube, dass sich die liberalen Ministerien dadurch kennzeichnen, dass sie unideologisch zielgerichtet die Probleme in unserem Land angehen, und das sind eben auch große gesellschaftliche Themen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Über all diesen Fragen steht aber natürlich, wie wir das Ganze finanzieren. Ich glaube, das ist auch der Grund dafür, warum die Initiative von CDU und FDP, in Hessen eine Schuldenbremse in der Verfassung zu verankern und die Menschen über diese Frage abstimmen zu lassen – nur so können die Menschen an dieser Frage teilnehmen –, in den letzten Tagen jedenfalls in Kommentaren der Presse

so viel Unterstützung findet: weil die Bevölkerung weiß, dass nur, wenn sich die Politik selbst Handschellen anlegt und sie sich selbst bindet, keine Schulden mehr zu machen, dieses Thema erfolgreich sein kann.

Wir erleben doch, was passiert, wenn Politiker immer nur versprechen. Ich komme gleich noch zu Rheinland-Pfalz. Es ist ein abendfüllendes Thema, wenn man sich mit dem Bundesland beschäftigt. Aber klar ist doch, dass eine Schuldenbremse zunächst einmal das Bewusstsein schärft, dass wir nicht so weitermachen können.

Diese Landesregierung, beide Fraktionen wollen beispielsweise in Bildung investieren. Aber das können wir langfristig nicht, wenn wir ein Drittel unseres Etats für Zinsen und Tilgung verwenden. Das kann doch nicht wahr sein. Dieses Land hat doch keinen Spielraum mehr, wenn wir weiter so in die Verschuldung gehen.

Deshalb werbe ich noch einmal dafür, Kollege Al-Wazir, Kollege Schäfer-Gümbel, gerade mit dem, was der Ministerpräsident heute über die Finanzsituation der Kommunen und den sogenannten Rettungsschirm, diesen Zukunftspakt für die Kommunen, ausgeführt hat: Ja, wir werden die Kommunen durch diese Regelung nicht im Stich lassen. Es muss auch für die Kommunen einen Anreiz geben, sich endlich kostenbewusst zu verhalten. Ich sage aber auch: Nicht jede Kommune, die ich in Hessen erlebe, hat in den letzten Jahren das Zeichen der Zeit erkannt. Auch das gehört zur Wahrheit hinzu, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich werbe dafür, dass Sie bei dieser Verfassungsänderung mitmachen. Stellen Sie sich einmal vor, es tritt der schlimmste Fall ein: Schleswig-Holstein hat mit seiner Klage gegen die Bundesschuldenbremse Erfolg, und eine solche Regelung gilt in Hessen nicht mehr, weil sie nirgendwo mehr gilt. Dann müssen wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen, gewappnet sein. Wir sollten es nicht dazu kommen lassen, keine eigene Regelung zu haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wie wäre es mit politischem Handeln?)

Deshalb wäre es schade, Herr Schäfer-Gümbel, wenn Sie bei den Linksegoisten des Deutschen Gewerkschaftsbundes mitmachen würden, die zurzeit nur an ihre eigene Generation denken und sich um die künftigen Generationen in keiner Weise scheren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Diesen Linksegoismus finde ich beachtlich; denn man hört sonst auch von vielen schriftlichen Publikationen, wie wichtig Generationengerechtigkeit ist. Aber wenn es einmal darum geht, Generationengerechtigkeit zu behaupten, sie kodifiziert in eine Verfassung zu übernehmen, dann kommen Vorschläge, dass das alles gar nicht so ernst gemeint war. Ich muss sagen, das bedauere ich.

Ich fände es schade, wenn die Sozialdemokraten und die GRÜNEN anders als auf Bundesebene, wo sie gemeinsam mit Christdemokraten und Liberalen diesen Weg gegangen sind, das in Hessen nicht gemeinsam mit uns machen würden. Das wäre bedauerlich, weil es auch kein gutes Zeichen für die Generationengerechtigkeit wäre, wenn sich zwei demokratische Parteien dort einfach ausnehmen würden. Ich würde das sehr bedauern.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Zur Verfassungsänderung gehört genauso die Konsolidierung des Haushalts. 400 Millionen € sind kein Pappentstiel. Das haben wir beim vergangenen Haushalt bewiesen. Jeder Minister, jede Ministerin, aber natürlich auch jeder Abgeordnete hat daran mitgearbeitet, dass wir dort knapp 400 Millionen € eingespart haben. Das ist ein großer Erfolg gewesen.

Es ist aber klar, wir müssen auch über Einnahmen reden. Wenn es um Einnahmen geht, dann höre ich gerade auch von den Kollegen der GRÜNEN häufig: Wie können wir Gebühren, Abgaben oder Steuern erhöhen? – Ich glaube, dass man in einem Land, das eine so hohe Steuer- und Abgabenquote, wenn man beides zusammen sieht, hat wie die Bundesrepublik Deutschland, nicht darüber reden muss, wie man den Menschen, die jeden Tag zur Arbeit gehen, noch mehr wegnehmen kann. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das muss nicht unbedingt der Weg sein.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es ist doch so. – Wir reden in diesem Landtag heute wieder – die Schülerbeförderung wird in dieser Woche noch eine Rolle spielen – über die Frage, und das ist auch gerecht: Wie kann man Menschen helfen, die keinen glücklichen Start ins Leben hatten?

Ich würde mir wünschen, wir würden auch einmal eine Debatte über die Eltern führen, die jeden Tag mit ihrem eigenen Auto, das sie teuer bezahlen, ihre Kinder zur Schule bringen. Die spielen in diesem Landtag leider nur eine untergeordnete Rolle, weil sich die ganzen sozialpolitischen Anliegen letztlich immer nur an bestimmte Gruppen richten und nicht an den normalen Steuerzahler. Das bedauere ich sehr.

Das Thema Einnahmenstabilisierung ist wichtig. Deswegen will ich Sie, Herr Kollege Schäfer-Gümbel, konkret und namentlich ansprechen. Ich finde es beachtlich, was passiert, wenn Fraktionen in diesem Hause über die Frage diskutieren, wie ein Länderfinanzausgleich organisiert ist. Dieses Instrument war einmal dazu gedacht, Bundesländern, die Struktur Nachteile haben, auf eigene Füße zu helfen, damit sie irgendwann nicht mehr – ich sage es umgangssprachlich – von der Stütze aus anderen Bundesländern abhängig sind. Das war einmal die Grundidee.

Jetzt sorgt Rheinland-Pfalz beispielsweise dafür, dass dort noch mehr Kinderbetreuung kostenlos ist. Außerdem steckt es 800.000 € in das sogenannte Willy-Brandt-Forum. Ich habe nichts gegen Willy Brandt. Das will ich hier noch einmal unterstreichen. Aber wenn Rheinland-Pfalz 800.000 € Steuergelder in das Willy-Brandt-Forum steckt, dann finde ich es beachtlich, dass Sie nicht auf unserer Seite für hessische Steuerzahlerinnen und Steuerzahler kämpfen, sondern den Schritt über den Rhein machen und mit Kurt Beck eine gute Figur abgeben wollen.

Das kann nicht der richtige Weg sein. Aber das war noch nicht einmal der Gipfel der Veranstaltung. Sie haben sich überlegt, wie man das Ganze noch pervertieren könnte, und haben in der letzten Woche mit der Generalsekretärin der SPD ein Plakat an der Theodor-Heuss-Brücke veröffentlicht – das ist die Brücke, die Wiesbaden und Mainz verbindet –, auf dem steht: Liebe Hessen, Sie verlassen das Land der gebührenfreien Bildung.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Genau!)

Wissen Sie, was viele Hessen da glauben? Dass sie sich von der SPD nicht veräppeln lassen wollen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Menschen in unserem Bundesland erwirtschaften erst die vielen Wohltaten, die von Kurt Beck in Rheinland-Pfalz versprochen worden sind.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Diese Menschen zahlen Steuern, und ihr Geld geht in den Länderfinanzausgleich. Sie können es sich nicht aussuchen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Bar jeder Sachkenntnis! Neid ist das Einzige, was die FDP noch kann! Das ist unerträglich!)

– Herr Kollege Schäfer-Gümbel, die Hessinnen und Hessen dann noch zu veräppeln, das ist die Krone dieser Veranstaltung.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist Populismus bar jeder Kenntnis!)

Was sollen wir mit diesem Plakat machen? Sollen wir auf unserer Seite vielleicht auch ein Plakat aufstellen: „Hallo, Herr Beck, wann zahlen Sie Ihre Schulden zurück?“

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Unglaublich!)

Oder: „Hallo, liebe Rheinland-Pfälzer, willkommen in Hessen, wir zahlen Ihre Wahlgeschenke“? Das macht doch keinen Sinn. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie müssen sich entscheiden – zwischen Wiesbaden und Mainz fließt der Rhein –, auf welcher Seite des Rheins Sie Politik machen wollen. Wenn Sie sich für hessische Interessen einsetzen, dann wären Sie gut beraten, sich für einen Länderfinanzausgleich einzusetzen, der Hessen nicht benachteiligt.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ein niveauloses Geschwätz hier!)

Ich bin froh, dass die Fraktion der FDP in Rheinland-Pfalz das mittlerweile kritisch sieht und dass die Fraktionsvorsitzenden in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen ein Gutachten in Auftrag gegeben haben, das dieser Veranstaltung hoffentlich bald ein Ende macht. Denn dieser Länderfinanzausgleich kann so nicht sein.

Der Ministerpräsident hat es vorhin vorgerechnet. Unsere Schuldsituation wäre überhaupt nicht so, wenn wir diesen Länderfinanzausgleich nicht hätten. Klar ist auch, dass wir natürlich erst einmal in Verhandlungen eintreten müssen. Das halte ich auch für richtig. Aber ich gebe zu, dass das Plakat von Herrn Beck irgendwie dazu motiviert, direkt nach Karlsruhe zu gehen. Denn wer es nicht verstehen will, muss es sich dann halt durch Gerichte erklären lassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Wir müssen auch diese Probleme gelöst bekommen, und dafür stehen CDU und FDP. Auch die Landesregierung hat ein Gutachten in Auftrag gegeben. Deswegen werden wir die Klage oder wenigstens eine Neuverhandlung zu diesem Thema vorbereiten und auch durchsetzen. Dafür muss das nächste Jahr dienen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Dann werden wir auch die Finanzsituation an einer ganz entscheidenden Stelle hoffentlich zum Positiven verändert haben.

Ich komme zu meinem letzten Punkt. Ich glaube, dass wir in diesem Bundesland damit weitermachen müssen, mutige Politik zu gestalten. Wir haben in Hessen ein Bundesland, das wirtschaftsorientiert ist, das im Rahmen der Bildung unglaublich aufgeholt hat. Allein die Zahl von knapp 7.000 eingestellten Lehrern in zehn Jahren ist unglaublich, wenn man sieht, was wir dort investiert haben. Wir haben in unsere Hochschulen investiert. Wir haben motivierte Bürgerinnen und Bürger. Wir haben ein Pro-Kopf-Einkommen, das höher ist als in vielen anderen Ländern. Die Hessen sind eben auch ein fleißiges Volk.

Deshalb glaube ich, meine Damen und Herren: Dieses Bundesland hat alle Chancen – alle Chancen. Wir können mit unserem Konsolidierungskurs fortfahren; das ist mutig und richtig. Wir werden weiterhin Prioritäten für Bildung setzen; auch das ist richtig.

Meine Damen und Herren, wir müssen auch gelegentlich den Mut haben, nicht dem Mainstream der Gutmenschen immer noch hinterherzulaufen, dem wir häufig unterlegen sind, wenn wir medial diskutieren.

Deshalb will ich zum Abschluss sagen: Dieses Bundesland muss weiterhin Mut haben, sich auch bei seinen Ausgaben für Bereiche einzusetzen, die möglicherweise dazu führen, dass wir ein Stück besser sind als andere. Da ist z. B. Schloss Hansenberg im Rheingau, das eine Schule für Menschen mit Hochbegabung ist. Gott sei Dank haben wir dieses Internat. Es ist eine der ganz zentralen Säulen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Aber ich sage auch, dass es nicht schadet, eine Universität wie die EBS zu haben, die möglicherweise auch Studenten nach Hessen holt, die in vielen Fällen irgendwann einmal Führungspositionen in der Wirtschaft übernehmen. Was soll daran schlecht sein?

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Nein, wer Schwache fördert, Herr Al-Wazir, der darf auch Starke fördern. Da müssen wir uns von Ihnen nichts vorschreiben lassen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir müssen in diesem Bundesland endlich einmal wieder ein ordentliches Verhältnis zu dem Begriff „Elite“ finden. „Elite“ ist nichts Negatives. „Elite“ ist etwas, was in vielen Ländern der Welt politisch ausgegrenzt wurde. Wer in die DDR schaut, wird doch sehen, dass „Elite“ ein nicht akzeptiertes Wort war, aber die politische Elite sich in Ostberlin in den Villenvierteln breitgemacht hat. So ist es eben: In Ländern, in denen es keine Elite geben darf, bildet sich eine Elite, und der geht es meistens sehr viel besser als allen anderen Menschen.

Ja, es braucht Menschen, die vorangehen. Es braucht Menschen, die andere mitziehen, die vielleicht kreativer, fleißiger, vielleicht auch intelligenter sind, die eine Idee haben und die zu uns nach Hessen kommen. Das tut uns allen gut, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es tut uns allen gut, wenn diese Menschen in Hessen ein Zuhause haben. Diese Menschen brauchen wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir unterscheiden uns in dieser Frage einfach. Die Menschen sind unterschiedlich. Der berühmte Satz: „Wenn alle Menschen gleich wären, würde ja einer reichen“, stimmt einfach. Schüler sind kein unbeschriebenes Blatt, die man in die Schule gibt und bei denen immer das gleiche Produkt herauskommt, wenn sie dieselbe Schule durchlaufen haben. Viele Einflüsse – das Elternhaus, der Einfluss des Schülers selbst, das Umfeld – spielen dort eine Rolle. Deshalb lassen Sie uns auch Unterschiede akzeptieren. Lassen Sie uns nicht das machen, was in Hamburg versucht worden ist, nämlich Schüler bis zur Klasse 6 gleichzuschalten,

(Torsten Warnecke (SPD): Gleichzuschalten!)

sondern lassen Sie uns dort auch Unterschiede akzeptieren. Ich glaube, dass es diesem Land wirklich hilft und nicht schadet, wenn man nicht immer versucht, alles nur gleichzuschalten. Das wäre mit Sicherheit der falsche Weg, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich glaube, dass das, was wir tun, was diese Landesregierung unter Ministerpräsident Bouffier und Vizeministerpräsident Jörg-Uwe Hahn tut, eine mutige Politik ist. Wir haben die Zeichen der Zeit, was die Haushaltssituation angeht, erkannt. Wir drücken uns nicht um die großen gesellschaftlichen Fragen wie Integrationspolitik, demografischer Wandel. Wir gehen Themen an wie: Wie können wir es schaffen, unsere Wirtschaft noch stärker zu machen? Wie können wir unseren Bildungsbereich weiterhin so stärken, dass wir ganz an die Spitze dieser Bundesrepublik kommen? All diese Fragen sind bei uns in guten Händen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, letztendlich scheuen wir auch den Streit mit anderen Bundesländern nicht. Kollege Schäfer-Gümbel, ich habe in Rheinland-Pfalz studiert, habe das auch kostenlos genossen, habe, glaube ich, in den letzten Jahren schon viel selbst zurückgezahlt, wenn ich meine Beiträge in den Länderfinanzausgleich einmal herausrechne.

(Heiterkeit des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

Ich glaube, es geht doch hier nicht gegen Rheinland-Pfalz,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Natürlich!)

sondern es geht einfach um ein Verhalten, das nicht in Ordnung ist. Es müsste eigentlich auch der Landeschef der SPD in Hessen erkennen, dass es nicht in Ordnung ist, dass Hessen für Rheinland-Pfälzer arbeitet. Das macht keinen Sinn. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Rentsch. – Als Nächster spricht Herr Al-Wazir, der Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident Bouffier, wir haben mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, was Sie der Opposition angeboten haben. Sie haben nämlich ein Angebot ge-

macht, im Stil ein faireres Miteinander und eine konstruktivere Zusammenarbeit zu pflegen. Wir begrüßen dieses Angebot außerordentlich, Herr Bouffier. Wir begrüßen das unter anderem deshalb, weil im Hessischen Landtag in den letzten elfeinhalb Jahren aus Sicht von CDU und FDP immer galt, dass Mehrheit gleich Wahrheit ist.

Wir hören dieses Angebot nach den jahrelangen schlechten Erfahrungen mit der Arroganz der Macht sehr gerne. Aber, Herr Bouffier, Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, dass es uns angesichts dieser Erfahrungen auch darauf ankommt, dass nicht nur solche Ankündigungen gemacht werden, sondern dass dieser neue Stil auch Realität wird, nicht nur bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, sondern auch bei Ihrer Regierung und – ich füge hinzu – auch bei den Koalitionsfraktionen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Und der Opposition!)

– Der Opposition auch. Sie können ja am Ende meiner Rede bewerten, Herr Wagner, ob ich meinem eigenen Maßstab gerecht geworden bin. Ich weise aber darauf hin, Herr Kollege Rentsch, dass Sie mit dem neuen Stil offensichtlich noch große Probleme haben,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

was mich wundert, weil Sie ja der jüngste und am kürzesten im Amt befindliche Fraktionsvorsitzende sind. Dass man schon nach so kurzer Zeit im Amt auf einer eingefahrenen Spur ist, von der man offensichtlich nicht mehr herunterkommt, das wundert einen dann schon, lieber Kollege Rentsch.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Bist du neidisch?)

– Nein, ich bin überhaupt nicht neidisch, Herr Hahn. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür; denn wenn ich die Umfragewerte der FDP hätte, wäre ich auch nervös. Aber man muss deswegen noch lange nicht alle anderen beschimpfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Justizminister, Sie verstehen das sicher: Im Strafrecht würde man das „tätige Reue“ nennen. Ich will also nicht nur die Ankündigung, ich will auch sehen, dass es real passiert. Herr Rentsch hat es noch nicht ganz geschafft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bouffier, wir haben eine Ankündigung eines neuen Stils. In Ihrer Rede hat sich auch der Versuch gezeigt, einen mitfühlenden Konservativen dem betriebswirtschaftlichen Rasiermesser, das wir vorher hatten, gegenüberzustellen. Aber ich glaube, Herr Innenminister a. D. – hätte ich jetzt fast gesagt –,

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Stimmt auch!)

Herr Ministerpräsident – ich muss mich auch noch daran gewöhnen, ich gebe es zu –, dass Sie natürlich nicht nur einen neuen Stil brauchen, sondern dass Sie auch einen wirklichen Neuanfang in der hessischen Landespolitik in der Sache brauchen. Da hat Ihre Regierungserklärung nicht wirklich viel Wegweisendes beinhaltet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bouffier, Sie haben vor einigen Tagen in einem hessischen Radiosender auf die Frage: „Was können Sie besser als Roland Koch?“, geantwortet: „Überhaupt nichts.“ – Das wäre schlecht, Herr Ministerpräsident. Das wäre wirklich schlecht. Sie müssen einige Sachen besser können, weil wir nach elfeinhalb Jahren vor der Situation stehen, dass wir ungelöste Probleme in der Finanzpolitik haben, dass wir ungelöste Probleme in der Energiepolitik haben, dass wir ungelöste Probleme in der Bildungspolitik haben, dass wir ungelöste Probleme in der Sozialpolitik haben. Da müssen Sie etwas besser machen. Nicht nur der Ton, sondern auch der Inhalt muss besser werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen zu der Frage: Wo stehen wir denn im September 2010? Das Land Hessen geht auf 40 Milliarden € Gesamtverschuldung zu. Von diesen 40 Milliarden € – ich will jetzt hier keine Schärfe in die Debatte bringen – ist knapp die Hälfte in den letzten elf Jahren dazugekommen, und zwar seit CDU und FDP 1999 die Regierungsverantwortung übernommen haben. Sie sind mit 22 Milliarden € gestartet.

Wir sind in der absurden Situation, dass, obwohl die Zinsen momentan ein historisch niedrigstes Niveau erreicht haben, wir trotzdem von den Steuerzahlungen der Bürgerinnen und Bürger jedes Jahr 1,5 Milliarden € alleine an Zinsen zahlen, die wir nicht für Bildung ausgeben können, die wir nicht für Sozialpolitik ausgeben können, die wir nicht für das ausgeben können, was einen Staat ausmacht. Ich möchte mir gar nicht vorstellen, in welcher Situation wir wären, wenn wir den Zinssatz von Anfang der Neunzigerjahre hätten.

Insofern sage ich Ihnen ausdrücklich: So geht es nicht mehr weiter. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat auch schon im letzten Jahr um diese Zeit gegolten. Im letzten Jahr um diese Zeit haben wir einen Bundestagswahlkampf gehabt, wo noch welche herumgerannt sind und erklärt haben: „Wir wollen massive Steuersenkungen“ – da stand die Schuldenbremse auch schon im Grundgesetz –; und wir haben eine Situation gehabt, dass Parteien einen Koalitionsvertrag ausgehandelt haben – daran waren auch ein paar der hier anwesenden Personen beteiligt –, die dafür gesorgt haben, dass die Probleme größer geworden sind.

Herr Ministerpräsident, das bedeutet, um es jetzt einmal konkret zu machen: Eine Zustimmung einer Landesregierung, die es ernst meint, mit dem Marsch in den Schuldenstaat, mit Steuergeschenken à la Wachstumsbeschleunigungsgesetz Schluss zu machen, darf es nie wieder geben – wenn Sie das ernst meinen, was Sie hier gesagt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind ausdrücklich der Auffassung, dass in wirtschaftlichen Normalzeiten, also nicht in Zeiten von Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen, die Haushalte ausgeglichen sein sollten. Das ist völlig richtig. Ich sage das auch an die Adresse der Linkspartei: Die Schuldenbremse ist kein Schuldenverbot. Die Schuldenbremse, wenn man sie richtig ausgestaltet und auch mit den richtigen Einnahmen ausstattet, ist die Umsetzung eines keynesianischen Prinzips in rechtliche Regeln. Es ist genau kein Neoliberalismus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber dazu gehört dann auch: Die staatsradikale Linkspartei muss verstehen, dass Schuldenmachen an sich noch keine Politik ist, und die marktradikale FDP muss verstehen, dass, wer die Steuern immer weiter senkt, die Schulden immer weiter erhöht. So einfach ist das. Dazu gehören einfach nur die Grundrechenarten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich bin dafür, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, um die Haushalte auszugleichen. Aber es gehört eben auch dazu, und das geht dann an die Mehrheit, dass man aus der Schuldenbremse kein parteipolitisches Projekt macht. Wir haben die Sorge, dass Sie angesichts Ihrer schlechten Umfragewerte und des Gefühls, dass Sie bei der Kommunalwahl am 27. März einen Vorteil davon hätten – Klammer auf: den Sie gar nicht haben werden, Klammer zu –, versuchen, das hier konfrontativ durchzusetzen. Dazu sage ich Ihnen ausdrücklich: Wenn Sie das so vorhaben, dann werden Sie der Sache nicht gerecht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dem Punkt Schuldenbremse werden wir in den nächsten Wochen exemplarisch sehen, ob das Angebot zu konstruktiver und sachlicher Zusammenarbeit über die Grenzen von Koalition und Opposition hinweg wirklich ernst gemeint ist. Wir stehen zur Zusammenarbeit bereit.

(Leif Blum (FDP): Das müssen Sie in dem Punkt noch beweisen!)

– Lieber Kollege Blum, die Minderheit kann Vorstellungen der Mehrheit aufnehmen, aber das ändert an der Mehrheit nichts. Beweisen, ob wirklich etwas verändert wird, muss die Mehrheit: ob sie in der Lage ist, Vorstellungen der Minderheit aufzunehmen. So ist das nun einmal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gehört dazu, dass wir diese Schuldenbremse nicht so umsetzen, dass am Ende die Kommunen ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Wir brauchen den Schutzwall für die Kommunen, wenn wir wollen, dass die Schuldenbremse nicht zu Verwerfungen führt, die hier niemand will, und wenn wir auch wollen, dass ein großer Teil der Gesellschaft diesen Weg mitgeht. Wir brauchen auch die Situation, dass wir beschreiben, wie dieser Weg zu dem ausgeglichenen Haushalt ist.

Ich weiß ja, was es bedeutet, wenn man noch vor einem Jahr ganz Deutschland mit Steuersenkungsversprechen zuplakatiert hatte. Aber es ist eine ganz einfache Rechnung: Das Land Hessen hat 40 Milliarden € Schulden. Unser Landeshaushalt hat etwas mehr als 20 Milliarden € Umfang jährlich. Unser Personalkostenanteil ist 50 %, und unser Defizit ist 3 Milliarden €. Wenn Sie glauben, das könnte man einfach wegsparen, liebe Kollegen von der FDP, dann täuschen Sie sich schlicht und sind auf Ihre Art und Weise genauso unrealistisch wie die Linkspartei.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der FDP: Danke, Herr Oberlehrer!)

Deswegen schlagen wir auch vor, dass wir am Donnerstag eine ernsthafte Debatte führen und dass wir nicht nur eine übliche Anhörung machen, sondern dass wir im Laufe dieses Gesetzgebungsprozesses eine breite gesellschaftliche Debatte organisieren, damit wir wirklich dazu kommen, niemanden vor vollendete Tatsachen zu stellen, sondern

klarzumachen: Wir wollen das, aber das wird Anstrengungen bedeuten.

Sie haben mit einem Ihrer Plakate aus der vorletzten Wahl völlig recht gehabt: „Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.“ Dann hätten Sie aber auch nicht so viele machen dürfen.

Das ist genau der Punkt. Ich glaube, dass wir unter dem Strich zu weniger Ideologie – das war sehr schön, Herr Ministerpräsident – und mehr Pragmatismus kommen müssen. Manchmal reichen dafür schon die Grundrechenarten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wir haben uns sehr genau angehört, was Sie zu dem angebotenen Schutzschirm für die Kommunen vorgeschlagen haben. Ich finde es ausdrücklich richtig, dass nach der rheinland-pfälzischen auch die hessische Regierung erkennt, dass es in bestimmten Situationen bei Kommunen eine so hohe Altschuldenproblematik gibt, dass es da bereits eine Spirale aus Schulden, Zinszahlungen und neu hinzugekommenen Defiziten gibt, aus der manche Kommunen aus eigener Kraft nicht mehr herauskommen können. Die Schulden der Kommunen in Hessen betragen insgesamt 18 Milliarden €; das ist der Stand vom 31.12.2008. Wir werden da inzwischen wahrscheinlich auch bei 20 Milliarden € gelandet sein.

Deswegen sind wir sehr gespannt darauf, wie die konkreten Regelungen aussehen. Denn Sie werden morgen einerseits vorschlagen, den Kommunen jährlich 375 Millionen € aus dem Kommunalen Finanzausgleich herauszunehmen. Dann ist es ein bisschen schwierig, wenn Sie andererseits 3 Milliarden € Schulden übernehmen wollen. Wir kennen die gegenwärtigen Zinssätze. Das bedeutet unter dem Strich in der momentanen Situation 100 Millionen € Mehrbelastung. Wenn Sie die noch teilen und die Kommunen die Hälfte davon bezahlen, dann ist Ihnen völlig klar, warum es in dieser Situation wirklich auf Kleingedruckte und auf die konkrete Regelung ankommen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben einen schönen und sehr wichtigen Satz gesagt: „Diese Regierung wird sich nicht zur Vertreterin von Einzelinteressen machen.“ Ich finde, wir sollten einmal versuchen, soweit das bei diesem Thema möglich ist, diesen Satz auf das anzuwenden, was in der Energiepolitik am Sonntag passiert ist.

Wir haben am Sonntag eine Entscheidung der Spitze der Bundesregierung gehabt, die Laufzeiten von Atomkraftwerken zu verlängern. Ich sage Ihnen, was das Ergebnis sein wird, wenn das so in die Realität umgesetzt würde. Das Ergebnis wird sein, dass die vier großen Energiekonzerne – da gibt es Berechnungen – zwischen 60 und 100 Milliarden € zusätzliche Einnahmen haben werden. Von diesen zusätzlichen Einnahmen wird weniger als die Hälfte durch die – inzwischen sogar noch reduzierte – Brennelementesteuer oder sogenannte freiwillige Abgabe wieder „weggenommen“. Das heißt, Sie sorgen dafür, dass die vier großen Energieoligopolisten, die – am Beispiel RWE – im ersten Halbjahr 2010 6 Milliarden € Gewinn hatten, diesen Gewinn noch weiter steigern werden.

Gleichzeitig sorgen Sie dafür, dass beispielsweise die Stadtwerke in den nächsten Jahren nach Schätzungen von

Herrn Filbert von der HSE auf 4,5 Milliarden € verzichten müssen.

Wenn Sie das wirklich ernst meinen – jetzt einmal jenseits jeder Debatte über Atomenergie –, dass sich diese Regierung nicht zur Vertreterin von Einzelinteressen machen sollte, dann müssten Sie jetzt eigentlich sagen: Das kann so nicht stehen bleiben, worauf sich die Bundesregierung da geeinigt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Es ist das Gegenteil von Wettbewerb. Es ist die Stärkung des Oligopols. Es ist das Gegenteil von Wertschöpfung in Hessen. Es ist das Gegenteil von Arbeitsplätzen in Hessen. Es ist, wenn Sie so wollen, der Beweis dafür, dass sich eine Bundesregierung am Ende den Wünschen von vier Großkonzernen gebeugt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie merken, ich habe noch gar nichts zu grundsätzlich anderen Einschätzungen gesagt, ob Atomenergie verantwortbar ist oder nicht. Aber was glauben Sie eigentlich, wie das in der Bevölkerung ankommt, wenn jetzt zu hören ist, dass die Stromkonzerne mit Telefonschaltkonferenz direkt mit der Bundeskanzlerin konferiert haben und während der ganzen Verhandlung noch gesagt wurde: „Ach, machen wir noch einmal 10 € Brennelementesteuer pro Gramm Uran weniger, weil ansonsten dieses und jenes Kraftwerk unwirtschaftlich würde“? Was glauben Sie eigentlich, wie das bei Leuten ankommt, wo der andere Teil des Sparpakets greift, beispielsweise die Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger? Da kann ich mich nicht erinnern, dass es eine Telefonkonferenz mit Hartz-IV-Empfängern gab: Wollt ihr vielleicht die Hälfte behalten, oder ist euch das ein bisschen zu viel, was wir da streichen wollen? – Was glauben Sie eigentlich, was das mit Vertrauen in Politik und mit der Frage macht, was die Menschen glauben, wer hier eigentlich dieses Land regiert?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen sage ich Ihnen: An diesem Punkt kann das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

Herr Ministerpräsident und auch Frau Puttrich, ich sage Ihnen ausdrücklich: Sie müssen schon die Frage beantworten, wie es eigentlich sein kann, dass ein Bundesumweltminister noch vor einer Woche sagt: „Biblis A ist unsicher, weil nicht vor Flugzeugabstürzen geschützt“, und davon jetzt auf einmal keine Rede mehr ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie müssen die Frage beantworten, warum dieses Kraftwerk als einziges keine externe Notstandswarte hat: weil nämlich der Abschaltzeitpunkt inzwischen eigentlich schon überschritten ist. Herr Bouffier, da sage ich Ihnen: Wir haben die Aussage gehört: „Wir wollen uns nicht zur Vertreterin von Einzelinteressen machen“. Dem müssen dann aber auch Taten in der Sache folgen. Das Energiekonzept, das die Bundesregierung vorgelegt hat, das keines ist, ist die erste Nagelprobe für die Frage, was eigentlich gilt: das Gemeinwohl oder die Einzelinteressen von vier Großkonzernen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich will noch eines zur Frage der Energie sagen. Herr Ministerpräsident, immerhin haben Sie das Wort „Windkraft“ in den Mund genommen, ohne dass ein „Monster“ dahinter kam. Das ist schon einmal ein Fortschritt.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben auch gesagt, dass die Topografie Hessens für Windkraft nicht so geeignet sei. Nun sage ich Ihnen: Darüber könnte man lange streiten. Wir sind uns immerhin einig, dass wir nicht an der Nordsee liegen, jedenfalls noch nicht. Aber, Herr Bouffier, ein Blick nach Rheinland-Pfalz – Florian Rentsch hat die Hälfte seiner Rede mit Ausführungen über Rheinland-Pfalz verbracht – zeigt Ihnen, dass Rheinland-Pfalz im Jahr 2008 einen Anteil von erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von 13 % hatte und Hessen 5,6 %. Ich fürchte, inzwischen sind die bei 15 % und wir immer noch bei 5,6 %. Das heißt, sie haben dreimal so viel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, jetzt sage ich Ihnen: Auch Rheinland-Pfalz liegt nicht an der Nordsee. Es scheint also auch etwas mit der Landespolitik zu tun zu haben.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Deswegen warten wir einmal ab, ob die Tatsache, dass Sie inzwischen das Wort „Windkraft“ aussprechen können, ohne dass reflexartig ein „Monster“ dahinter kommt, zu realen Veränderungen in der Landespolitik führt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wollte die Arbeitsplatzzahlen von SMA eigentlich gar nicht benennen. Aber da Sie, Herr Kollege Rentsch, es angesprochen haben: Ja, sie sind inzwischen über 5.000 Beschäftigte. Ja, sie sind ziemlich alt. Ja, es ist eine Ausgründung aus dem ISET gewesen. Der Unterschied ist: Sie hatten damals 200 Beschäftigte. Jetzt haben sie 5.000. Das zeigt, dass die politischen Rahmenbedingungen offensichtlich etwas verändert haben. Ich möchte, dass wir endlich die wirtschaftlichen Chancen, die in den erneuerbaren Energien liegen, auch in diesem Land für Arbeitsplätze, für Wertschöpfung, für Steuereinnahmen und für die Umwelt nutzen. Was kann es denn Besseres geben?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, was die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit angeht, werden wir auch in dieser Woche darüber reden, ob Ihre Regierung den Mut hat, in der Frage Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main endlich einmal zu springen, nachdem alles gescheitert ist, was in den letzten elfeinhalb Jahren auf den Weg gebracht worden ist. Es reicht nicht, einfach nur zu sagen: „Wir setzen einen Oberbürgermeister in einen Regionalvorstand“, und damit hat es sich, sondern wir brauchen eine andere Verfasstheit der Rhein-Main-Region. Das wissen eigentlich auch Sie.

Herr Ministerpräsident, bei den Ausführungen zur wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit war ich ein bisschen enttäuscht. Sie haben völlig richtigerweise gesagt – an dem Punkt hatte übrigens sogar Florian Rentsch recht –: Der Regierungsbezirk Kassel und der Regierungsbezirk Mittelhessen haben sich arbeitsplatzmäßig sehr gut entwickelt, auch im Vergleich zu Südhessen. – Ich verstehe aber nicht, warum Sie da immer die Autobahnen A 44 und A 49 sowie den Flughafen nennen; denn die sind in den letzten elfeinhalb Jahren nicht gebaut worden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will mich nicht darüber beklagen. Aber an denen kann die gute wirtschaftliche Entwicklung offensichtlich nicht liegen. Vielleicht sollte Ihnen das die Möglichkeit geben – Stichwort: „weniger Ideologie, mehr Pragmatismus“ –, sich in dieser Frage auch einmal von alten Zöpfen zu trennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, zu der Bildungspolitik. „Schluss mit der Ideologie, mehr Pragmatismus“: Wenn man das in der Bildungspolitik zu Ende denkt, ist das eine unglaublich harte Kritik z. B. an Ihrem bildungspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion. Wir müssen nach elfeinhalb Jahren feststellen, dass wir bei den PISA-Risikogruppen weiterhin die Situation im Lesen, in der Mathematik und in den Naturwissenschaften haben, dass wir in Hessen im besten Fall Mittelmaß sind; manchmal sind wir sogar ziemlich weit hinten. Wir haben weiterhin eine Gruppe von 20 % der 15-Jährigen, die die Mindeststandards nicht erfüllt. Wir haben weiterhin die Situation, dass wir die Frage, wie unsere Auszubildenden auf die Herausforderungen vorbereitet sind, nicht mit gutem Gewissen in allen Fällen mit: „Ja, gut“ beantworten können.

Wir haben weiterhin die Situation, dass Tausende Schülerinnen und Schüler jedes Jahr die Schule ohne Abschluss verlassen. Wir haben weiterhin die Situation, dass wir, wenn man einmal die Schülerinnen und Schüler mit Förderschulabschlüssen und diejenigen ohne Hauptschulabschluss zusammenrechnet, jedes Jahr fast 5.000 Schülerinnen und Schüler haben, die die Schulen ohne jede realistische Chance auf dem Arbeitsmarkt verlassen. Ich finde, da kann man nicht einfach sagen: „Hurra, wir sind die Größten, wir waren die Größten, alles in Butter.“ Ich glaube, wenn Sie sagen: „Wir müssen einen Neuanfang wagen“, und: „weniger Ideologie, mehr Pragmatismus“, dann sollte man gerade in der Bildungspolitik damit anfangen. Sie haben recht, dass die Menschen nichts mehr übergestülpt haben wollen. Aber ich frage Sie dann, warum es immer wieder einzelne Beispiele gibt, wo eine Schulgemeinde etwas will, wo ein Schulträger etwas will und am Ende die Regierung aus ideologischen Gründen – Tümpelgartenschule Hanau ist das aktuelle Beispiel – einfach sagt: „Das machen wir nicht.“ Diese Frage müssen Sie beantworten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Barbara Cárdenas (DIE LINKE))

Wenn Sie „keine Ideologie“ auf der einen Seite sagen, dann gilt auch „keine Ideologie“ auf der anderen Seite.

Herr Ministerpräsident, ich glaube, dass wir uns wirklich Gedanken darüber machen müssen, ob wir wirklich gut sind bei dem, was wir in der Bildungspolitik abliefern, und wie wir auf die Herausforderungen reagieren, die eine zunehmend vielfältiger werdende Gesellschaft uns bietet, oder ob wir nicht gemeinsam Schluss mit der Ideologie und mehr an der Sache orientierte Politik machen sollten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auch etwas zur Arbeitsmarktpolitik sagen. Der Kollege Schäfer-Gümbel hat es ebenfalls angesprochen. Wir haben jetzt eine Arbeitslosenquote, die sich im bundesweiten Vergleich nicht so schlecht anhört: 6,3 %. Erinnern wir uns: Vor elfeinhalb Jahren ist eine Regierung, der auch Sie schon angehört haben, mit dem Satz angetreten: „Hessen muss ein Land des Südens werden.“ Damit waren Bayern und Baden-Württemberg gemeint.

Wir müssen jetzt aber feststellen, dass das von Florian Rentsch viel gescholtene Rheinland-Pfalz inzwischen besser ist als wir.

Ich finde, es ist weiterhin ein Skandal – das muss man jetzt wirklich einmal von der Sache her diskutieren –, dass wir nach so vielen Debatten – ich erinnere an das Wisconsin-Modell, die Optionskommunen, an die Aussage: „Alles wird besser“, an die Jobcenter mit allem, was dazugehört – die Situation haben, dass von den 200.000 Arbeitslosen in Hessen inzwischen über zwei Drittel Langzeitarbeitslose sind. Das heißt, es gibt offensichtlich ein Segment bei den Arbeitslosen, für die wir nichts anzubieten haben und für die auch der Arbeitsmarkt nichts anzubieten hat. Ich finde, da müsste jetzt endlich einmal etwas passieren, und es dürfte nicht ständig nur ideologisch darüber geredet werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass wir auch bei der Frage, was das für die Hessische Landesregierung auf anderen Ebenen heißt, einfach einmal ganz rational reden müssen. Wenn darüber geklagt wird, dass so viel Geld für Arbeitslosengeld II ausgegeben wird, wenn darüber geklagt wird, dass so viele Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, dann gehört auch dazu, zu sagen, dass von den 300.000 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Hessen knapp 80.000 erwerbstätig sind. Das heißt, dass wir, weil es keinen Mindestlohn und weil es die falschen Anrechnungsmechanismen gibt, in einer Situation sind, dass wir unglaublich viel Geld ausgeben, um so etwas wie einen staatlichen Kombi-lohn für einen Niedrigstlohnsektor zu organisieren. Ich finde, ein mitfühlender Konservativer – das sollte es offensichtlich gewesen sein – muss dann auch einmal sagen: An diesem Punkt muss ein Mindestlohn her. Da muss etwas passieren. Man kann nicht einfach immer nur sagen: „Die Leute sind selbst schuld und wollen alle nicht“, wenn von 300.000 80.000 zwar erwerbstätig sind, sie aber trotzdem auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wir haben auch gehört, dass Sie bei der Kinderbetreuung einen Schwerpunkt setzen wollen. Das finden wir gut; das sage ich ausdrücklich. Dazu gehört aber auch, dass man die Kommunen nicht alleinlässt. Sie sollten sich überlegen, ob bei der Frage der Mindestverordnung das letzte Wort wirklich schon gesprochen ist oder ob man nicht ganz pragmatisch dazu kommen muss, dass man Gleiches gleich behandelt. So einfach ist es nämlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann nicht sein, dass diejenigen, die zuletzt handeln, am Ende den meisten Vorteil davon haben, und diejenigen, die zuerst gehandelt haben, am Ende in die Röhre schauen. Das ist nämlich das genaue Gegenteil von Eigenverantwortung, die Sie immer hochhalten. Das wird dazu führen, dass die Kommunen sagen: Wir machen gar nichts mehr; wir warten erst einmal ab, was da aus Wiesbaden kommt. – Sie sollten sich überlegen, ob Sie da nicht etwas ändern müssen.

Ich habe gehört, dass Sie die Sprachförderung von Kindern als wichtigen Punkt genannt haben. Wir wundern uns aber ein wenig darüber, dass wir im Haushaltsentwurf der Landesregierung eine Kürzung in diesem Bereich um 500.000 € gefunden haben. Auch da sind wir gespannt, Herr Finanzminister, Herr Sozialminister, ob es reicht, hier zu sagen, Sprache sei der Schlüssel zur Integration,

und in der Realität weniger Geld dafür auszugeben. Das passt nämlich nicht zusammen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen gutwillig, im Sinne des neuen Stils, davon ausgehen, dass Sie das noch ändern werden.

Lieber Kollege Florian Rentsch, ich will in ganz ruhigem Ton auf das zu antworten versuchen, was Sie hier zum Thema Integration gesagt haben. Ich weiß nicht, ob das, was Sie hier gesagt haben, zu dem passt, was der Herr Ministerpräsident zum Thema Integration gesagt hat. Das müssten Sie in der Koalition intern einmal bereden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben in der Integration ein Riesenproblem. Über Integration wird immer nur dann öffentlich wahrnehmbar diskutiert, wenn irgendjemand Gift gespritzt hat. Das ist im wahrsten Sinne des Wortes Gift für die Integrationsdebatte.

Ich sage sehr deutlich: In diesem Land herrscht Meinungsfreiheit. Thilo Sarrazin kann sagen, was er will. Dass man überall lesen kann, was er sagt, ist ja der Beweis, dass es in diesem Land Meinungsfreiheit gibt. Die Frage, die er sich stellen muss, ob Bundesbankvorstand für einen Provokateur die richtige Berufung ist – das würde übrigens auch für jeden Richter gelten, auch für Richter gilt das Mäßigungsgebot –, wird sich relativ schnell geklärt haben.

Herr Bouffier, Sie haben ausdrücklich und richtigerweise gesagt, die Thesen von Sarrazin seien an bestimmten Punkten schlicht Blödsinn. Da stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Sie haben aber noch etwas viel Wichtigeres gesagt. Sie haben gesagt, er biete keine Lösung. Dazu sagen wir ausdrücklich: Das stimmt. Das ist ein großer Teil des Problems in dieser Debatte.

Ich wünsche mir, dass Sie, Herr Ministerpräsident, die Kraft haben, klare Worte im Zweifel auch dann zu finden, wenn solche Äußerungen einmal aus den eigenen Reihen kommen. Ich wünsche mir, dass nicht nur gesagt wird, was an den Äußerungen von Herr Sarrazin stimmt oder nicht stimmt, sondern ich wünsche mir klare Worte des Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden z. B. auch dann, wenn Herr Irmer Herrn Sarrazin in der „Jungen Freiheit“ lobt. Diese Klarheit wünsche ich mir.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ich finde es ja schön, dass Florian Rentsch jetzt erkannt hat, dass sich Jörg-Uwe Hahn für „Mr. Integration“ hält. Das Problem bei der von Herrn Hahn geführten Integrationsdebatte ist aber: Am Ende passiert nichts. Herr Bouffier, ich finde es ja interessant, dass Sie von islamischem Religionsunterricht gesprochen haben; da habe sich Jörg-Uwe Hahn große Verdienste erworben. Ich kann mich aber erinnern, dass ich am 12. September 2001 im Integrationsbeirat des Landes Hessen saß. Ich weiß nicht, ob Frau Mosiek-Urbahn noch Ministerin war oder ob Frau Lautenschläger schon amtierte. Ich weiß aber, dass Frau Wolff dabei war. Damals – am 12. September 2001 – hat der Integrationsbeirat des Landes Hessen einstimmig beschlossen: Wir brauchen in den Lehrplänen für die öffentlichen Schulen endlich ein Angebot in Form islamischen Religionsunterrichts. – Das ist nächste Woche neun Jahr her. Es ist aber nichts passiert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Widerspruch des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Vom 12. September 2001, als wir diesen Beschluss im Hessischen Landtag gefasst haben, bis heute gab es an hessischen Schulen kein solches Angebot. Genau das ist das Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Rentsch, auch ich fand es sehr nett, am 14. September 2009 – auch das jährt sich nächste Woche – in diesem Raum in der Integrationskonferenz zu sitzen. Die spannende Frage ist aber – jenseits der Modellregionen für Integration, die die Kommunen durchführen –: Was ist zwischen damals und heute passiert?

Ich sage sehr deutlich: Ich bin sehr dafür, dass wir hier einen anderen Stil pflegen. Ich bin sehr dafür, dass wir in der Sache diskutieren. Dann werden wir aber sehr schnell auf den Kern des Ganzen stoßen. Der Kern des Ganzen ist, dass etwas in der Sache passieren muss und nicht immer nur dann diskutiert werden kann, wenn einer Gift gespritzt hat. Dann ist nämlich irgendwann die Medienaufregung vorbei, und danach passiert wieder gar nichts. Das können wir uns im wahrsten Sinne des Wortes nicht mehr leisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben einen neuen Stil angekündigt. Sie haben aber noch keine neue Politik angekündigt. Ich denke, dass ein neuer Stil, auch wenn einige vor ihm Angst zu haben scheinen, eine Chance bietet, über die Sache zu reden. Ich bin ein optimistischer Mensch – auch wenn die FDP-Fraktion offensichtlich Angst vor dem neuen Stil hat –, was diesen neuen Stil und Diskussionen in der Sache angeht. Ich sage sehr deutlich: Wir werden morgen Vormittag sehen, ob in der Finanzpolitik ein neuer Stil einkehrt, die ungeschminkte Wahrheit auf den Tisch kommt und auch die Frage beantwortet wird, zu wessen Lasten und zu wessen Gunsten Finanzpolitik in diesem Lande gemacht wird. Ich bin sehr gespannt, ob auch der neue Finanzminister einen neuen Stil pflegt oder ob er weiterhin sagt, wir hätten keine Ahnung, und das Delta bekomme die Regierung schon hin. Das ist eine interessante Frage. Unter anderem daran werden wir festmachen, ob wir hier nur Wortgeklingel gehört haben oder ob wirklich etwas Neues passiert.

Wir werden morgen Nachmittag eine Debatte über die Energiepolitik führen. Auch da bin ich gespannt, ob wirklich gilt, dass nicht mehr Einzelinteressen die Politik bestimmen, sondern das Gemeinwohl die Politik bestimmt.

Liebe Kollegen von der CDU und der FDP, morgen Nachmittag führen wir eine Debatte über Volksbegehren und Volksentscheide. Die Presseerklärung des Kollegen Greilich zu unserem Gesetzentwurf betreffend die Erleichterung von Volksentscheiden war noch nicht so ganz im neuen Stil – um es vorsichtig auszudrücken. Ich hoffe, dass wir morgen eine offene Debatte in der Sache erleben werden, die dieses Land weiterbringt.

Wir werden am Donnerstagmorgen über die Schuldenbremse diskutieren. Da wird die Frage sein, ob es wirklich ernst gemeint ist, dass hier an der Sache und nicht an der Ideologie orientiert diskutiert wird. Herr Bouffier, Sie sind durch 30 Jahre in der hessischen CDU geprägt. Eine Ausprägung der Hessen-Union ist ja, dass Geschlossenheit immer vorgeht – auch vor dem, was sachlich nötig wäre. Ich denke, wenn Sie es mit dem neuen Stil ernst meinen und eine neue Politik noch liefern wollen – oder liefern müssen, weil die Bilanz nach elfeinhalb Jahren Regierung Ihres Vorgängers alles andere als rosig ist –, dann

entscheidet sich die Frage, ob es in der hessischen Landespolitik einen Neuanfang gibt, ob das als nötig Erkannte auch dann gemacht wird, wenn man nicht alle Ideologen in den eigenen Reihen mitgenommen hat. Das entscheidet sich in Ihren eigenen Reihen, und das entscheidet sich auch im Umgang mit Ihrem Koalitionspartner.

Wir sind gespannt, ob ein neuer Stil nicht nur angekündigt, sondern auch gelebt wird. Wir sind vor allem gespannt darauf, ob es eine neue Politik geben wird. In der Sache wäre sie dringend notwendig.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung stammt von Frau Abg. Wissler. Sie spricht für die Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, mit Verlaub, nach elf Jahren des Wartens hätte ich mit etwas mehr Elan und vor allem mit ein paar neuen Ideen Ihrerseits gerechnet. Sie hatten lange genug Zeit, sich zu überlegen, was Sie als Ministerpräsident anders oder besser machen könnten. Sie haben heute aber leider bewiesen, dass nicht jedem Anfang ein Zauber innewohnt.

Zwar haben Sie warme Worte gesprochen, aber leider wenig gesagt. Sie haben keine Ziele definiert. Sie haben nicht gesagt, wo Sie eigentlich hinwollen. Sie haben eigentlich nichts gesagt, was irgendwie über die bekannte Koalitionsvereinbarung hinausgeht.

(Beifall bei der LINKEN)

Eines muss man Herrn Bouffier lassen: Er ist ein würdiger Nachfolger des Herrn Koch. Wenn erfolgreich ausgesessene Skandale und Affären aus Sicht der CDU zum Anforderungsprofil eines Ministerpräsidenten gehören, dann ist Herr Bouffier natürlich geradezu die Idealbesetzung. Denn er hat eine lange Liste an Affären. Er kann da nahtlos an seinen Vorgänger anknüpfen. Er ist der Skandalminister im Kabinett Koch gewesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Name Bouffier ist untrennbar mit der Polizeicheffäre und den Mobbingvorwürfen aus der hessischen Polizei verbunden. Herr Ministerpräsident, Sie haben einen Parteifreund rechtswidrig zum Präsidenten der Bereitschaftspolizei befördert, obwohl ein Gericht Ihnen das ausdrücklich untersagt hatte.

(Beifall bei der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Das ist nachweislich falsch!)

Zu Recht beschäftigt das einen Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtags. Ich glaube, das ist der dritte in Ihrer Amtszeit.

Die von Ihnen eingeführte Rasterfahndung und die automatische Kennzeichenerfassung hat das Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig beurteilt. In Ihrer Regierungserklärung sagten Sie, Sie wüssten um die Grenzen des Staates, wenn es um persönliche Freiheitsrechte gehe.

Sie haben aber nicht erwähnt, dass das Bundesverfassungsgericht Ihnen wiederholt genau diese Grenzen aufzeigen musste.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, aus diesem Grund haben wir als LINKE einige Bedenken hinsichtlich Ihrer Verfassungstreue. Wir werden Sie deshalb in Zukunft genau beobachten.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Für Ihr „segensreiches“ Wirken als Innenminister wurden Sie zweimal mit dem „Big Brother Award“ ausgezeichnet. Sie erhielten das als „Anerkennung“ für Ihren Kampf gegen Bürgerrechte und für den Ausbau des Überwachungsstaates.

Als Ministerpräsident setzen Sie das System Koch fort. In Kürze wird ein Buch mit dem Titel „Ausgekocht“ erscheinen, das sich mit dem System Koch auseinandersetzt. Wir werden sehen, wann der Teil 2 erscheint. Der Band wird dann hoffentlich „Ausgebufft“ heißen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich muss doch noch ein paar Worte zur Vergangenheitsbewältigung sagen, nämlich zum Abschied von Roland Koch. Da lässt sich ein freiwillig und mitten in der Legislaturperiode ausscheidender Ministerpräsident vor 600 Gästen mit militärischen Ehren verabschieden. Die Kapelle der Bundeswehr spielte auf besonderen Wunsch des ehemaligen Ministerpräsidenten Lieder von Udo Jürgens, und Soldaten der US-Army marschierten im Fackelschein auf.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hast du etwas verpasst!)

Da fehlte nur noch die Fliegerstaffel, die vielleicht das Konterfei des Roland Koch in den Wiesbadener Nachthimmel malt.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bring sie nicht noch auf Ideen! – Holger Bellino (CDU): Das ist würdelos!)

Wir, die Mitglieder der LINKEN, sind sehr gespannt, was dieser vollkommen unangemessene und überdimensionierte Abschied den Steuerzahler gekostet hat. Die Antwort steht noch aus. Herr Bellino, wir sind sehr gespannt, was das gekostet hat.

(Beifall bei der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Das kostete weniger als Sie!)

Die „tageszeitung“ schrieb über die Verabschiedung, wie ich finde, sehr treffend – ich zitiere –:

In jeder Beziehung eine nicht zu verzeihende Demonstration schlechten Geschmacks.

Dem ist nichts hinzuzufügen. Aber Herr Koch ist nun Geschichte, kommen wir zur Gegenwart.

Herr Ministerpräsident, Sie freuen sich über die Lage am Arbeitsmarkt. Aber sozial ist eben nicht automatisch das, was Arbeit schafft. Denn immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit nicht mehr leben, weil sie skandalös niedrig entlohnt werden.

In Hessen arbeiten 300.000 Beschäftigte, also knapp jeder Fünfte, zu Niedriglöhnen. Dabei sind die Auszubildenden noch nicht einmal mitgerechnet. Ein Viertel davon sind sogenannte Aufstocker, also Menschen, die so wenig ver-

dienen, dass sie trotz ihrer Arbeit auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Ansonsten könnten sie davon nicht leben. Frauen sind von prekärer Beschäftigung überdurchschnittlich stark betroffen.

Aber auch bei den Vollzeitbeschäftigten arbeiten zunehmend mehr Menschen zu Niedriglöhnen. Das betrifft besonders junge Menschen. In Hessen arbeiten 56 % der Vollzeitbeschäftigten unter 24 Jahren zu Niedriglöhnen. Da liegt Hessen über dem Bundesdurchschnitt.

Da brauchen sich Familienpolitiker natürlich keine Gedanken über niedrige Geburtenraten und darüber zu machen, dass junge Menschen immer weniger Kinder bekommen. Junge Menschen arbeiten in Niedriglohnjobs, die zumeist auch noch befristet sind. Da braucht man sich nicht zu wundern, dass sie keine Familien gründen. Denn sie wissen einfach nicht, wie sie die Familie ernähren sollten.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Tarek Al-Wazir und Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Ministerpräsident, Sie sagen, Sie wollten den jungen Menschen Mut zur Gründung einer Familie machen. Ich bin der Meinung, Sie sollten sich dafür einsetzen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können und dass sie von ihrer Arbeit eine Familie ernähren können.

Meine Herren der FDP-Fraktion, ich will nur anmerken, dass Ihre Freunde aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe da übrigens ganz vorne mit dabei sind. Dort arbeiten nämlich weit über die Hälfte der Beschäftigten zu Niedriglöhnen. Es gibt keinen anderen Bereich, in dem ein so hoher Prozentsatz der Beschäftigten für Niedriglohn arbeitet.

Da können sich die Hoteliers natürlich freuen. Erst haben sie 1 Milliarde € als Steuererleichterung bekommen. Dann können sie ihre Beschäftigten auch noch so niedrig entlohnen, weil die Bundesagentur für Arbeit, also der Steuerzahler, die Löhne aufstockt, damit die Mitarbeiter davon überhaupt leben können.

Wir brauchen für Hessen endlich ein wirksames Tarif- treue- und Vergabegesetz. Es kann nicht sein, dass Unternehmen Dumpinglöhne zahlen und die Umweltstandards unterlaufen und dann auch noch mit öffentlichen Aufträgen belohnt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, damit könnten wir auch die kleinen und mittleren Unternehmen stärken, was Ihnen sonst so am Herzen liegt.

Herr Ministerpräsident, Sie sprachen davon, dass der Sozialstaat nicht zur Disposition stehe und den Schwachen verpflichtet sein müsse. Sie sprachen von Solidarität. Das ist ein sehr schönes Wort. Aber was heißt das denn praktisch? Was heißt das für die sozialen Einrichtungen in Hessen? – Dazu haben Sie nichts gesagt.

Der neue Sozialminister, Herr Grüttner, verheißt meiner Meinung nach in dieser Hinsicht nichts Gutes. Denn er hat an der „Operation düstere Zukunft“, dem Kürzungsprogramm für die Frauenhäuser, für die Schuldnerberatungen und andere soziale Einrichtungen mitgestrickt.

Sie haben davon gesprochen, dass die Schwachen die Solidarität der Starken bräuchten. Sie gehören aber seit 1999 einer Regierung an, die konsequent eine Politik gegen die

Schwachen betreibt. Ich halte das deswegen nicht für glaubwürdig.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben davon gesprochen, dass die Starken mit den Schwachen solidarisch sein müssen. Sagen Sie doch, wie Sie meinen, die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich in dieser Gesellschaft in Deutschland und Hessen schließen zu wollen, und wie Sie den enormen Reichtum, den es in dieser Gesellschaft gibt, gerechter verteilen wollen.

Die Folgen der weltweiten Finanzkrise sind bewältigt, aber leider nur bei den Reichen. Laut Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung erreichte das Geldvermögen in Deutschland im ersten Quartal 2010 mit fast 4,8 Billionen € ein neues Allzeithoch. Auch die Zahl der Vermögensmillionäre liegt nach einem kurzzeitigen Rückgang jetzt auf einem neuen Rekordniveau. Noch nie gab es hierzulande so viele Millionäre wie heute.

4,8 Billionen € privates Geldvermögen und ein Allzeiterkord bei den Vermögensmillionären, während jedes siebte Kind in Armut lebt und die öffentlichen Kassen leer sind: Wenn man dieses Geldvermögen mit nur 1 % besteuern würde, was den Betroffenen nicht einmal wehtun würde, dann bräuchten wir in Hessen weder über die Schließung von Amtsgerichten noch über das Streichen des Schulobstprogramms zu reden.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, der Hochtaunuskreis ist der reichste Landkreis in der Bundesrepublik. Er liegt bei der Pro-Kopf-Kaufkraft auf Platz 1 – noch vor dem Landkreis Starnberg, der auf dem 2. Platz ist. Der Main-Taunus-Kreis liegt auf Platz 4. Wie sollen diese Starken Solidarität mit den Schwachen üben?

Herr Ministerpräsident, 15 % aller unter 15-Jährigen in Hessen leben von Hartz IV und von anderen Sozialleistungen. Dieses Ausmaß an Kinderarmut ist für solch ein reiches Land beschämend.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben die Situation, dass sich im Schatten der Frankfurter Bankentürme Kinder ihr Schulesen nicht leisten können. Herr Ministerpräsident, hier könnten Sie sofort tätig werden: durch kostenloses Mittagessen, echte Lernmittelfreiheit und die kostenlose Beförderung für Schüler – bis zum Abitur –, was gerade im ländlichen Raum für viele Familien eine enorme Hilfe bedeuten würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Stattdessen wollen Sie beim Schulesenfonds des Landes kürzen. Angesichts der aktuellen Debatte ist die geplante Kürzung bei den Mitteln für die Sprachförderung von Kindern völlig verfehlt. Damit verkommen Ihre Ausführungen zur – ich zitiere – „Sprache als Schlüssel zur Teilhabe an Bildung“ wirklich zur Farce.

Meine Damen und Herren, die Finanzmarkt- und die Wirtschaftskrise haben den Bund und die Länder Milliarden Euro gekostet. Herr Ministerpräsident, Sie haben die Konjunkturprogramme erwähnt. Ich bin der Meinung, jetzt muss das Verursacherprinzip gelten. Die Hartz-IV-Bezieherin hat diese Krise nicht verschuldet. Sie trägt null Verantwortung für diese Krise. Aber bei den Leistungen für die Hartz-IV-Bezieherin wird gekürzt, während die Banken genauso weitermachen wie zuvor.

Jetzt ist es wieder der Finanzminister Ihrer Landesregierung, der sich im Bundesrat gegen eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte ausspricht und im Namen des Finanzplatzes Frankfurt sein Veto gegen die von der Bundesregierung geplante Neuregelung bei den sogenannten Verbriefungen einlegt. „Hessen schützt die Banken“, hat die „Frankfurter Rundschau“ deshalb getitelt.

Das ist kein Wunder; denn immerhin spendet die Deutsche Bank CDU und FDP je 200.000 € pro Jahr. Die Commerzbank hat das bis zum Jahr 2008 ebenfalls gemacht, bis sie dann selbst Spenden gebraucht hat. Böse Zungen behaupten, dass Abgeordnete zwar nicht an Weisungen, aber an Überweisungen gebunden sind.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU: Frechheit! Das ist vielleicht bei Ihnen so!)

Sie sagen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise auch das Vertrauen in die Wirtschaftsordnung und in den Staat erschüttert hat. Das ist richtig. Laut einer Umfrage betrachtet eine große Mehrheit den Kapitalismus inzwischen äußerst skeptisch. Neun von zehn Deutschen wünschen sich eine neue Wirtschaftsordnung. Der Kapitalismus Sorge weder für einen sozialen Ausgleich in der Gesellschaft noch für den Schutz der Umwelt. Das hat übrigens eine Umfrage der Bertelsmann Stiftung ergeben.

Das ist für die FDP natürlich ein Problem: Fast 90 % der Deutschen mögen den Kapitalismus nicht, und – wenn man den Umfragen Glauben schenkt – nicht einmal mehr die Hälfte des kläglichen Rests will die FDP wählen. 4 % für die FDP – ich finde das einfach, niedrig und gerecht.

Herr Ministerpräsident, Sie beklagen, dass die reichste Generation, die je gelebt hat, die meisten Schulden macht. Aber Sie verschweigen, dass nur 10 % der Bevölkerung über zwei Drittel des Vermögens verfügen. In regelmäßigen Abständen tauchen CDs mit Daten von Steuersündern auf. Das ist doch ein Beleg dafür, dass es gerade im hessischen Steuervollzug noch Potenziale gibt – um das einmal ganz vorsichtig zu sagen.

Herr Ministerpräsident, als Innenminister waren Sie ein strenger Verfechter von Law and Order. Ich hoffe sehr, Sie sorgen dafür, dass Menschen, die die öffentlichen Straßen mit den dicksten Autos befahren und in öffentlich finanzierten Opern immer in der ersten Reihe sitzen, auch einen finanziellen Beitrag zu deren Erhaltung leisten und die deutschen Steuergesetze einhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb brauchen wir mehr Steuerfahnder und mehr Betriebsprüfer. Aber noch immer steht in Hessen der Verdacht im Raum, dass unbequeme Steuerfahnder aus dem Dienst entfernt wurden, weil sie der Geldelite am Finanzplatz Frankfurt zu sehr auf die Füße gestiegen sind.

Herr Ministerpräsident, jetzt wollen Sie über eine Volksabstimmung die sogenannte Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung verankern. Wir LINKE lehnen das gemeinsam mit den Gewerkschaften und vielen Sozialverbänden ab, weil man nicht jahrelang die öffentlichen Haushalte plündern und dann einfach „Haltet den Dieb!“ rufen kann.

Ihre Regierung hat allen Steuersenkungen der letzten Jahre zugestimmt: der Senkung der Unternehmenssteuern, der Senkung des Spitzensteuersatzes, der Entlastung von Hoteliers und vielem mehr. Deshalb fehlen den öffentlichen Haushalten über 50 Milliarden € pro Jahr. Diese falsche Steuerpolitik zugunsten von Reichen und

Konzernen hat die Misere der öffentlichen Finanzen überhaupt erst verursacht. Es gibt keine Kostenexplosion auf der Ausgabenseite, sondern eine Erosion der Einnahmen.

Was wir LINKE fordern, ist nicht revolutionär: Wir fordern im Wesentlichen eine Steuergesetzgebung, wie es sie unter Helmut Kohl, also unter einer schwarz-gelben Bundesregierung, gab. Damals gab es einen Spitzensteuersatz von 53 %. Es gab eine Vermögensteuer und eine sehr viele höhere Besteuerung von Unternehmen. Das ist keine Utopie, sondern das war bis vor wenigen Jahren Realität. Dass die FDP angesichts des zaghaften Wirtschaftswachstums, das wir jetzt erleben, schon wieder weitere Steuersenkungen fordert, finde ich wirklich ungeheuerlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn die FDP will, dass die Menschen etwas vom Aufschwung mitbekommen, dann muss sie die Gewerkschaften bei ihrer Forderung nach höheren Löhnen für die Menschen unterstützen, die sich einschränken mussten, die auf Kurzarbeit waren und die um ihren Arbeitsplatz gebangt haben. Unterstützen Sie die Forderung nach höheren Löhnen, damit diese Menschen mehr Geld in der Tasche haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Leider haben alle anderen Parteien im Bundestag der Schuldenbremse zugestimmt. Wir halten sie für falsch; denn politische Gestaltungsmöglichkeiten werden minimiert, wenn es keine Verbesserungen auf der Einnahmenseite gibt.

Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, diese Frage haben Sie nicht beantwortet: Wie wollen Sie denn die Vorgaben der Schuldenbremse ohne eine spürbare Verbesserung auf der Einnahmenseite einhalten? Im Haushalt 2011 wollen Sie 800 Millionen € einsparen, vor allem bei den Kommunen, aber auch bei der Bildung. Trotz dieser Einsparung beträgt die Neuverschuldung noch fast 3 Milliarden €.

Legen Sie doch den Menschen in Hessen einmal die Rechnung vor, wie Sie in den nächsten Jahren Milliardenbeträge im Haushalt einsparen und das strukturelle Defizit abbauen wollen. Die Kürzungen bei den Hochschulen brachten Ihnen 30 Millionen €, die Schließungen von Gerichtsstandorten magere 2 Millionen €. Wie viele Lehrer wollen Sie entlassen? Wie viele Schulen und wie viele Hochschulen wollen Sie schließen, und wie viel Personal wollen Sie abbauen, um die Vorgaben der Schuldenbremse zu erreichen, wenn Sie nicht damit rechnen, dass es zusätzliche Einnahmen aufgrund einer anderen Steuerpolitik gibt?

Der hessische DGB-Vorsitzende hat recht, wenn er sagt, die Schuldenbremse ist eine „Hessen-Bremse“. Denn was hilft es, wenn das Land zwar keine neuen Schulden mehr aufnimmt, die öffentliche Infrastruktur, die Bildungseinrichtungen und das Sozialsystem dabei aber kaputtgehen?

Die Schuldenbremse ist eine Sozialbremse, weil dadurch der Erhalt sozialer Einrichtungen auf Kosten der Schwachen in der Gesellschaft infrage gestellt wird. Sie ist eine Arbeitsplatzbremse, weil sie verhindert, dass öffentliche Beschäftigung im Bereich von Gesundheit, Bildung und Kinderbetreuung ausgeweitet wird. Sie wird im Gegenteil zu einem weiteren Stellenabbau auf der Ebene des Landes und der Kommunen führen.

Die Schuldenbremse ist auch eine Bildungsbremse; denn durch sie werden die Schulen und die Hochschulen in diesem Land gefährdet, die schon jetzt chronisch unterfinanziert sind. Sie verhindert eine bessere Ausstattung von Bibliotheken und von Klassenzimmern, und sie wird den Ausbau von Ganztagschulen unmöglich machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die sogenannte Schuldenbremse ist eine Entwicklungsbremse für Hessen. Sie hat nichts mit Generationengerechtigkeit zu tun. Im Gegenteil, sie beschneidet die Chancen, die Bildungsmöglichkeiten und die Infrastruktur für die kommenden Generationen.

Jetzt erklären Sie, das solle nicht zulasten der Kommunen gehen. Nachdem Sie bei den Kommunen 360 Millionen € kürzen wollen, genießen Sie dort ein besonders „großes“ Vertrauen. Sie sprachen von einer fairen Partnerschaft zwischen Land und Kommunen, und Sie sprechen von einem Schutzschirm für die Kommunen – wobei es uns sehr freut, dass Sie an dieser Stelle die Begriffe der LINKEN übernommen haben. Wir haben vor Kurzem einen Antrag einen Schutzschirm für die Kommunen betreffend eingebracht.

Nur leider haben Sie die Inhalte nicht übernommen. Ein Schuldenfonds und eine partielle Schuldenübernahme durch das Land lösen nämlich nicht das grundsätzliche strukturelle Problem der kommunalen Finanzen. Die Einnahmen der Kommunen müssen verbessert werden, und das geht nur über eine andere Steuerpolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie den Kommunen etwas Gutes tun wollen, machen Sie die Kürzung rückgängig; denn die Kommunen sind systemrelevant. Sie sorgen für die Infrastruktur sowie für Sport-, Bildungs- und Freizeitangebote.

Meine Damen und Herren, ehrenamtliches Engagement ist ein wichtiges Fundament der Gesellschaft. Sie haben das in Ihrer Rede betont; wir sehen das auch so. Aber Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge und Aufgaben der Infrastruktur dürfen nicht auf ehrenamtlich Tätige abgewälzt werden, wie es in Ihrer Rede angeklungen ist, sondern sie müssen Aufgaben der öffentlichen Hand bleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Um Schwimmbäder, Jugendzentren und bezahlbare kulturelle Angebote zu erhalten, darf die Landesregierung keinen weiteren Steuersenkungen im Bundesrat zustimmen. Aber leider, statt Vermögende zur Kasse zu bitten, wollen Sie mit Bayern und Baden-Württemberg vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Länderfinanzausgleich klagen. Damit kündigen Sie die Solidarität zwischen den Bundesländern auf. Die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West, zwischen strukturschwachen und wirtschaftsstarken Regionen muss das Ziel bleiben. Deshalb halten wir dieses Vorgehen für grundfalsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben den Lehrerinnen und Lehrern in Hessen einen Dank für ihre wertvolle Arbeit ausgesprochen. Vielleicht hätten Sie dazu auch sagen sollen, dass Sie die Arbeit jedes einzelnen Lehrers so toll finden, dass die in Zukunft bis zum Alter von siebenundsechzig Jahren arbeiten sollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihre Regierung will im Rahmen der Dienstrechtsreform das Pensionsalter auf 67 Jahre erhöhen. Deshalb demonstrieren die DGB-Gewerkschaften gerade vor der Staatskanzlei gegen Ihre Pläne. Vielleicht sollten Sie einmal persönlich vorbeischaun und dort Ihren Dank an die Lehrer wiederholen. Meine Fraktion hält die Pension ab 67 Jahre für genauso falsch wie die Rente ab 67. Deshalb haben wir an den heutigen Protesten gegen die Erhöhung des Pensionsalters teilgenommen und waren dort präsent.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Erhöhung der Lebensarbeitszeit ist eine Pensionskürzung. Sie vermindert die Chancen junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Eine Verkürzung der Wochen- und der Lebensarbeitszeit wäre angebracht, um Arbeit gerechter zu verteilen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wenn Ihnen die Lehrer am Herzen liegen, dann sollten Sie den Lehrerstreik im letzten Jahr und die Forderungen der Lehrer ernst nehmen. Senken Sie die Pflichtstundenzahl. Verringern Sie die Arbeitsbelastung von Lehrerinnen und Lehrern, damit sie mehr Zeit für ihre Schüler haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich halte es für ein Unding, dass das Land nicht nur zunehmend Lehrkräfte befristet einstellt, sondern Verträge über die Dauer eines Schuljahres abschließt. Das heißt, Sie parken die Lehrer in den sechswöchigen Ferien bei der Bundesagentur für Arbeit. Diese Lehrer sind gezwungen, sich arbeitslos zu melden, weil das Land Kosten sparen will. Das halte ich für völlig absurd.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, Sie fordern engagierte Lehrer. Ich denke, die haben wir. Aber ohne eine engagierte Landesregierung können auch engagierte Lehrer nur wenig ausrichten.

Meine Damen und Herren, die LINKE fordert eine Ausweitung öffentlicher Beschäftigung. Und wir fordern eine Ausweitung der Rechte öffentlich Beschäftigter. Ihre Regierung hat seit 1999 die Mitbestimmungsrechte systematisch ausgehöhlt und behandelt die Landesbeschäftigten nach Gutsherrenart. Landesbeschäftigte sind aber nicht der Hofstaat eines Ministerpräsidenten, sondern Beschäftigte, die Rechte haben.

Die hessischen Beamten haben bundesweit die längste Wochenarbeitszeit. Und zukünftig sollen Polizisten und Feuerwehrleute erst mit 62 Jahren in den Ruhestand gehen können. Statt sich mit warmen Worten bei diesen Menschen zu bedanken, sollten Sie lieber Ihre Dienstrechtsreform in die Tonne klopfen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, Sie sprachen davon – das hat mich wirklich überrascht –, dass nicht der maximale Gewinn, sondern der Mensch im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Ordnung stehen muss. Also Menschen vor Profiten – das fordern wir LINKE schon lange. Aber ich frage mich, was die praktische Konsequenz daraus ist. Das haben Sie leider nicht gesagt. Heißt das, dass die Menschen rund um den Frankfurter Flughafen zukünftig ruhig schlafen können, weil die Nachtruhe dieser Menschen wichtiger als die Gewinne von Fraport und Lufthansa ist? Heißt das, dass Sie das versprochene Nachtflugverbot jetzt doch umsetzen?

Herr Ministerpräsident, Sie sagten, die Landesregierung wolle sich nicht zur Sachwalterin von Sonderinteressen machen lassen und Einzelinteressen bedienen. Das heißt das denn? Heißt das, dass Sie eine Bundesratsinitiative starten, um das Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers wieder abzuschaffen? – Wenn Sie sich dagegen wenden, dass die Interessen einzelner Lobbygruppen zu praktischer Politik werden, müssten Sie auch die gerade beschlossenen Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke kategorisch ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir haben eine unsägliche Kampagne der Atomkonzerne und ihrer Verbündeten in anderen Teilen der Wirtschaft erlebt. Es sind 50 Herren – es sind nur Männer dabei –, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, um Laufzeitverlängerungen gegen eine Mehrheit in der Bevölkerung durchzusetzen. Und das Tragische ist, dass diese Kampagne Erfolg hat, dass die Kanzlerin eingeknickt ist. Das sagt sehr viel über unsere Demokratie aus.

Es gibt ein Sparpaket, das vorsieht, dass Hartz-IV-Beziehern das Elterngeld gestrichen wird. Ich unterstelle, dass die Hartz-IV-Bezieher in ihrer Mehrheit das nicht richtig finden. Aber es wird keine Delegation von Hartz-IV-Beziehern ins Kanzleramt eingeladen, um darüber zu verhandeln. Allein die Vorstellung, dass so etwas passieren könnte, ist vollkommen absurd; denn die Regierung entscheidet das einfach, und der Hartz-IV-Empfänger muss das hinnehmen. Aber wenn die Bundesregierung die Atomkonzerne zur Kasse bitten, eine Brennelementesteuer einführen will und die Atomkonzerne damit nicht einverstanden sind, dann trifft man sich zum Vermittlungsgipfel im Kanzleramt. Es kann nicht angehen, dass die Interessen einer Handvoll Angehöriger der Wirtschaftselite berücksichtigt werden, aber die Interessen einer breiten Mehrheit ungehört bleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, Sie sagten in Ihrer Regierungserklärung, die Demokratie brauche Konsens in wesentlichen Fragen. Den gibt es in der Frage der Atomkraft nicht, im Gegenteil haben Hunderttausende in den letzten Monaten den Dissens auf die Straße getragen. Ich bin sicher, dass die Anti-AKW-Bewegung dem Druck von oben auch Druck von unten entgegensetzen wird – bei der Großdemonstration am 18. September in Berlin und bei den Protesten gegen den Castor.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir von Biblis sprechen, dann sprechen wir über das Leben und die Gesundheit der Menschen in einer ganzen Region und darüber hinaus. Biblis ist der älteste und unsicherste Reaktor Deutschlands und liegt zudem in unmittelbarer Nähe zu einem Knotenpunkt des europäischen Luftverkehrs. Biblis kann nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert werden, und das birgt ein unkalkulierbares Risiko. Aber die Landesregierung sorgte sich bisher lieber um die angebliche „Verspargelung“ der Landwirtschaft durch Windräder als um die Risiken der Atomenergie; denn die Betreiber verdienen täglich 1 Million € an jedem abgeschriebenen Kraftwerk. Deshalb dürfen die trotz aller Risiken am Netz bleiben.

Fakt ist: Es gibt kein Endlager für radioaktive Abfälle. Auf dieses Problem hat weder die Atomlobby noch ihr parlamentarischer Arm eine Antwort gefunden. Sicher ist bei der Atomkraft nur das Risiko. Biblis wird nachweislich für

die Versorgungssicherheit überhaupt nicht benötigt. Deshalb muss Biblis endlich vom Netz gehen, damit – um es mit den Worten des Ministerpräsidenten zu sagen – der Mensch und nicht die Gewinne im Mittelpunkt stehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Jüngst erklärte der Fraktionsvorsitzende der CDU, Christean Wagner, die Union müsse eigene Überzeugungen auch gegen Vorbehalte in der Bevölkerung durchsetzen. Eine Orientierung an der aktuellen Mode sei falsch. Man müsse an der Kernenergienutzung festhalten, auch wenn sich eine breite Mehrheit der Bevölkerung dagegen ausspreche. Die jetzige Diskussion habe den Wähler verwirrt.

Herr Wagner, abgesehen davon, dass Sie in der Tat über jeden Vorwurf erhaben sind, sich an der aktuellen Mode zu orientieren, frage ich Sie: Was ist das für ein Demokratieverständnis? – Sie sagen, eine breite, aber verwirrte Mehrheit spreche sich gegen Atomenergie aus, und dass der CDU diese Mehrheitsmeinung völlig schnuppe sein sollte. – Das ist Ihr Demokratieverständnis, und das ist genau das Problem.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, es müsse Schluss damit sein, dass Ideologen einer Lösung der Vernunft im Wege stehen, dann kann ich das nur so verstehen, dass die Tage Christean Wagners als Fraktionsvorsitzender der CDU gezählt sind. Das könnten wir nur begrüßen, weil mit dem Abschied von fossilen Energieträgern auch der Abschied von Polit-Fossilien einhergehen muss.

(Beifall bei der LINKEN – Heiterkeit des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Ministerin – Frau Puttrich ist nicht da –, Ihre Vorgängerin hatte über eineinhalb Jahre Zeit, Konzepte für eine Energiewende vorzulegen. Aus dem Ministerium kam nichts: kein Gesetzentwurf, keine Initiativen, keine Vorstöße. Bisher hat das hessische Umweltministerium in erster Linie als Außenstelle von RWE und E.ON agiert und deren Profitinteresse über die Sicherheit der Bevölkerung gestellt.

Statt Musterland ist Hessen Schlusslicht beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir sind gespannt, ob von der neuen Ministerin mehr als von ihrer Vorgängerin kommt, was den dringend nötigen Umstieg auf erneuerbare Energien angeht. Sie ist ja in der glücklichen Position, dass es eigentlich nur besser werden kann; denn die Fußstapfen, in die sie tritt, sind von überschaubarem Ausmaß.

Die Landesregierung hat das Ziel ausgegeben, dass bis 2020 20 % der in Hessen verbrauchten Energie aus Erneuerbaren stammen sollen. Das ist kein ehrgeiziges Ziel. Das bleibt weit hinter dem zurück, was dringend notwendig wäre. Noch dazu haben Sie eine Nachhaltigkeitskonferenz ins Leben gerufen, die eine reine Showveranstaltung der Landesregierung ist.

Meine Damen und Herren, das ändert aber nichts daran, dass aus ökologischen und ökonomischen Gründen eine radikale Wende in der Energiepolitik notwendig ist. Durch Ihre Untätigkeit verschärfen Sie nur den Bruch, den nachfolgende Generationen irgendwann einmal vollziehen müssen, weil die Ressourcen endlich sind. Langfristig führt überhaupt kein Weg an einem Umstieg auf erneuerbare Energien vorbei.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Ministerpräsident, Sie nehmen gerne das Wort „Generationengerechtigkeit“ in den Mund und sprechen von der Verantwortung für kommende Generationen – dann ist aber Klimaschutz die Verpflichtung Nummer eins.

Liebe CDU-, liebe FDP-Fraktion: Ihr Problem mit Sonne und Wind ist, dass man beides nicht privatisieren kann. Das kann nicht einmal die FDP ernsthaft fordern, und genau das ist Ihr Problem damit.

Auch in der Verkehrspolitik müssen wir neue Wege gehen. Sie aber privilegieren den Flug- und Straßenverkehr, statt Konzepte zur Verkehrsvermeidung vorzulegen und endlich den öffentlichen Personen- und Güterverkehr auf der Schiene zur Priorität zu erheben.

(Beifall bei der LINKEN)

Neben dem Verkehr ist der Energieverbrauch der Gebäude einer der wichtigsten Faktoren. Sie aber wollen den Kommunen an dieser Stelle Möglichkeiten zur Durchsetzung des effektiven Klimaschutzes nehmen, anstatt das zu fördern.

Herr Ministerpräsident, leider haben Sie zu alledem nichts gesagt. Sie haben länger über den Sport in Hessen gesprochen als über diese drängenden Zukunftsaufgaben. Ich kann verstehen, dass Ihnen das Thema Sport angenehmer ist als das Thema Energiepolitik, wenn ich mir die energiepolitische Bilanz Ihrer Landesregierung ansehe. Ich meine aber, eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, über die sich die Menschen in Hessen Sorgen und Gedanken machen, hätte eine etwas größere Rolle in Ihrer Regierungserklärung spielen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben einen neuen Stil des fairen und konstruktiven Meinendens angekündigt. Meine Fraktion begrüßt es, dass Sie sich von den menschenverachtenden Parolen eines Thilo Sarrazin distanzieren haben. Denn seine Äußerungen sind unerträglich und rassistisch.

Herr Ministerpräsident, was aber ist mit Ihrem Fraktionskollegen, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hans-Jürgen Irmer? Der polemisiert immer wieder gegen Migranten und Muslime, und auch noch nach den jüngsten Äußerungen hat er sich hinter Thilo Sarrazin gestellt. Man kann nicht über Sarrazin schimpfen und zu Hans-Jürgen Irmer schweigen. Wenn Sie ernsthaft und glaubwürdig gegen die Hetzparolen eines Herrn Sarrazin vorgehen wollen, dann müssen Sie als Ministerpräsident und Vorsitzender der hessischen CDU als Erstes dafür sorgen, dass ein Herr Irmer keinen Platz mehr in Ihrer Fraktionspitze hat.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage mich: Wo ist in dieser ganzen Debatte eigentlich der Integrationsminister? Herr Hahn, der sich sonst ungefragt zu allem und jedem äußert, hält sich in dieser Debatte doch sehr bedeckt. Ich finde, es hätte dem hessischen Integrationsminister gut angestanden, wenn er sich vor die Musliminnen und Muslime in diesem Land gestellt hätte, wenn die derartig beleidigt und diffamiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber aus dem Ministerium kam dazu nicht eine einzige Pressemitteilung. Ich kann das nur darauf zurückführen, dass sich Herr Hahn mittlerweile schämt, dass er es war, der Thilo Sarrazin noch vor wenigen Monaten ins hessi-

sche Integrationsministerium eingeladen und ihm dort ein Podium geboten hat, um über Chancen und Grenzen der Integration zu diskutieren.

Ein Mann, der Muslime beleidigt, der über „Juden-Gene“ spricht und dem der Zentralrat der Juden den Eintritt in die NPD empfiehlt, durfte noch vor Kurzem über hessische Integrationspolitik mitdiskutieren. Herr Hahn, dazu kann man nur herzlichen Glückwunsch sagen – das sollte Ihnen allerdings wirklich peinlich sein.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Ministerpräsident, Sie sprechen von Integration und blenden dabei eines völlig aus: dass Integration vor allem eine soziale Frage ist.

Wenn Kinder mit Migrationshintergrund im Bildungssystem benachteiligt werden, wenn sie bei gleicher Leistung seltener eine Gymnasialempfehlung bekommen, dann liegt dort ein Kern des Problems. Wenn Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt benachteiligt sind und häufig zu niedrigeren Löhnen arbeiten müssen, dann liegt dort ein Kern des Problems.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie die Integration wirklich voranbringen wollen, dann setzen Sie sich doch dafür ein, dass ausländische Berufsabschlüsse in Hessen endlich anerkannt werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Tarek Al-Wazir und Ellen Enslin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist doch ein Skandal, wenn hoch qualifizierte Menschen zu Niedriglöhnen arbeiten, weil ihre Abschlüsse in Hessen nicht anerkannt werden. Natürlich passt das den Unternehmen teilweise ganz gut in den Kram.

Herr Ministerpräsident, Sie haben angekündigt, einen besonderen Schwerpunkt auf die Bildungspolitik legen zu wollen. Das wollte auch Ihr Vorgänger. Aber statt Bildungsland Nummer eins, wie es der ehemalige Ministerpräsident einst versprochen hatte, ist Hessen Schlusslicht bei den Bildungsausgaben im Vergleich zu den anderen Flächenstaaten. Trotzdem will die Landesregierung im nächsten Jahr bei den hessischen Schulen und Hochschulen 75 Millionen € kürzen. Meine Damen und Herren, damit sparen Sie die hessische Bildung weiter kaputt.

Bei der Kinderbetreuung lassen Sie die Kommunen bei der Umsetzung der Mindestverordnung im Regen stehen, anstatt alles daranzusetzen, die Betreuungsplätze nach Anzahl und in der Qualität zu erhöhen. Stattdessen schimpfen Sie auf Rheinland-Pfalz, weil die aus ihren Haushaltsmitteln Kitas ausbauen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU) geht zu Ministerpräsident Volker Bouffier.)

– Ich weiß nicht, ob letzte Anweisungen gegeben werden müssen. Auf jeden Fall ist das hier bei Ihnen stark frequentiert, Herr Bouffier.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Ich brauche keine Anweisungen, ich kann das ganz alleine! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er braucht keine Anweisungen?)

Meine Damen und Herren, es ist eine Frage der Prioritätensetzung: Wollen wir die frühkindliche Bildung fördern, oder wollen wir sie nicht fördern?

Sie kündigen an, Sie wollen das Betreuungsangebot bedarfsgerecht durch mehr Angebote, mehr Plätze, mehr Erzieher ausbauen. Derzeit aber werden in Hessen nur 5 % aller unter Dreijährigen ganztägig betreut. Auch hier liegt Hessen unter dem Bundesdurchschnitt.

(Beifall des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich frage Sie: Wie wollen Sie das Ziel der Bundesregierung einer Ganztagsbetreuungsquote von 30 % erreichen? Auch dazu haben Sie leider im Detail überhaupt nichts gesagt.

Die Finanzmisere in der Bildung wollen Sie jetzt an die Schulen abschieben, damit die den Mangel alleine verwalten. Wir halten Ihr Projekt der selbstständigen Schule in Wahrheit für das Projekt der alleingelassenen Schule.

(Beifall bei LINKEN)

Meine Damen und Herren, noch immer haben wir in Hessen zu wenige echte Ganztagschulen. Die Schulsozialarbeit wurde gestrichen. Noch immer führt die Einführung von G 8 zu Problemen an den Schulen. Viele Schülerinnen und Schüler leiden unter dem zunehmenden Druck und der Verdichtung des Unterrichts. Vielleicht ist G 8 ein Konjunkturprogramm für Nachhilfeanbieter, zumindest für diejenigen, die es sich leisten können, auf private Nachhilfeangebote zurückzugreifen, damit ihre Kinder den Stoff aus neun Jahren jetzt in acht lernen können.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Ich frage mich, ob Sie auch irgendetwas gut an dem finden, was ich vorgetragen habe!)

– Herr Ministerpräsident, hätten Sie mir ein wenig zugehört – ich dachte, ich stehe unter verschärfter Beobachtung; aber davon merke ich nichts –: An einer Stelle habe ich Sie gelobt. Aber das sage ich nicht noch einmal, das müssen Sie jetzt im Protokoll nachlesen.

(Beifall der Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Ministerpräsident Volker Bouffier: Das habe ich schon mitbekommen!)

Jetzt aber erklären Sie, Sie wollten die Durchlässigkeit des gegliederten Schulwesens weiter erhöhen.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie Ihre Bürgersprechstunde gleich hier abhalten, dann können wir direkt in den neuen Stil des kommunikativen Miteinanders eintreten.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt redet er einmal mit der Opposition, und dann ist es auch wieder nicht recht! – Ministerpräsident Volker Bouffier: Immer ist es falsch!)

Die Durchlässigkeit des hessischen Schulwesens ist doch spätestens seit der Einführung von G 8 obsolet. Herr Ministerpräsident, sagen Sie doch einmal: Wie viele Hauptschüler, wie viele Förderschüler kommen denn noch zu einem höheren Bildungsabschluss? Das ist ein verschwindend kleiner Teil. Trotzdem hält Ihre Regierung am dreigliedrigen Schulsystem fest – das sozial hoch selektiv ist.

Bildung ist in Deutschland wie in keinem anderen Industrieland abhängig von Einkommen und Bildungsgrad der Eltern.

Kinder aus armen Familien, Kinder mit Behinderungen und Kinder mit Migrationshintergrund sind vor allem durch die frühe Selektion besonders benachteiligt. Des-

halb brauchen wir längeres gemeinsames Lernen und eine Schule für alle Kinder.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, Sie wollen keine neuen Experimente, dann heißt das im Klartext, Sie wollen die Bildungsbenachteiligung dieser Kinder und Jugendlichen beibehalten. Das halte ich für grundfalsch.

Herr Ministerpräsident, ich frage mich auch: Wann setzen Sie die UN-Menschenrechtskonvention um und sorgen dafür, dass Kinder mit Behinderungen einen Anspruch auf den Besuch einer Regelschule haben? Und wann beginnen Sie, die Schulen personell und materiell so auszustatten, dass sie dieser Aufgabe auch gerecht werden können: durch kleinere Klassen und durch individuelle Förderung?

(Beifall bei der LINKEN)

Die Hessische Landesregierung behauptet, dass das Land Hessen in den letzten Jahren immer mehr Geld für die Bildung ausgegeben habe. Bei den Hochschulen brüstet sich die zuständige Ministerin – sie sitzt gerade hier –, dass die Mittel von 960 Millionen € im Jahr 1999 auf über 1,4 Milliarden € in diesem Jahr gesteigert wurden.

Die Zahlen sind aber nur die halbe Wahrheit; denn auch die Zahl der Studierenden hat sich deutlich erhöht. Auch die Kosten der Hochschulen sind gestiegen. Wenn man den Anstieg der Studierendenzahlen und die Inflation berücksichtigt und sich die Ausgaben pro Studierenden ansieht – das ist die entscheidende Größe –, dann ergibt sich ein anderes Bild. Dann ergibt sich, dass den Hochschulen im Jahr 2015 fast 20 % weniger Mittel pro Studierenden zur Verfügung stehen als noch im Jahr 1999. Was daran ein Erfolg der Bildungspolitik dieser Landesregierung sein soll, bleibt mir schleierhaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit dem Hochschulpakt bekommen die Hochschulen weniger Geld, müssen aber mehr Studierende ausbilden.

Herr Ministerpräsident, Sie sagten, Sie hätten den Hochschulpakt „gemeinsam“ mit den Hochschulen beschlossen, um eine verlässliche Grundlage zu garantieren. Ich stelle fest, als Träger des „Big Brother Award“ beherrschen Sie Neusprech. Denn von „gemeinsam“ kann an dieser Stelle überhaupt keine Rede sein. Sie haben die Hochschulen erpresst. Die haben sich gegen die Kürzungen gewehrt, und es gab eine Protokollnotiz, dass die Mehrheit der Hochschulpräsidien diese Vereinbarung ablehnt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Hochschulen haben vollkommen recht; denn die Aufgaben sind schon jetzt nicht zu bewerkstelligen. Ab 2012 kommen die sogenannten Doppeljahrgänge an die Hochschulen wegen der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit durch G 8.

Meine Damen und Herren, angesichts dessen gibt es nur zwei realistische Szenarien: entweder drastische Zulassungsbeschränkungen oder eine weitere Verschlechterung in der Ausbildung. Ich unterstelle Ihnen: Sie kürzen auch deshalb an den Hochschulen, weil Sie das Ziel verfolgen, die Studiengebühren wieder einzuführen, weil Ihnen bis heute stinkt, dass eine rot-rot-grüne Mehrheit sie 2008 abgeschafft hat.

Weiterhin treiben Sie die Differenzierung in Elite- und Masseinrichtungen voran. Die Privatisierung im Bildungsbereich schreitet voran. Die Landesregierung spart zwar bei den öffentlichen Schulen und Hochschulen, aber für die private European Business School haben Sie 30 Millionen € übrig. Die Hälfte davon geht in die Tiefgarage für die European Business School hier in Wiesbaden. Das ist wirklich eine „tolle“ Form der Bildungsinvestition.

Herr Rentsch ist gerade nicht da. Ich wollte es eigentlich nicht ansprechen, aber nachdem er in seiner Rede diese Ode an die Elite angestimmt hat, kann ich nicht umhin, darauf hinzuweisen, was denn der Dank dieser sogenannten Elitestudenten ist. Sie haben am Wochenende ihren Dank zum Ausdruck gebracht und sich bei einem an der EBS offensichtlich üblichen Aufnahmerritual derartig betrunken, dass Anwohner die Polizei gerufen haben, die dann samt Hubschrauber sechs Stunden lang im Einsatz war, um diese sogenannten Elitestudenten aus den Weinbergen von Oestrich-Winkel wieder herauszuholen und sie zur Ausnüchterung ins Krankenhaus zu bringen. Tolle Elite, Herr Rentsch, davon brauchen wir wirklich mehr.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo hat Herr Rentsch noch gleich studiert?

Meine Damen und Herren, auch in Hessen steigen die Zahlen der Schüler an Privatschulen. Menschen, die es sich leisten können, bezahlen für bessere Bildung und bessere Bedingungen für ihre Kinder, während an öffentlichen Schulen Lehrermangel herrscht und die Klassen zu groß sind. Das halten wir für eine fatale Entwicklung.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, wer gesellschaftliches Engagement fordert, der muss den Menschen auch politische Mitsprache einräumen. Hessen hat die höchsten Hürden für Volksbegehren, was direkte Demokratie faktisch verhindert. Sie haben heute ein paarmal das Volksbegehren von Hamburg hochgejubelt. Das wäre in Hessen bei den hier geltenden Hürden überhaupt nicht möglich gewesen. Auch Ihr aktueller Gesetzentwurf, den Sie dazu eingebracht haben, ist vor allem von der Angst vor dem Bürger geprägt.

Herr Ministerpräsident, Sie loben das Land Hessen dafür, dass es bei den extremistisch motivierten Straftaten gut dastehe, wobei ich den Satz ein bisschen doppeldeutig finde, aber gut. Ich hätte wenigstens ein paar Worte zu der Zunahme von rechtsradikaler Gewalt und der Aktivitäten von Neonazis erwartet, die wir in Hessen beobachten können. Herr Ministerpräsident, vor allem hätte ich gerne gehört, was die Landesregierung dagegen zu tun gedenkt.

Bei Farbschmierereien an Ihrer eigenen Kanzlei kommt ein mobiles Einsatzkommando zum Einsatz. Aber was ist mit den Menschen in Hessen, die von Neonazis bedroht werden?

(Zuruf des Abg. Hugo Klein (Freigericht) (CDU))

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Meine Herren, provozieren Sie mich nicht. Ich habe noch 27 Minuten und 25 Sekunden Redezeit. Provozieren Sie mich nicht, das auszuschöpfen.

(Heiterkeit bei der LINKEN – Peter Seyffardt (CDU): Das ist eine Drohung! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die verstehen nur Spaßpädagogik! Jetzt noch zehn Minuten!)

Die Regierungserklärung war überschrieben mit den Worten „Gemeinsam für ein starkes Hessen“. „In Hessen nichts Neues“ hätte meiner Meinung nach besser gepasst. Herr Ministerpräsident, Ihre Regierungserklärung gibt keine Antworten auf die drängenden Fragen in Hessen. Ihr Kabinett ist auch nicht, wie angekündigt, jünger oder weiblicher geworden. Denn auch ein paar jüngere Staatssekretäre können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ideen dieser Regierung von vorgestern sind. Sie servieren alten Wein in noch älteren Schläuchen.

(Zuruf des Ministers Boris Rhein)

– Sie fühlen sich offensichtlich angesprochen, Herr Rhein.
– Das spricht nicht für Ihre Regierung, aber vor allem ist es ein Problem für die Menschen in Hessen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Boris ist alter Rhein in alten Schläuchen!)

Herr Ministerpräsident, Sie sprechen von einem neuen Miteinander, auch hier im Haus. Aber Sie sagen weder, was Sie anders machen wollen, noch, was vorher falsch gewesen ist und was Ihr Vorgänger falsch gemacht hat. Sie wollen einen neuen Stil prägen und Angebote machen. Herr Ministerpräsident, das wäre in der Tat ein Bruch mit dem Stil des bisherigen Ministerpräsidenten, aber auch mit der Arbeitsweise des bisherigen Innenministers. Denn auch Sie, Herr Bouffier, standen in der Vergangenheit eher für Ausgrenzung als für Zusammenarbeit, und das sowohl innerhalb dieses Parlaments als auch außerhalb.

Deshalb sehen wir auch durch diese Regierungserklärung kein Zeichen des Aufbruchs oder der Erneuerung. Auf Koch folgt sein Kellner, und die Rezepte bleiben die alten.

DIE LINKE wird Opposition sein gegen diese Regierung, und ich bin sicher: Schwarz-Gelb braucht sowohl auf Landesebene als auf Bundesebene Druck und einen heißen Herbst gegen die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke, gegen Sozialabbau und gegen diese Sparpolitik auf Kosten der Schwachen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Vorsitzende der Fraktion der CDU, Herr Dr. Wagner. Bitte schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zunächst einmal auch namens meiner Fraktion sehr herzlich unserem Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier danken. Ich danke ihm für seine wegweisende Rede,

(Lachen bei der SPD und der LINKEN)

die unter der Leitlinie gestanden hat, in der seine Arbeit weiterhin stehen wird: Kontinuität und Fortschritt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, beides ist ein wichtiger Maßstab für ein verantwortliches Handeln im Interesse unserer Bürger und im Interesse unseres Landes.

Kontinuität. Wir werden den vor 18 Monaten eingeschlagenen Kurs fortsetzen. Mein Kollege Florian Rentsch hat völlig zu Recht darauf hingewiesen: Wir sind als FDP und CDU für unsere Wahlprogramme gewählt worden, und wir haben mit diesen Programmen eine demokratische Mehrheit bekommen. Deshalb haben wir die Verpflichtung, in dieser Legislaturperiode das umzusetzen, was wir vorher den Bürgern versprochen haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb ist es schon ein bisschen absurd, wenn die Opposition immer wieder sagt: Jetzt müsst ihr euch erneuern – so, als ob wir uns am besten programmatisch und thematisch SPD und GRÜNEN angleichen sollten. Dann würden Sie möglicherweise mit uns zufrieden sein. Aber auch dann würden Sie noch ein Haar in der Suppe finden.

Nein, wir bleiben uns programmatisch treu. Wir bleiben bei dem, was wir den Bürgern gesagt haben, und werden auf der Grundlage unserer Koalitionsvereinbarung Schritt für Schritt im Interesse der Zukunft unseres Landes unsere Maßnahmen umsetzen. Das ist unsere Linie.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Kontinuität und Fortschritt, das heißt zunächst einmal Beständigkeit in Bewährtem und im Erfolg. Wir sind schon ein Stückchen stolz auf das, was die Landesregierung, von FDP und CDU gestellt, in den letzten 18 Monaten geleistet hat. Ich will nur wenige Sätze im Rahmen einer Zwischenbilanz vortragen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Mehr gibt es dazu auch nicht zu sagen!)

– Ich könnte Ihnen stundenlang vortragen, aber ich glaube, dass Ihnen das nicht gefallen würde, weil Sie die Wirklichkeit nicht wahrnehmen wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Frau Wissler, ich muss sagen: Ich habe selten eine so junge Sozialistin erlebt, die so engagiert für ein veraltetes System eintritt, wie Sie es tun.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich erinnere an die Bildung. Wir haben – das hat der Ministerpräsident bereits vorgebracht – weit über 6.000 neue Lehrerstellen geschaffen. Der Unterrichtsausfall ist abgeschafft.

Ich will noch einmal ausdrücklich an Ihre Adresse sagen, Frau Kultusministerin – ich weiß es aus eigenem Erleben –: Das ist ein hervorragender Beginn dieses Schuljahres gewesen. Das ist neben erfolgreicher Politik auch ein riesiger Organisationsaufwand. Man muss über 55.000 Lehrer in die richtigen Klassen und Fächer einteilen. Deshalb mein Respekt, meine Anerkennung. Das haben Sie ganz prima gemacht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung und diese Koalition von FDP und CDU haben in diesen 18 Monaten unter anderem auch die richtige Antwort auf die Frage gegeben: Wie geht es mit der Hauptschule weiter, und wie geht es mit den Schulen im ländlichen Raum weiter, wo wir immer geringere Schülerzahlen haben? Die Antwort: mit unserer Mittelstufenschule. Auch das war

eine ganze Menge an Arbeit, an Diskussionen mit Verbänden und in den Arbeitskreisen. Auch hier können wir ein ganzes Stück stolz sein.

Wir sind stolz auf die super Aufklärungsquote von 58 % der Verbrechensbekämpfung. Das ist mehrfach angesprochen worden, aber da uns die Opposition ja nicht lobt, müssen wir als Regierungspartei uns wenigstens loben. Das werden wir auch weiterhin tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, in diesen 18 Monaten haben wir ein riesiges Konjunkturprogramm von 1,7 Milliarden € ins Leben gerufen, mit dessen Hilfe wir dazu beigetragen haben, dass unter anderem der Mittelstand weiterhin über Aufträge verfügen konnte, dass Arbeiter und Angestellte oder Handwerker nicht entlassen wurden, sondern weiterhin in Brot und Geld blieben und weiterhin ihre eigenen Familien ernähren konnten. Auch da haben wir nicht etwa mit linker Hand Geld ausgegeben, sondern mit kluger Bedachtsamkeit und Planung dafür Sorge getragen, dass Arbeitsplätze in unserem Lande erhalten bleiben.

Meine Damen und Herren, ich will auch ausdrücklich etwas zur Integrationspolitik sagen. Zu Recht ist von meinem Kollegen Florian Rentsch Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn gelobt worden. Er hat hier in seiner bisherigen Amtszeit zusätzliche Akzente gesetzt. Verehrter Herr Kollege Hahn, ausdrücklich Respekt und Anerkennung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Minister Hahn, Sie werden allerdings Verständnis dafür haben, dass ich als Vertreter der CDU-Fraktion darauf hinweise, dass es Integrationspolitik auch schon in den Jahren davor in diesem Lande unter der Regierung Roland Koch gegeben hat. Ich sage das mit einem gewissen Stolz.

(Holger Bellino (CDU): Richtungweisend!)

Ich erinnere an den Integrationsbeirat, ich erinnere an die Integrationskonferenz, die Jörg-Uwe Hahn jetzt ins Leben gerufen hat, ich erinnere an die Modellregion Integration; das ist Ihr Modell. Meine Damen und Herren, ich erinnere daran, dass wir erhebliche zusätzliche Mittel in die Integrationspolitik hineingegeben haben. Ich erinnere an die Deutschkurse für Kinder im Vorschulalter, an Einbürgerungstests, die der Ministerpräsident bereits heute Nachmittag angesprochen hat. Wir haben hier in den letzten Jahren und nicht erst in den letzten 18 Monaten eine ganze Menge auf den Weg gebracht.

Ich will das noch einmal sagen: Ich weiß nicht, ob Sie sich noch daran erinnern können, als der Hessische Innenminister Volker Bouffier bundesweit federführend für die Einbürgerungstests geworben hat, welchen Widerständen er da begegnet ist. Zwangsgermanisierung usw. wurde uns vorgehalten, meine Damen und Herren. Heute sind sich alle einig, dass dieser Weg des damaligen Innenministers Volker Bouffier erfolgversprechend und der richtige Beitrag zu einer verantwortlichen Integrationspolitik ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich könnte darauf hinweisen, dass wir bei der frühkindlichen Bildung Riesenfortschritte gemacht haben. Ich erinnere daran, dass wir in den letzten 18 Monaten neue und zukunftsweisende Gesetze auf den Weg gebracht haben: das HSOG, das Nichttraucherschutzgesetz, ein erstes Pa-

ket der Dienstrechtsreform, die Familienkarte, das Energiekonzept für 2020 und vieles andere mehr.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang damit will ich auch daran erinnern, dass diese Koalitionsregierung eine Konferenz zur Sicherung von Nachhaltigkeit ins Leben gerufen hat. Das ist ein Quantensprung gewesen, den ich an dieser Stelle in besonderer Weise betonen will.

An diese erfolgreiche Bilanz werden wir anknüpfen; es ist ja erst eine Zwischenbilanz. Wir setzen deshalb unsere Arbeit in Kontinuität und mit Erfolg fort. Wenn Sie so wollen, meine Damen und Herren: Das hochmoderne und erprobte Schiff bleibt, der Kapitän und ein Teil der Mannschaft sind neu.

Meine Damen und Herren, Beständigkeit im Arbeiten schließt ausdrücklich neue Akzente ein. Fünf neue Ressortchefs, vier neue Staatssekretäre sorgen für neue Ideen und zusätzliche Energie. Ich finde, dass Ministerpräsident Bouffier Antworten auf Herausforderungen der Zukunft gegeben hat, wie er es heute Nachmittag hier vor dem Plenum vorgetragen hat.

Schuldenbremse. Meine Damen und Herren, da sind wir uns, jedenfalls die beiden Oppositionsfraktionen SPD und GRÜNE auf der einen Seite und die beiden Koalitionsfraktionen FDP und CDU auf der anderen Seite, wahrscheinlich im Grundsatz einig: Es muss einen Paradigmenwechsel in unserer Ausgaben- und Verschuldenspolitik geben. Wir haben in der Vergangenheit als Politiker – das sage ich parteiübergreifend – immer geglaubt, dass wir durch Wahlgeschenke auch Wähler gewinnen können. Ich sage Ihnen, dass die Wähler und Bürgerinnen und Bürger heute eindeutig klüger sind als ein Teil der Politik. Sie sagen: Bevor ihr über Steuererleichterungen nachdenkt, saniert bitte zunächst einmal euren Staatshaushalt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Sagen Sie das doch einmal der FDP!)

Das ist die Priorität Nummer eins. Deshalb treten FDP und CDU mit großem Engagement dafür ein, dass die Schuldenbremse auch Aufnahme in unsere Hessische Landesverfassung findet.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind uns einig – das hat Herr Al-Wazir völlig zu Recht vorgetragen –: Eine höhere Zinsbelastung in einem Haushalt vermindert die Gestaltungsfähigkeit der Politik, vermindert die Gestaltungsfähigkeit in den unterschiedlichsten Bereichen, unter anderem auch in der Sozialpolitik. Ich glaube, diesen Gesamtzusammenhang muss man immer wieder sehen, und man darf ihn nicht außer Acht lassen.

Ich will aber hinzufügen, lieber Herr Al-Wazir: Sie haben die Schulden, die im Lande Hessen in den letzten Jahren entstanden sind, hier noch einmal vorgetragen. Ich möchte Sie aber auch daran erinnern, damit wir in unserer Argumentation schlüssig bleiben, mit welcher Heftigkeit Sie damals die „Aktion sichere Zukunft“ bekämpft haben. Wenn wir die „Aktion sichere Zukunft“ nicht gehabt hätten, hätten wir heute 3 Milliarden € mehr Schulden. Das ist auch die Wahrheit. Ich glaube, auch das gehört zur Gesamtdiskussion dazu.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir, die zwei genannten Oppositionsfraktionen und die Regierungsfaktionen, sind uns alle einig, dass wir nicht zulasten unserer Kinder und Enkel Ausgabenpolitik betreiben dürfen. Ich verstehe jetzt bei der Frage der Um-

setzung einer Verfassungsänderung nicht, Herr Al-Wazir, wie Sie vorhin sagen konnten, wir von FDP und CDU dürften hier aber nicht konfrontativ vorgehen. Ich sage Ihnen: Daran haben wir bei einer Verfassungsänderung auch kein Interesse. Deshalb sind Herr Kollege Rentsch und ich nicht nur pro forma auf Sie wie auch auf Herrn Schäfer-Gümbel zugekommen und haben ausdrücklich angeboten, dass wir auf der Grundlage unseres Gesetzentwurfes miteinander sprechen und möglicherweise auch verhandeln und möglicherweise zum Schluss einen Kompromiss finden, in dem auch Sie sich wiederfinden können, also nicht Konfrontation, sondern Kooperation. Deshalb nehmen Sie uns bitte unseren guten Willen hier auch ab.

Meine Damen und Herren, ich finde, einer der besonders bemerkenswerten Punkte in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ist sein kommunaler Schutzschirm. Das hätten viele Oppositionelle Volker Bouffier nicht zgetraut, weil sie uns seit Monaten beschimpft haben. Sie haben seit Monaten gesagt, wir würden Sanierung zulasten der Kommunen betreiben.

(Günter Rudolph (SPD): Haben Sie ja auch!)

Genau das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): 360 Millionen €!)

Meine Damen und Herren, ein Großteil der hier anwesenden FDP- und CDU-Landtagsabgeordneten sind auch ehrenamtliche Kommunalpolitiker, und wir sind nicht schizopren. Wir wollen gleichzeitig dem Land und den Kommunen dienen, weil sich beides nicht gegenseitig ausschließt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Ministerpräsident, ich finde Ihre Überlegungen zu einer Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ sehr bemerkenswert. Da haben Sie die ausdrückliche Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion. Ich will einmal ein Beispiel herausgreifen, wie man sich das vorstellen kann. Sie haben gesagt, das wird nicht von oben verordnet, sondern es wird bürgerschaftliches, ehrenamtliches, freiwilliges Engagement gefördert. Wir haben so eine Bürgerinitiative – nicht nur eine –, nämlich die freiwillige Feuerwehr. Das ist eine staatliche, eine hoheitliche Aufgabe.

(Günter Rudolph (SPD): Kommunal denken!)

Meine Damen und Herren, diese staatliche, hoheitliche Aufgabe, die mit Landesmitteln erheblich gefördert wird, wird von einem großen Heer von Männern und Frauen im Lande Hessen geleistet. Das ist nicht selbstverständlich. In diese Richtung denken wir, dass wir auch in anderen Bereichen zusätzliche Bürgerinnen und Bürger gewinnen können, die in diesem Sinne für unser Gemeinwesen und damit für uns alle arbeiten und sich einsetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, einige wenige Sätze zur Bildungspolitik. Ich will zunächst einmal in aller Ruhe darauf hinweisen, dass es unter dieser Regierung ein liberales und tolerantes Schulsystem gibt. Warum? Weil neben dem von uns präferierten Schulsystem des gegliederten, differenzierten Angebots auch integrierte Gesamtschulen weiterhin ihre Existenzberechtigung haben. Wir sind hier tolerant. Wir wollen nicht unsere Überzeugungen zum alleinigen Maßstab der Bildungslandschaft in Hessen machen. Wir wollen auch denjenigen Raum geben, die anders

denken. Wir haben ihnen Raum gegeben, und wir werden ihnen auch weiterhin Raum geben. Schon das unterscheidet uns von einigen Überlegungen aus Teilen der Opposition.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Verehrter Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben sozusagen auf Augenhöhe mit dem Ministerpräsidenten denselben zu einer zentralen Konferenz eingeladen, wahrscheinlich in Ihrer Parteizentrale, um unter anderem über das Schulgesetz zu sprechen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich habe ihn als Fraktionsvorsitzender eingeladen, da lade ich nicht in die Parteizentrale ein!)

– Sie haben es vielleicht auch als Fraktionsvorsitzender getan. Jetzt wollen wir uns nicht im Einzelnen über Knigge unterhalten. – Ich will nur einmal der Öffentlichkeit und dem Plenum sagen, was in Ihrem Schulgesetzentwurf steht. Nur einige wenige Punkte:

Erstens. Einführung einer Einheitsschule. Meine Damen und Herren, jetzt fängt er wieder mit dieser Strukturpolitik an. Die Genossen können es seit Jahrzehnten nicht lassen, immer wieder unsere Schullandschaft umpflügen zu wollen, gegen den Willen der Menschen. Da werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Bouffier, ist das der neue Stil?)

Zweitens. Das finde ich auch ganz hübsch, das wirft die Bildungslandschaft nicht um: Verzicht auf Ziffernnoten soll künftig möglich sein.

Drittens. Kein Sitzenbleiben. – Alles alte Ladenhüter, die wir schon vor 20 Jahren aus Ihrem Munde gehört haben.

Viertens. Das nehme ich sehr ernst: Wiedereinführung des Unterrichts in der Herkunftssprache. – Ich dachte, das hätten wir überwunden, indem wir unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und deren Kindern sagen: Ihr müsst zunächst Deutsch lernen, ihr müsst in den Schulen Deutsch lernen, und wenn ihr das könnt, dann können wir darüber nachdenken, dass sie auch die Sprachen aus ihren Herkunftsländern als Zweitsprache erwerben.

Herr Schäfer-Gümbel, hier sind Sie auf dem Holzweg, und wir werden Ihnen nicht auf den Leim gehen. Es war in den letzten zehn Jahren großer gesellschaftspolitischer Konsens geworden, dass die Unterrichtssprache in unseren Schulen Deutsch ist und keine andere.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Ohne Muttersprache lernen sie keine andere Sprache!)

Meine Damen und Herren, ich will schon noch einmal darauf hinweisen: Wir alle haben Anlass, immer wieder aus der Politik und aus Fehlentwicklungen zu lernen – alle. Da beziehen auch wir uns selbstkritisch ein. Aber wenn ich an Hamburg denke, muss ich schon daran erinnern, dass es dort nicht nur die schwarz-grüne Regierung war, die durch einen Volksentscheid erheblichen Schaden erlitten hat, sondern dieser Volksentscheid zur Abschaffung eines gegliederten Schulwesens in Klasse 5 und 6 ist massiv von Ihrer Partei unterstützt worden, Herr Schäfer-Gümbel. Also wenn es schon Verlierer gab, dann war es nicht nur Schwarz-Grün, dann war es Rot gleichzeitig mit.

Da können Sie sich nicht aus der Verantwortung herausstehlen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Meine Damen und Herren, einige Worte zur Energiepolitik. Wir bleiben bei dem Grundsatz, der doch eigentlich ideologiefrei ist, dass die Energieerzeugung möglichst klimafreundlich, möglichst kostengünstig, also bezahlbar, und außerdem möglichst unabhängig sein soll. Ich glaube, dagegen kann man nichts haben. Das ist auch nicht Ausfluss besonderer Ideologie irgendeines Parteiprogramms, sondern das ist einfach die wahre, die reine Vernunft.

(Lachen der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Frau Wissler, Sie habe ich noch niemals zu denjenigen gezählt, die sich besonders hervorgetan haben, was die Vertretung von Vernunft angeht. Deshalb gehe ich verhältnismäßig wenig auf Ihre absurden Argumentationen ein. Aber ich wende mich an die beiden anderen Fraktionen in der Opposition.

Deshalb glauben wir als Union ganz unideologisch

(Lachen des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

– das ist etwas Pragmatisches, etwas Nachdenkliches –, dass ein Energiemix für uns in unserer gegenwärtigen Situation das Beste ist. Was meinen wir mit dem Energiemix? Wir meinen, dass wir die erneuerbaren Energien ausbauen wollen, obwohl es auch dort Probleme gibt. Die dürfen wir nicht kleinschreiben. Es gibt Probleme bei der Entwicklung meiner Speichersysteme, und es gibt auch Probleme bei den Kosten. Es gibt in einem Mittelgebirgsland wie Hessen das Problem, dass nicht so viel Wind weht wie z. B. in Niedersachsen oder offshore. Das alles muss mit berücksichtigt werden.

Auf der anderen Seite sagen wir Ja zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Warum?

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Weil die Konzerne Geld verdienen wollen, ganz einfach!)

Erstens weil die friedliche Nutzung der Kernenergie die kostengünstigste Energieform ist, zweitens weil sie kaum CO₂ erzeugt

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

– ich habe gesagt: kaum –, drittens weil sie uns insgesamt verhältnismäßig unabhängig macht.

Herr Al-Wazir, lassen Sie mich hier auch einiges an Ihre Adresse sagen. Sie sagen, dass der Kompromiss vom Sonntag, von vorgestern, Einzelinteressen bediene.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Dem kann ich aus folgenden Gründen nicht folgen.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist Ihr Problem!)

Erstens. Ich glaube, dass die Möglichkeit, dass neben erneuerbaren Energien auch Kernenergie weiterhin ein wichtiger Bestandteil unserer Stromerzeugung ist, einem Millionenheer von Stromkunden nützt. Sie müssen einmal unter dem Preis Gesichtspunkt sehen, dass Millionen von Stromkunden davon abhängig sind, was Strom kostet.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Zweitens. Es geht auch um den Wirtschaftsstandort Deutschland und damit um Arbeitsplätze.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): In Gorleben!)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns nicht nur innerhalb der Europäischen Union, sondern international in einem Wettbewerb, auch in einem Kostenwettbewerb. Bei nicht wenigen produzierenden Firmen und Unternehmungen sind die Energiekosten ein wichtiger Betriebskostenbestandteil. Aus diesen Gründen glauben wir, dass es vernünftig ist, die friedliche Nutzung der Kernenergie weiterhin zu betreiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will nur am Rande erwähnen, dass so, wie ich es eben vorgetragen habe, fast alle Staaten der Welt denken und handeln.

(Manfred Görig (SPD): Lächerlich!)

Meine Damen und Herren, Sie sind mit Rot-Grün im Augenblick die Geisterfahrer auf der Autobahn. Es kommen Ihnen Dutzende von Fahrern entgegen, und Sie glauben, dass die alle Geisterfahrer seien. Da müssen Sie ein bisschen umdenken im Hinblick auf die Realitäten in unserer Welt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie meinen, sich ein Beispiel am Iran nehmen!)

Ich will aber Folgendes hinzufügen, damit das klar und deutlich ist: FDP und CDU waren immer für die friedliche Nutzung der Kernenergie, auch bevor Rot-Grün den Ausstieg beschlossen hat. Da sind wir immer konsequent und glaubwürdig geblieben.

Ich will mich gegen eines verwehren. Herr Al-Wazir, ich finde das intellektuell nicht ganz in Ordnung. Sie machen Stimmung gegen die Kernenergie. Das ist Ihr Programm, das müssen wir hinnehmen. Aber Sie vermengen diese Stimmungsmache gegen die Kernenergie mit einer Stimmungsmache gegen die Oligopole. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Zu Letzteren verweise ich darauf, dass wir einen Wirtschaftsminister Dr. Alois Rhiel hatten, der in dieselbe Richtung argumentiert hat, der auch bei der Energieerzeugung mehr Wettbewerb haben wollte. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

(Manfred Görig (SPD): So einen Schwachsinn zu erzählen!)

Man sollte die Vorbehalte gegenüber Oligopolen, die man teilen kann, nicht mit Vorbehalten gegenüber der friedlichen Nutzung der Kernenergie vermengen. Auch das muss aus Gründen der Wahrhaftigkeit hier gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will ein Letztes sagen; das macht mich etwas besorgt. Wenn man sich zum Schluss mit demokratischen Mehrheiten nicht durchsetzen kann, z. B. bei der Energiepolitik, weil man die Mehrheit im Parlament nicht bekommen hat, weder im Bundsparlament noch im hessischen Landesparlament, dann ist es keine Alternative, anschließend auf die Straße zu gehen und außerparlamentarische Opposition zu spielen. Das ist eines Demokraten nicht würdig, und das beschädigt das Ansehen unserer Demokratie.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unglaublich! – Weitere Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Deswegen werde ich mit aller Macht dafür eintreten, dass so etwas in unserem Staat nicht passiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sind auf dem Boden der Verfassung! – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, am Ende meines Auftritts will ich noch auf Stilfragen zu sprechen kommen. Der Ministerpräsident Volker Bouffier hat ausdrücklich ein Angebot gemacht. Er hat gesagt, dass er – ich sage es mit meinen Worten – die politische Auseinandersetzung, die politische Diskussion versachlichen will und dass nicht die Konfrontation bereits ein Wert an sich ist. Ich glaube, das ist ein guter Weg, um Argumente unter Demokraten auszutauschen – im vollen Wettbewerb der unterschiedlichen Lösungswege. Davon lebt Demokratie: vom Wettbewerb, von den unterschiedlichen Angeboten und Programmen. Aber ich glaube, dass Stil auch ein bisschen Inhalt sein kann. Wenn nämlich der Stil nicht stimmt, kann es den Inhalt verderben. Deshalb möchte ich mich ausdrücklich bei Herrn Ministerpräsidenten Volker Bouffier dafür bedanken, dass er hier mit seiner Regierungserklärung ein Zeichen gesetzt hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Schäfer-Gümbel, ich will Sie aber in aller Ruhe darauf hinweisen, dass Sie diesen Stil in den letzten Monaten mitnichten beachtet haben. Ich will Ihnen einige Beispiele bringen. Ich fange mit einem Beispiel an, das mich damals auch wirklich persönlich berührt hat. Hier stand der Ministerpräsident Roland Koch in seiner letzten Rede. Sie haben ihn, nicht mit guten Gründen, wie ich finde, aber was die Rolle angeht, legitimerweise politisch bekämpft. Das ist Demokratie.

Ich finde aber, wenn sich ein Mann elf Jahre lang für dieses Land aufgeopfert hat, mit Zielen, die Sie nicht teilen, dann muss man eigentlich so souverän sein und so viel Stil haben, dass man ihm am Ende seiner Rede in seiner letzten Landtagssitzung auch Respekt und Anerkennung zollt und ihm nicht zuruft: „Spalter“, „Flucht aus der Verantwortung“, „Scherbenhaufen“. Das ist kein Stil.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Heute haben Sie, weil es demokratischen Gepflogenheiten entspricht, angekündigt, dass Sie dieser Regierung 100 Tage geben. Danach wollen Sie erste Bilanz ziehen. Das ist üblich. Herr Schäfer-Gümbel, dazu passt es aber nicht, wenn Sie in den letzten Tagen und Wochen sagen, Herr Bouffier sei ein Konkursverwalter, er sei der Skandalminister Nummer eins, er sei Ausdruck der Verbrauchtheit der CDU, er sei Vollstrecker von Roland Koch, und Sie erwarten von der neuen Regierung unter Bouffier gar nichts. Das ist aus meiner Sicht nicht der Stil, der uns weiterführt. Geben Sie dieser Regierung doch einmal ohne Polemik, ohne Beschimpfung 100 Tage lang eine Chance. Nach diesen 100 Tagen können wir gerne wieder eine Grundsatzdebatte führen. Aber dieses ins Persönliche Gehende ist nichts, was uns in der Diskussionskultur in diesem Hause weiterführt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich denke, dass wir am Ende dieser sehr umfassenden Debatte, in der jede Fraktion ihre besonderen Akzente gesetzt hat, sagen können: Es war eine sehr grundlegende, wesentliche Probleme unserer Zeit ansprechende Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten Volker Bouffier. Auf dieser Grundlage können wir alle miteinander diskutieren, mit unterschied-

lichen Ansätzen. Es ist aber ein Riesenangebot im Inhalt und im Stil.

Meine Damen und Herren, ich sagte bereits, dass die Demokratie vom Wettbewerb lebt, vom Wettbewerb um die besten Inhalte, aber auch um einen richtigen, angemessenen Stil, weil Stil am Schluss zum Inhalt werden kann. Der neue Ministerpräsident hat in seiner Rede für dieses Land und für die Bürgerschaft eine Kultur des Miteinanders angemahnt. Ich denke, wir sollten dieses Angebot ausdrücklich aufgreifen. Wir können auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP mit großer Zuversicht in die Zukunft blicken. Die CDU/FDP-Koalition funktioniert in Hessen. Sie funktioniert politisch, sie funktioniert menschlich, und wir haben wechselseitiges Vertrauen. Ich sage das durchaus mit der Betonung „in Hessen“, weil ich damit einen kleinen selbstkritischen Ton in Richtung unserer Bundeshauptstadt gesendet wissen will.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir wollen weiter gemeinsam für die Bürger unseres Landes arbeiten. Wir haben ein solides und sehr belastbares Fundament gelegt. Dieses Fundament ist mit der heutigen Regierungserklärung des Ministerpräsidenten erweitert worden. Auf diesem Fundament lässt sich Zukunft bauen, Zukunft für das Land Hessen und seine Bürger. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Schäfer-Gümbel.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, weil Herr Dr. Wagner versucht hat, einen Ausgleich zu finden zwischen notwendiger Zuspitzung als Sprecher der Regierungsfraktion auf der einen Seite und der neuen Tonlage des Ministerpräsidenten auf der anderen Seite. Ich habe vorhin schon gesagt: Die Tonlage höre ich wohl. Mir fehlt noch ein bisschen der Glaube daran, dass das in der Sache ernst gemeint ist. – Ich habe versucht, das an verschiedenen Themen festzumachen.

Sie haben eine Bemerkung gemacht, die ich aufnehmen muss: Ihre Einlassung zur Bildungspolitik. Über Atom

und über die Frage, ob es ein Demonstrationsrecht gibt oder nicht, auch unter Demokraten, diskutiere ich heute Abend nicht mit Ihnen. Aber als Sie Ihre Bemerkung zur Bildungspolitik gemacht haben, haben Sie im Prinzip dasselbe versucht, was Herr Irmer schon am Freitag gemacht hat. Sie haben das Gesprächsangebot konterkariert, indem Sie gleich die ideologische Linie nach oben gefahren haben: sozialistische Einheitsschule würde jetzt im Gesetz stehen. – Wir haben ein paar Vorstellungen, wie Bildung sein muss.

Es stellt sich die Frage, ob das, was der Ministerpräsident heute in 90 Minuten erklärt hat, Substanz hat. Deswegen will ich wissen, ob die Bemerkungen Ihres Fraktionsvorsitzenden bedeuten, dass Sie die Einladung des Fraktionsvorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion ablehnen. Oder werden Sie an Gesprächen teilnehmen? Denn die Bemerkungen von Herrn Wagner waren in der Substanz nur so zu lesen, dass Gespräche mit uns, möglicherweise sogar noch in unserer Parteizentrale – Herr Wagner, Sie haben sie ja jetzt kennengelernt –, nicht stattfinden, weil sie keinen Sinn machen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Was machen sie da?)

Deswegen hätte ich gerne heute von Ihnen gewusst: Werden Ihren Worten folgen, oder muss ich Ihren Fraktionsvorsitzenden so verstehen, dass es eigentlich Gespräche zwischen uns und Ihnen, zu denen ich Sie heute förmlich eingeladen habe, nicht geben wird? Diese Frage würde mich am Ende dieser Debatte über den neuen Stil doch sehr interessieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache zur Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten geschlossen.

Verabredungsgemäß schließen wir damit auch die Sitzung für heute. Morgen früh um 9 Uhr darf ich Sie alle wieder hier begrüßen. Im Anschluss an diese Sitzung tagt der VdK im Hause, der Deutsche Beamtenbund in der Marktschänke. – Schönen Abend, gute Diskussion und hinterher gute Nacht.

(Schluss: 19:19 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 1 – Fragestunde)**Frage 328 – Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

Wie beurteilt sie unter wirtschafts- und wissenschaftspolitischen Gesichtspunkten die zum 30. Juni 2010 erfolgte Beendigung der Teilfinanzierung des Fachinformationszentrums Technik in Frankfurt am Main durch das Bundeswirtschaftsministerium?

Antwort des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch:

Die Beendigung der Teilfinanzierung des Fachinformationszentrums Technik (FIZ) in Frankfurt am Main durch das Bundesministerium für Wirtschaft macht eine inhaltliche wie organisatorische Neustrukturierung erforderlich, um in der Zeit von mobilem Internet und immer leistungsfähigeren Suchmaschinen zukunftsfähig arbeiten zu können. Die angebotenen Dienstleistungen werden kaum noch von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Anspruch genommen, obwohl sie aus Haushaltsmitteln der Mittelstandsförderung teilfinanziert sind. Die Mitglieder des FIZ Technik e. V., die sich überwiegend aus Großunternehmen und Verbänden zusammensetzen, sind daher aufgefordert, ein Geschäftsmodell zu entwickeln, das keine Subventionierung mehr benötigt.

Frage 330 – Abg. Norbert Schmitt (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Stimmte Staatssekretärin Beer als Vertreterin des Landes Hessen im Ausschuss der Regionen für oder gegen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer?

Antwort des Ministers der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn:

Bei der Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) am 10. Juni 2010 wurde über den Entwurf einer „Entschließung des AdR zu der Empfehlung der Europäischen Kommission zu den integrierten wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Leitlinien der Mitgliedstaaten und der Union“ abgestimmt.

Der Entschließungsentwurf sah keine Aussage zum Thema Finanztransaktionssteuer vor. Einzig ein zu dem Entwurf eingebrachter Änderungsantrag befasste sich mit diesem Thema. Der unter Nr. 4 zur Abstimmung gestellte Antrag forderte die Aufnahme einer neuen Ziffer 7a, nach der der AdR „den Aufruf des Europäischen Parlaments in seiner Entschließung vom 10. März 2010 an die Kommission und den Rat, zu prüfen, in welchem Maße verschiedene Optionen einer Finanztransaktionssteuer zum EU-Haushalt beitragen können“, unterstützt.

Diesem Antrag hat Staatssekretärin Beer nicht zugestimmt.

Frage 334 – Abg. Heike Habermann (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie die Veröffentlichung eines Gedichts in dem von dem bildungspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Irmer, herausgegebenen „Wetzlar Kurier“, das eine Ohrfeige als Reaktion auf ein Fehlverhalten eines Schülers rechtfertigt?

Antwort des Ministers und Chefs der Staatskanzlei Axel Wintermeyer:

Erstens. Die Landesregierung bewertet keine Veröffentlichungen in der Lokalpresse.

Zweitens. Die Landesregierung lehnt Ohrfeigen oder körperliche Züchtigungen als Erziehungsmittel ab. Die Erziehungsmethoden an den hessischen Schulen ergeben sich aus § 82 des Hessischen Schulgesetzes, nach dessen Abs. 3 körperliche Züchtigungen oder andere herabsetzende Maßnahmen verboten sind.

Frage 336 – Abg. Lothar Quanz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Gründe waren dafür ausschlaggebend, dass der Ortsteil Weißenbach der Stadt Großalmerode nicht mehr in das Förderprogramm zur Dorferneuerung in Hessen für das Jahr 2010 aufgenommen wurde?

Antwort des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch:

Folgende Gründe waren für die Ablehnung des Aufnahmeantrags ausschlaggebend:

In den vorgelegten Unterlagen fehlen bewertende Aussagen zum Umgang mit den zahlreichen unbebauten Grundstücken in den Neubaugebieten des Ortes, die in direkter Konkurrenz zu einer nachhaltigen Innenentwicklung in Weißenbach stehen.

Die Förderung eines Gutachtens zur Entlassung aus den baulichen Einschränkungen wegen Setzungsgefahr ist im Rahmen der Dorferneuerung nicht möglich. Die Klärung dieses Sachverhalts muss im Vorfeld der Antragstellung erfolgen und nicht im Verfahren, da die Möglichkeiten baulicher Veränderungen eine grundlegende Voraussetzung für die Erstellung des Dorferneuerungskonzeptes ist.

Für die Entwicklung des Tourismus in Weißenbach ist die Dorferneuerung nicht das geeignete Förderinstrument. In diesem Bereich könnten entsprechende Maßnahmen, unabhängig von einem Förderschwerpunkt der Dorferneuerung, über die EU-Förderung im LEADER-Fördergebiet „Werra-Meißner“ umgesetzt werden.

Diese Ablehnungsgründe bedürfen einer Aufarbeitung in Abstimmung mit der zuständigen Landkreisverwaltung.

Frage 337 – Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wann ist mit der Neufassung der Fach- und Fördergrundsätze für das Landesprogramm Sprachförderung im Kindergarten zu rechnen, da die alten zum 30. Juni dieses Jahres ausgelaufen sind?

Antwort des Sozialministers Stefan Grüttner:

Die Überarbeitung der Fach- und Fördergrundsätze für das Landesprogramm Sprachförderung im Kindergarten wird im Laufe dieses Jahres erfolgen.

Frage 338 – Abg. Wolfgang Decker (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird sie das Landesblindengeldgesetz um welchen Zeitraum verlängern?

Antwort des Sozialministers Stefan Grüttner:

Das Landesblindengeldgesetz in seiner jetzigen Fassung ist bis zum 31. Dezember 2011 befristet. Die Landesregierung hat eine Novelle erarbeitet, die dem Landtag zur Beschlussfassung vorgelegt werden wird, mit dem Ziel, die Geltungsdauer des Landesblindengeldgesetzes um weitere fünf Jahre zu verlängern. Die Neufassung berücksichtigt die seit Bestehen des Gesetzes ergangene Rechtsprechung, die heutige Verwaltungspraxis sowie die EU-konformen Regelungen.

Frage 340 – Abg. Petra Fuhrmann (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie soll die Einsparsumme in Höhe von 377.000 €, die nach Darstellung des Justizministeriums durch die Schließung des Amtsgerichts Usingen erzielt werden könnte, im Einzelnen erreicht werden?

Antwort des Ministers der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn:

Die prognostizierte Einsparsumme in Höhe von 377.000 € setzt sich wie folgt zusammen:

Die Mietkosten inklusive der Nebenkosten für die aufzugebende Liegenschaft des Amtsgerichts in Usingen betragen jährlich knapp 183.000 €. Hiervon sind ca. 29.500 € in Abzug zu bringen, da die Nebenkosten in den Liegenschaften Bad Homburg v. d. Höhe und Königstein im Taunus durch die Aufnahme der Mitarbeiter ansteigen werden. Die künftig wegfallenden IT-Netzanbindungskosten betragen jährlich ca. 25.000 €. Die übrigen 198.500 € entfallen auf die Reduktion der Personalkosten durch effizienteren Personaleinsatz. Einsparungen liegen daher vor allem im Bereich der Justizverwaltung durch den Wegfall von Direktoren- und Geschäftsleitertätigkeiten, zudem im Bereich von Poststellen sowie Wachtmeisterdiensten und in nach dem Personalbedarfsberechnungssystem PEBB\$Y unterausgelasteten Bereichen. Die Hebung dieser Effizienzgewinne soll nicht durch Kündigungen oder ähnliche Maßnahmen erfolgen, sondern durch Anwendung der in der ordentlichen Gerichtsbarkeit in ausreichendem Umfang bestehenden Fluktuationsmöglichkeiten.

Frage 341 – Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wieso setzt sie den Erlass des Kultusministeriums vom 16. März 2010 zur Klassenbildung im kommenden Schuljahr 2010/2011, wonach der Klassenteiler bei Realschulen auch in der 7. Klasse 30 nach der Förderstufe betrage, nicht an allen Realschulen (beispielsweise an der Korbacher Louis-Peter-Schule) um?

Antwort der Kultusministerin Dorothea Henzler:

Die sogenannte „Sternchenregelung“ gilt ab diesem Schuljahr in den Klassen 5 und 6 der allgemeinbildenden Schulen (in der Hauptschule auch im Jahrgang 7) und in Schulen mit Förderstufe (ohne eigenem gymnasialen Zug) in den Jahrgängen 7 und 8. Eine Ausdehnung dieser Regelung

auf die 7. Klassen der Realschulen bzw. auf weitere Jahrgangsstufen der allgemeinbildenden Schulen ist mit Blick auf die schwierige Haushaltslage zum jetzigen Zeitpunkt nicht leistbar.

Eine Einführung des Klassenteilers 30 in den 7. Klassen der Realschulen machte einen Zuwachs von 37 Stellen und damit ein Erhöhen des Gesamtbudgets um 2,2 Millionen € erforderlich. Die „Sternchenregelung“ in sämtlichen 7. Klassen der allgemeinbildenden Schulen anzuwenden, erforderte einen Stellenzuwachs um 128 Stellen und damit zusätzliche Investitionen in Gesamthöhe von 7,7 Millionen €.

Frage 342 – Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wie hoch waren die Gesamtkosten der Abschiedsfeierlichkeiten vom 30. August 2010 für den ausgeschiedenen Ministerpräsidenten Roland Koch?

Antwort des Ministers und Chefs der Staatskanzlei Axel Wintermeyer:

Die Frage wird auf schriftlichem Wege beantwortet, wenn die Abschlussrechnungen für den stattgefundenen Abschiedsempfang und die sich anschließende Serenade vorliegen.

Frage 343 – Abg. Gerhard Merz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Kommunen haben dem Land in welcher Höhe Rechnungen über die Personalmehrkosten aufgrund der geänderten Mindestvoraussetzungen in Kindertagesstätten geschickt?

Antwort des Sozialministers Stefan Grüttner:

Dem Hessischen Sozialministerium wurden von diversen Kommunen bzw. Trägern einzelne Forderungen auf Kostenerstattung zugeleitet. Von rund 80 Trägern (Stand: 30. Juni 2010) wurden konkrete erwartete Zuschussbeträge für variierende Zeiträume genannt, teilweise einschließlich der zugrunde liegenden Kostenkalkulationen.

Da die aufgezeigten Berechnungswege zum Teil stark differierten und auch die zugrunde gelegten Zeiträume häufig nicht deckungsgleich waren, wurde auf eine systematische Erfassung der Beträge verzichtet, da die Aufsummierung der Beträge zu keinem aussagekräftigen Ergebnis führen würde.

Frage 344 – Abg. Dr. Thomas Spies (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Warum hat sich nach Ansicht der Landesregierung nur eine hessische Optionskommune für die Teilnahme am von der Bundesregierung ausgeschriebenen Modellprojekt „Bürgerarbeit“ beworben?

Antwort des Sozialministers Stefan Grüttner:

Soweit bekannt, teilen die Optionskommunen zum überwiegenden Teil die Skepsis der Hessischen Landesregierung zum Innovationsgehalt sowie zur Kosten-Nutzen-Relation des Modellvorhabens.

Frage 345 – Abg. Dieter Franz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele der dem osthessischen Polizeipräsidium zugewiesenen 14 Polizeibeamtinnen und -beamten werden dauerhaft zur Polizeistation Rotenburg versetzt, um den Personalbestand von 52 Stellen (im Jahr 1999) wieder schrittweise erreichen zu können?

Antwort des Ministers des Innern und für Sport Boris Rhein:

Die Polizeistation Rotenburg wurde bei Einrichtung der Behörde im Jahr 2000 mit einer Sollstärke von 49 Polizeivollzugsbeamten (PVB) übernommen. Die genannte Anzahl von 52 Stellen im Jahr 1999 kam nur deshalb zustande, weil nach den vorhandenen Wachbuchaufzeichnungen 52 Polizeivollzugsbeamte vorhanden waren, von denen jedoch beispielsweise wegen Qualifizierungsmaßnahmen tatsächlich nur 45 zur Verfügung standen.

Derzeit hat die Polizeistation aufgrund behördeninterner Entwicklungen eine Sollstärke von 44,5 Stellen, die durch 2 Zuweisungen (1,4 Stellenanteile, z. B. im Rahmen heimatnaher Abordnung) sogar leicht überschritten wird.

Die dem Polizeipräsidium Osthessen zugewiesenen 14 Planstellen sind zusätzlich zu den Versetzungsterminen 2010 zweckgebunden erfolgt und somit nicht frei disponibel. Damit werden spezielle Programme – z. B. Prävention, Bekämpfung der Internetkriminalität – personell unterlegt. Diese zusätzlichen Planstellen stärken die Sicherheit aller Landkreise und Gemeinden zusätzlich aus den Polizeipräsidiem und -direktionen heraus.

Von den vom Fragesteller angesprochenen 14 Planstellen hat die Polizeistation hiervon eine halbe Stelle als Ausgleich für Personalabschmelzungen im Schichtdienst im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“ erhalten. (Diese halbe Stelle ist in den oben genannten 1,4 Stellen bereits enthalten).